

Amtliches
stenographisches Bülletin

der
schweizerischen Bundesversammlung



N^o 12

BULLETIN
STÉNOGRAPHIQUE OFFICIEL

DE
L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE SUISSE

Abonnements: Jährlich Fr. 2.— für die Schweiz, Fr. 4.— für das übrige Postvereinsgebiet. In der Schweiz kann nur bei der Post abonniert werden.
Abonnements: Un an: Suisse fr. 2.—, Union postale fr. 4.—. On s'abonne en Suisse exclusivement aux offices postaux.

Oberaufsicht des Bundes über die Forstpolizei.

Beschluss des Ständerates.

3. April 1895.

Bundesbeschluss

betreffend

Revision des Art. 24 der Bundesverfassung
(Erweiterung der Oberaufsicht des Bundes
über die Forstpolizei).

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,

nach Einsichtnahme einer Botschaft des Bundes-
rates vom 14. November 1893;
in Anwendung der Art. 84, 85, Ziff. 14, und
118 der Bundesverfassung,

beschliesst:

Art. 1. In Art. 24, erster Absatz, der Bundes-
verfassung vom 29. Mai 1874 werden die Worte
« Hochgebirge » gestrichen. Es lautet nun dieser
Absatz:

« Der Bund hat das Recht der Oberaufsicht über die
Wasserbau- und Forstpolizei. »

Art. 2. Vorstehender Bundesbeschluss wird der
Abstimmung des Volkes und der Stände unterstellt.

Anträge

der Kommission des Nationalrates.

11. Juni 1895.

Bundesbeschluss

betreffend

Revision des Art. 24 der Bundesverfassung.

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,

nach Einsichtnahme einer Botschaft des Bundes-
rates vom 14. November 1893;
in Anwendung der Art. 84, 85, Ziff. 14, und
118 der Bundesverfassung,

beschliesst:

1. Der Artikel 24 der Bundesverfassung vom
29. Mai 1874 wird abgeändert, wie folgt:

Der Bund hat das Recht der Oberaufsicht über
die Wasserbau- und Forstpolizei.

Er wird die Korrektion und Verbauung der
Gewässer, sowie die Aufforstung ihrer Quellengebiete
unterstützen und die nötigen schützenden Bestim-
mungen zur Erhaltung dieser Werke und der schon
vorhandenen Waldungen aufstellen.

2. Vorstehender Bundesbeschluss wird der Ab-
stimmung des Volkes und der Stände unterbreitet.

Anmerkung.

Der gegenwärtige Artikel 24 der Bundesverfassung
lautet:

Der Bund hat das Recht der Oberaufsicht über
die Wasserbau- und Forstpolizei im Hochgebirge.

Er wird die Korrektion und Verbauung der
Wildwasser, sowie die Aufforstung ihrer Quellen-
gebiete unterstützen und die nötigen schützenden
Bestimmungen zur Erhaltung dieser Werke und der
schon vorhandenen Waldungen aufstellen.

Haute surveillance de la Confédération sur la police des forêts.

Décision du conseil des états.

3 avril 1895.

Arrêté fédéral

révisant

l'article 24 de la constitution fédérale (extension de la haute surveillance de la Confédération sur la police des forêts).

L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE
DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE,

vu le message du conseil fédéral du 14 novembre 1893;

en application des articles 84, 85, chiffre 14, et 118 de la constitution fédérale,

arrête:

Art. 1^{er}. Au premier alinéa de l'article 24 de la constitution fédérale du 29 mai 1874, les mots : *dans les régions élevées*, sont retranchés. Cet alinéa reçoit donc la teneur suivante :

« La Confédération a le droit de haute surveillance sur la police des endiguements et des forêts. »

Art. 2. Le présent arrêté sera soumis à la votation du peuple suisse et à celle des cantons.

Proposition

de la commission du conseil national.

11 juin 1895.

Arrêté fédéral

concernant

la révision de l'article 24 de la constitution fédérale.

L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE
DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE,

vu le message du conseil fédéral du 14 novembre 1893;

en application des articles 84, 85, chiffre 14, et 118 de la constitution fédérale,

arrête:

1. L'article 24 de la constitution fédérale du 29 mai 1874 est modifié comme suit :

La Confédération a le droit de haute surveillance sur la police des endiguements et des forêts.

Elle concourra à la correction et à l'endiguement des eaux, ainsi qu'au reboisement des régions où elles prennent leur source. Elle décrétera les mesures nécessaires pour assurer l'entretien de ces ouvrages et la conservation des forêts existantes.

2. Cet arrêté fédéral sera soumis à la votation du peuple et des cantons.

Remarque.

L'article 24 de la constitution fédérale actuellement en vigueur est rédigé comme suit :

La Confédération a le droit de haute surveillance sur la police des endiguements et des forêts dans les régions élevées.

Elle concourra à la correction et à l'endiguement des torrents, ainsi qu'au reboisement des régions, où ils prennent leur sources. Elle décrétera les mesures nécessaires pour assurer l'entretien de ces ouvrages et la conservation des forêts existantes.

Antrag von Hrn. Nationalrat Schobinger.

15. Juni 1895.

Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat, mit der Einladung, über Zweck und Ziele der beantragten Ausdehnung der Oberaufsicht des Bundes im Wasserbaupolizeiwesen auf die ganze Schweiz vorerst Bericht zu erstatten.

Proposition de M. le conseiller nat. Schobinger.

15 juin 1895.

Le projet est renvoyé au conseil fédéral en l'invitant à présenter d'abord un rapport sur le but et les tendances de l'extension projetée de la haute surveillance de la Confédération sur la police des endiguements à toute la Suisse.

Nationalrat. — Conseil national.

Sitzung vom 15. Juni 1895, vormittags 8 Uhr. — Séance du 15 juin 1895, à 8 heures du matin.

Vorsitzender: }
Président: } Dr. Bachmann.

Tagesordnung: — *Ordre du jour*:

Oberaufsicht des Bundes über die Forstpolizei.

Haute surveillance de la Confédération sur la police des forêts.

(Siehe die Verhandlungen des Ständerates Seite 648 ff. des letzten Jahrganges. — Voir les débats au conseil des états pag. 648 et suivantes de l'année précédente.)

Eintretensfrage. — *Entrée en matière.*

Schwander, deutscher Berichterstatter der Kommission: Die gegenwärtige Vorlage des Bundesrates bezweckt eine Abänderung von Artikel 24 unserer Bundesverfassung und zwar hauptsächlich im Sinne der Ausdehnung der forstpolizeilichen Aufsicht des Bundes; diese Abänderung hat freilich zur Folge, dass auch das Aufsichtsrecht über die Wasserbaupolizei eine Erweiterung erfährt, welche aber mehr formeller, als materieller Natur ist, worüber ich Ihnen später Bericht geben werde.

Die direkte Veranlassung zu dieser Vorlage hat eine Motion von Hrn. Baldinger gegeben, welche der Nationalrat am 23. März 1893 angenommen hat und welche lautet: «Der Bundesrat ist eingeladen zu prüfen, ob nicht der Bereich der Bundesaufsicht über das Forstwesen zu erweitern sei.» Der Bundesrat hat in Ausführung des Beschlusses Ihrer Behörde diese Vorlage unterbreitet.

Nun gab aber nicht bloss die Motion Baldinger, sondern es boten wesentlich auch Petitionen Veranlassung, dass eben diese Ausdehnung der forstlichen Oberaufsicht schon viel besprochen worden ist. Es haben nämlich das gleiche Ziel, wie Herr Baldinger, verfolgt: 1) eine Eingabe der Kantone Bern, Solothurn und Baselland vom Januar 1884; 2) eine Petition des schweizerischen Forstvereins vom 15. Oktober 1886. Auch diese Petition wollte eine Erweiterung der forstlichen Oberaufsicht des Bundes. Das hatte nun zur Folge, dass der Bundesrat im Juni 1888 den eidgenössischen Räten eine Vorlage bezüglich dieser Erweiterung unterbreitete und diese Vorlage lautete kurz folgendermassen: «Die im Bundesgesetz betreffend die eidgenössische Oberaufsicht über die Forstpolizei im Hochgebirge vom 24. März 1876, unter Ziffer 5, Artikel 23—25, für Forstzwecke vorgesehenen Bundesbeiträge können auch an Kantone, respektive Kantonsteile, welche ausser dem eidgenössischen Forstgebiete liegen, verabfolgt werden, sofern die betreffenden Kantone die im angeführten Gesetze festgestellten Verpflichtungen für den ganzen Kanton oder einen genau begrenzten Kantonsteil dauernd übernehmen.» Der Nationalrat hat dann seinerseits diese Vorlage abgelehnt, ebenso der Ständerat; hingegen hat dann der Ständerat bei Beratung dieser Vorlage ein Postulat angenommen, welches lautete: «Die Angelegenheit wird an den Bundesrat zurückgewiesen mit der Einladung an

denselben, zu geeigneter Zeit wieder eine Vorlage in den Räten einzubringen.» Es handelte sich nämlich damals um zwei Aenderungen; die eine gieng dahin, man solle nur das eidgenössische Forstgesetz fakultativ ausdehnen; das war die Meinung des Bundesrates und eines Teiles der Mitglieder der Räte. Eine andere Meinung gieng dahin, wenn man etwas machen wolle, so wolle man das Gesetz auf die ganze Schweiz ausdehnen und ein eigentliches Gesetz für die ganze Schweiz machen. Das hatte zur Folge, dass keine Meinung obsiegte, dass eigentlich gar nichts beschlossen wurde.

Nun sind nachher beim Bundesrate wieder Petitionen eingegangen betreffend diese Ausdehnung; es haben nämlich petitioniert: der schweizerische Forstverein mit Zuschrift vom 9. August 1890, ferner die gemeinnützigen Vereine des Jura, die landwirtschaftliche Gesellschaft des Distriktes Courtelary und die Stadt Biel und ferner die Gesellschaft schweizerischer Landwirte. Alle diese Petitionen gingen auch dahin, es möchte die Oberaufsicht des Bundes über das Forstwesen erweitert werden. Das sind die direkten und indirekten Veranlassungen zur gegenwärtigen Vorlage.

Nun wird es sich in erster Linie fragen: ist eine Ausdehnung der forstlichen Oberaufsicht des Bundes gerechtfertigt? Ihre Kommission bejaht diese Frage und zwar wesentlich erstens aus forstlichen Gründen und zweitens aus wasserbaupolizeilichen Gründen. Ich will versuchen, Ihnen in möglichster Kürze diese Gründe mitzuteilen.

Die Oberaufsicht des Bundes ist gegenwärtig auf das Hochgebirge beschränkt und dieses Hochgebirge ist durch die sogenannte Forstzone abgegrenzt. Die Forstzone ist eine Linie, welche man im Jahre 1877 gezogen hat; sie nimmt ihren Anfang bei Vivis am Genfersee und hat ihren Ausgang bei der Einmündung des Rheins in den Bodensee; es ist also eine Linie quer über die ganze Schweiz; das Gebiet rechts dieser Linie ist im eidgenössischen Forstgebiet, das Gebiet links dagegen ausserhalb desselben. Ueber dieses Forstgebiet nun existiert die Oberaufsicht des Bundes; es hat einen Flächeninhalt von 450,464 Hektaren und die Waldungen ausser dem Forstgebiet einen solchen von 370,974 Hektaren; etwas mehr als die Hälfte der Waldungen der Schweiz liegt also in der Forstzone. Ganz ausser der Forstzone liegen die Kantone Schaffhausen, Thurgau, Aargau, Baselstadt, Baselland,

Neuenburg und Genf; teilweise innerhalb, teilweise ausserhalb der Forstzone liegen Zürich, Bern, Luzern, Freiburg, St. Gallen und Waadt. Diese Verhältnisse haben nun den nachteiligen Einfluss, dass eine gedeihliche forstliche Gesetzgebung durch diese Zerteilung in verschiedenen Kantonen fast unmöglich ist.

Wir haben nämlich in der Schweiz zwei Kantone, welche noch gar kein Forstgesetz besitzen; dann haben wir Kantone, welche zwei Forstgesetze haben, nämlich die Kantone, welche zum Teil in der Forstzone liegen; bei diesen Kantonen besteht in erster Linie ein Vollziehungsgesetz zum eidgenössischen Forstgesetz für denjenigen Kantonsteil, der in der Forstzone liegt, und dann ein kantonales Forstgesetz für denjenigen Teil, der ausser der Forstzone liegt, und im Kanton Bern hat man sogar drei Gesetze, nämlich noch ein spezielles für den Jura. Das ist nachteilig für eine Forstgesetzgebung. Es ist klar, dass wenn eine forstliche Gesetzgebung wirklich eine gedeihliche Wirksamkeit haben soll, es besser ist, wenn in einem Kanton nur ein Forstgesetz ist. Dann sind im fernern einzelne kantonale Gesetze, wenigstens teilweise, unzureichend, hauptsächlich mit Rücksicht auf die Aufsicht über die Privatwaldungen. Diese machen zirka die Hälfte sämtlicher Waldungen ausser dem Forstgebiete aus; es ist also der Privatwaldbesitz ausser dem Forstgebiete sehr stark vertreten, während im Forstgebiete der Korporationsbesitz, der Gemeinde- und Staatsbesitz viel stärker vertreten ist. Nun sind die bestehenden kantonalen Gesetze teilweise unzulänglich bezüglich der Aufsicht über diese Privatwaldungen, hauptsächlich in folgenden Punkten: Erstens bezüglich Verminderung des Waldareals; da bieten sie nicht den notwendigen Schutz vor Ausreutung von Privatwaldungen; zweitens mit Rücksicht auf die Holzschläge, dass diese Waldungen irgendwie nachhaltig bewirtschaftet werden, und drittens mit Rücksicht auf die Pflicht zur Aufforstung. Das sind die hauptsächlichsten Mängel von verschiedenen Gesetzen solcher Kantone, welche ausserhalb der Forstzone liegen.

Der gegenwärtige Zustand übt also einen nachteiligen Einfluss aus auf die Entwicklung einer gedeihlichen Forstgesetzgebung in den Kantonen.

Im weitern sagen wir nun: die Ausdehnung der forstlichen Oberaufsicht ist auch aus forstlich-wasserbaupolizeilichen Gründen gerechtfertigt. Die Forstpolizei und die Wasserbaupolizei müssen Hand in Hand miteinander arbeiten, die Forstpolizei muss die Wasserbaupolizei unterstützen und umgekehrt. Das war auch ursprünglich die Meinung, als im Jahre 1874 der Artikel 24 geschaffen wurde; denn damals hatte man die Ansicht, dass das Oberaufsichtsrecht des Bundes soweit gehen solle als über die Wasserbaupolizei und umgekehrt. Nun hat sich diese Ansicht teilweise geändert. Es ist nämlich im Jahre 1877 ein eidgenössisches Wasserbaupolizeigesetz gemacht worden und zwar in Ausführung dieses Artikels 24; nach diesem Gesetze übt nun der Bund für die Gewässer innerhalb der Forstzone die Oberaufsicht über die Wasserbaupolizei aus; dann geht das Gesetz aber auch über die Forstzone hinaus; es sagt nämlich in Artikel 1: «Die Oberaufsicht erstreckt sich . . . b) auf diejenigen Gewässer ausserhalb des Forstgebietes, welche der Bundesrat im Einverständnis mit den betreffenden Kantonsregierungen, oder in Fällen, wo ein solches nicht erzielt werden kann, die Bundesversammlung be-

zeichnet.» Ich will nicht untersuchen, ob dieser Artikel 1 lit. b konstitutionell war oder nicht; ich kann nur feststellen, dass er einmal hier ist und dass er auch ziemlich stark in Anspruch genommen worden ist. Es wurden nämlich gestützt auf diesen Artikel von dem Jahre 1877 bis anfangs 1888 an Wasserbauten ausserhalb der Forstzone eidgenössische Subventionen in dem grossen Betrage von 5,222,000 Franken bewilligt, in welchen die grossen Kosten für die Juragewässer-Korrektion und für die Korrektion und für die Regulierung der Wasserstände des Genfersees nicht inbegriffen sind. Sie sehen also, dass diese Aufsicht den Bund schon veranlasst hat, grossartige Subventionen zu leisten.

Ausserhalb der Forstzone nun konnte die eidgenössische Forstpolizei nicht Hand in Hand mit der Wasserbaupolizei arbeiten, weil dort das eidgenössische Forstgesetz keine Anwendung findet, und das hatte missliche Umstände zur Folge. Ich will nur erwähnen, dass der Bund für Wasserbauarbeiten ausserhalb der Forstzone grossartige Subventionen leisten konnte; wenn er aber in forstlicher Beziehung etwas verlangen wollte, so stiess er wenigstens bei der Ausführung auf Schwierigkeiten, weil eben das eidgenössische Forstgesetz ausserhalb der Forstzone keine Anwendung findet. Wenn man nun wieder dafür sorgen will, dass die Forstpolizei Hand in Hand gehe mit der Wasserbaupolizei, so bleibt kein anderes Mittel übrig, als eben in Zukunft zu erklären, diese Oberaufsicht des Bundes über die Wasserbaupolizei solle nicht über die Forstzone hinausgehen und der Bund solle ausserhalb der Forstzone keine Subventionen mehr geben, oder aber das Mittel, welches der Bundesrat vorschlägt: die Ausdehnung der Oberaufsicht des Bundes auf die ganze Schweiz.

Ein weiteres Motiv, das der Bundesrat in seiner Botschaft für die Ausdehnung dieser forstlichen Oberaufsicht noch anführt, besteht in einheitlichen Bestimmungen über die Waldvermessung. Es besteht nämlich eine Instruktion über die Triangulation vierter Ordnung und die Waldvermessungen; aber diese Instruktionen haben nur Geltung für das eidgenössische Forstgebiet, ausserhalb desselben gelten sie nicht. Nun führt der Bundesrat in seiner Botschaft mit Recht an, es wäre viel praktischer, wenn diese Instruktionen für die ganze Schweiz geltend gemacht würden.

Das sind die wesentlichsten Gründe in forstlicher Hinsicht, welche die Kommission veranlassen, Ihnen zu erklären, es sei eine Ausdehnung der forstlichen Oberaufsicht des Bundes auf die ganze Schweiz gerechtfertigt.

Es könnte vielleicht hier noch die Frage untersucht werden, ob, wenn man eine Ausdehnung wolle, dieselbe auf die ganze Schweiz stattfinden solle oder bloss auf den Jura. Diese Frage hat keine grosse Bedeutung; ich glaube, wenn man ausdehnen will, so wird man entweder auf die ganze Schweiz ausdehnen oder davon Umgang nehmen.

Nun könnte die Frage aufgestellt werden, ob die Aufgaben, die dem Bunde mit Bezug auf die Forstpolizei im Hochgebirge durch die Verfassung vor 1874 und durch das eidgenössische Forstgesetz gestellt wurden, wirklich schon erfüllt seien und ob es nicht besser wäre, es würde der Bund seine staatliche Wirksamkeit noch auf das Hochgebirge beschränken, weil im Hochgebirge in forstlicher Hin-

sicht noch viel zu thun wäre. Ich gehöre einem Hochgebirgskanton an und finde, dass der Bund im Hochgebirge noch viel leisten könnte, insbesondere, wenn er durch grössere Subventionen die Kantone veranlassen würde, in den höheren Gebieten grössere Aufforstungen vorzunehmen. Es ist hauptsächlich in der Forstzone ein Uebelstand, dass die Einzugsgebiete der Wildbäche hoch oben in den Alpen zu wenig bewaldet sind. Diesem Uebelstand kann nur abgeholfen werden, wenn der Bund grössere Subventionen an diese Aufforstungen gibt. Diese Aufforstungen sind eben theuer, weil der Wald an diesen Orten nichts abträgt, währenddem die Weide ertragreich ist, und weil die Ausführung der Aufforstung grosse Kosten veranlasst.

Ich muss also freilich sagen: Der Bund hat auch im bisherigen Forstgebiet noch eine grosse Aufgabe zu erfüllen; allein ich gebe mich der bestimmten Hoffnung hin, dass wenn die forstliche Oberaufsicht des Bundes auch auf die ganze Schweiz ausgedehnt wird, seine Thätigkeit im Interesse des Hochgebirges dadurch nicht geschwächt wird. Nur in dieser Hoffnung konnte ich mich bestimmen lassen, für die Annahme dieses Gesetzes zu sprechen.

Nun gehe ich zur Frage über: Ist eine Revision des Artikels 24 auch notwendig, um neben der forstlichen Oberaufsicht des Bundes auch die Aufsicht über die Wasserbaupolizei auf die ganze Schweiz auszudehnen? Da kommt Ihre Kommission auch wieder zum Schluss, diese Frage zu bejahen. Diese Erweiterung hat, wie schon erwähnt, mehr eine formelle als eine materielle Bedeutung. Ich habe erwähnt, dass ein eidgenössisches Wasserbaupolizeigesetz existiert, welches weiter geht, als der gegenwärtige Artikel 24 der Verfassung, ein Gesetz, das dem Bund das Aufsichtsrecht auch ausserhalb dem Gebiete der Forstzone giebt und zwar unter der Bedingung, dass die Kantone einverstanden sind und dass die eidgenössischen Räte dafür die Vollmacht erteilen. Das sind die zwei Voraussetzungen.

Worin besteht nun dieses Aufsichtsrecht des Bundes nach dem Bundesgesetz über die Wasserbaupolizei? Es ist notwendig, darüber klar zu werden, damit Sie wissen, was für eine Tragweite die vorgeschlagene Ausdehnung hat. Hierüber geben die Art. 2 und 3 des Gesetzes Aufschluss. Der Art. 2 sagt: «Der Bund wacht darüber, dass die Kantone die Verpflichtungen erfüllen, welche ihnen nach Massgabe der eidgenössischen und kantonalen Gesetze und Verordnungen bezüglich der Wasserbaupolizei obliegen. Er hat, wenn ein Kanton nach Ablauf einer hiezu anberaumten Frist säumig bleibt, das Recht, die im Rückstand befindlichen Arbeiten auf dessen Kosten von sich aus ausführen zu lassen und überhaupt alle diejenigen Massregeln zu treffen, welche durch die Umstände geboten erscheinen.» Und Art. 3 lautet: «Der Bundesrat wacht im allgemeinen darüber, dass von Gewässern, welche der Oberaufsicht des Bundes unterliegen, kein dem öffentlichen Interesse nachteiliger Gebrauch gemacht werde. — Gewässer, deren Korrektion, Verbauung oder Eindämmung mit Beiträgen des Bundes ausgeführt wurde, dürfen zu gewerblichen Zwecken nur benutzt werden unter schützenden Bestimmungen, welche vom Bundesrate festzusetzen sind. — In gleicher Weise wird der Bundesrat über die Benutzung solcher Gewässer zum Flössen besondere

Bestimmungen erlassen. — Der Bundesrat ist berechtigt, Arbeiten, deren Wirkungen nachteilig sind, zu untersagen, und wo solche schon hergestellt wären, deren Entfernung zu verlangen.» Das also ist die Definition, welche das Wasserbaupolizeigesetz vom Oberaufsichtsrecht des Bundes giebt. Nun haben diese Art. 2 und 3 nicht bloss auf die Kantone der eidgenössischen Forstzone Anwendung gefunden, sondern auch auf alle Kantone ausserhalb der Forstzone, welche Bundessubventionen für Wasserbauten verlangten, also auf die Mehrzahl der ausserhalb der Forstzone liegenden Kantone. Auf diese Kantone also fand das Wasserbaupolizeigesetz auch Anwendung, nur vielleicht mit dem Unterschiede, dass von denselben keine Vollziehungs-Verordnung zum eidgenössischen Gesetz verlangt wurde. Der Art. 3 jedenfalls fand volle Anwendung.

Nun könnte man sagen, wenn man die Oberaufsicht des Bundes über den Wasserbau ausdehne, so könnte das von sehr einschneidender Natur sein, so, dass der Bund in der Lage wäre, alle möglichen wasserbaupolizeilichen Vorkehrungen im kleinen zu regeln. Diese Meinung hat es nicht. Das geht schon aus dem Wortlaut der Art. 2 und 3 des Gesetzes, aber auch aus der bisherigen Praxis hervor. Die Praxis in der eidgenössischen Forstzone bestand darin, dass die Kantone ein Vollziehungsgesetz aufstellen und dieses dem Bundesrat zur Genehmigung unterbreiten mussten, im weitem aber darin, dass sich — meines Wissens wenigstens — der Bund um die Gewässer sehr wenig kümmerte, wenn nicht Subventionen verlangt wurden. Wenigstens in demjenigen Kanton, dem ich angehöre, hat sich der Bund nur mit den Gewässern beschäftigt, für welche Subventionen verlangt wurden. Das gleiche Verfahren wurde auch bei den Kantonen ausserhalb der Forstzone angewendet. Ich glaube also, die Ausdehnung der Bundesaufsicht über die Wasserbaupolizei auf alle Kantone habe eine mehr formelle als materielle Bedeutung. Obgleich der Art. 24 der Verfassung sagt, diese Aufsicht dürfe nur im Hochgebirge ausgeübt werden, wurde sie doch auch ausserhalb des Hochgebirgs ausgeübt. Materiell wird also keine Aenderung eintreten, wenn Sie die Aufsicht schon auf alle Kantone ausdehnen. Eine Ausdehnung ist nur notwendig, um dem eidgenössischen Wasserbaupolizeigesetz die gehörige verfassungsmässige Grundlage zu geben, die ihm gegenwärtig fehlt. Das sagt auch der Bundesrat in seiner Botschaft: «Schliesslich bemerken wir noch, dass durch die beantragte Revision des Art. 24 der Bundesverfassung, welcher dem Bunde die Oberaufsicht über die Wasserbau- und Forstpolizei überträgt, auch das Bundesgesetz betreffend die Wasserbaupolizei die wünschbare verfassungsmässige Grundlage finden würde.» Die Kommission findet, es sei absolut wünschenswert, diese Grundlage zu schaffen. Es kann freilich angeführt werden, dass der Bundesrat mit Ausnahme der eben verlesenen Stelle in seiner Botschaft immer nur von der Ausdehnung der forstlichen Oberaufsicht spricht. Es hat Ihre Kommission Rücksprache mit dem Vorsteher des Departements des Innern genommen und Herr Bundesrat Schenk hat erklärt, es komme auf das Gleiche heraus, ob man die Wasserbaupolizei ausdehne oder nicht; thatsächlich sei die Ausdehnung ja schon erfolgt, aber er finde, es sei notwendig und gut, wenn man die Verfassung formell entsprechend ab-

ändere, damit das Volk wisse, dass die Aufsicht über die Wasserpolizei auch ausgeübt werde.

Nun bleibt mir noch übrig, Ihnen kurz mitzuteilen, welche Folgen die vorgeschlagene Ausdehnung hat und zwar in erster Linie bezüglich der Organisation des eidg. Oberforstinspektorates. Wir haben ein Gesetz über die Organisation des eidgenössischen Oberforstinspektorats. Das sieht einen Oberforstinspektor und zwei Adjunkten vor. Nun entsteht die Frage: muss, wenn die Ausdehnung erfolgt, eine grössere Aenderung in dieser Organisation vorgenommen werden? Auf dem Oberforstinspektorat gab man darauf die Antwort, es sei nicht mehr notwendig, als dass das Inspektorat noch einen dritten Adjunkten anstelle. In zweiter Linie wurde gefragt: wenn die forstliche Oberaufsicht auf die ganze Schweiz ausgedehnt wird, wie steht es dann mit dem bisherigen eidgenössischen Forstgesetz? Bleibt dasselbe, oder muss es ganz oder teilweise abgeändert werden? Auch hier glaube ich sagen zu dürfen, werden wir nicht vor weitausgreifende Reformen gestellt. Ich bin zwar kein Forsttechniker; aber ich glaube, das gegenwärtige Forstgesetz wird im grossen und ganzen für die gesamte Schweiz passen. Worin bestehen die Hauptbestimmungen des Forstgesetzes? Vorerst darin, dass gesagt wird: «Die Kantone haben zur Durchführung und Handhabung der Forstgesetze die erforderliche Anzahl hinreichend gebildeter Fachmänner anzustellen und zu besolden.» Das gilt für alle Kantone. Dann zweitens haben wir die Vorschriften über die Wertung des Waldareals und die Vermarkung und Vermessung desselben. Ich kann nicht einsehen, dass diese Vorschriften nicht ebénéfalls für alle Kantone sollten gelten können. Des weiteren haben wir die Vorschriften über die Ausreitungen in den Schutzwäldungen. Hier fällt der Art. 4 des Gesetzes in Betracht, welche Wäldungen unter Schutzwäldungen verstanden sind. Es würde sich nur fragen, ob diese Vorschriften zu eng oder zu weit seien. Ich glaube, sie seien eher zu weit, als zu eng. Dann enthält das Forstgesetz Vorschriften über Ablösung von schädlichen Dienstbarkeiten auf dem Wald.

Auch hier, glaube ich, ist keine Revision notwendig. Dann kommen Vorschriften, in wie weit die Privatwäldungen unter das Forstgesetz fallen. Das ist zwar eine einschneidende Bestimmung, doch glaube ich, sie passe auch auf das Gebiet ausserhalb des eidg. Forstgebietes. Das bisherige Gesetz sagt, die Privatwäldungen seien auszuscheiden in Schutz- und Nichtschutzwäldungen; die letzteren seien dem eidg. Forstgesetz bloss insofern unterstellt, dass sie ohne kantonale Bewilligung nicht ausgereutet werden dürfen und dass sie wieder aufgeforstet werden müssen; aber in Bezug auf Holzschläge sind sie absolut keinen Vorschriften unterstellt. Weiter bestimmt das Gesetz, dass alle Wäldungen, welche einer juristischen Person angehören, nur nachhaltig bewirtschaftet werden dürfen. Das ist ein Grundsatz, der auch für die Kantone ausserhalb des eidg. Forstgebietes passen wird. Im fernern enthält das Gesetz Vorschriften über die Neuanlage von Wäldungen. Auch hier ist keine Aenderung notwendig. Sodann folgen Vorschriften über Bundesbeiträge für Forstbeamte, Forstkurse und Aufforstungen; die wichtigsten sind die Beiträge für die Aufforstungen. Ich würde hier meinerseits die Aenderung wünschen, dass diese Beiträge

an die Aufforstungen grösser würden, dass auch für den Ankauf des Bodens, welcher aufgeforstet werden muss, Subventionen gesprochen würden. Im weitem enthält das Gesetz Strafbestimmungen. Auch diese müssen nicht abgeändert werden.

Sie sehen, dass wenn die Forstpolizei des Bundes auf die ganze Schweiz ausgedehnt wird, von einer tiefen Umgestaltung des eidg. Gesetzes keine Rede ist. Ich halte eine Revision nicht für nötig, oder wenn sie notwendig ist, betrifft sie nur einzelne untergeordnete Punkte.

Was die finanziellen Leistungen des Bundes betrifft, so kann ich, gestützt auf die mir vom eidg. Oberforstinspektorat zugekommenen Notizen, folgenden Anschluss geben. Wenn die Oberaufsicht des Bundes über die Forst- und Wasserbaupolizei auf die ganze Schweiz ausgedehnt wird, treten für den Bund folgende Mehrleistungen ein. Ich habe schon erwähnt, dass auf dem eidg. Oberforstinspektorat ein Adjunkt mehr angestellt werden müsste. Dadurch würde eine Ausgabe von Fr. 7000 (Fr. 5000 für die Besoldung und Fr. 2000 für die Reisekosten) verursacht. Ferner muss an die Besoldungen und Tagelder der kantonalen Forstbeamten ein Bundesbeitrag von Fr. 58,000 ausgerichtet werden. Die Forstkurse ausserhalb der Forstzone müssen subventioniert werden. Für Forstkurse innerhalb der Forstzone wurden bisher Fr. 2800 ausgegeben. Für die neuen Subventionen berechnet das Oberforstinspektorat eine Mehrausgabe von Fr. 1500. Im weitem giebt es mehr Bundesbeiträge für Aufforstungen, welche auf Fr. 50,000 mehr berechnet werden. Bis jetzt wurden Fr. 179,000 ausgegeben. Ferner muss der Bund an die Triangulation IV. Ordnung und Prüfung der Detailvermessung der Wäldungen mehr Beiträge leisten. Bis anhin wurden unter diesem Titel Fr. 15,000 jährlich ausgegeben; die Mehrausgabe wird vom Oberforstinspektorat auf Fr. 5000 berechnet. Das giebt zusammen eine Mehrausgabe von Fr. 121,500. Es mag sein, dass diese Angaben in einzelnen Punkten zu niedrig sind, aber viel grösser werden die Ausgaben nicht sein.

Es fragt sich: giebt es in wasserbaupolizeilicher Hinsicht Mehrausgaben? Diese Frage muss ich mit Nein beantworten. In dieser Hinsicht braucht es nicht mehr Angestellte als beim Ober-Bauinspektorat und auch die Subventionen werden sich gleich bleiben, indem schon nach dem jetzigen Wasserbaupolizei-Gesetz der Bund subventionsberechtigt und subventionspflichtig ist für Wasserbauten ausserhalb der Forstzone.

Es bleibt mir noch übrig, Ihnen im allgemeinen kurz zu sagen, warum Ihre Kommission dem Beschluss des Bundesrates und des Ständerates nicht zugestimmt, sondern einen eigenen Antrag gestellt hat. Der Grund liegt darin, dass Ihre Kommission sich sagte: Wenn wir den Art. 24 der Verfassung in der Form abändern, wie der Bundesrat es will, und nur die Worte «im Hochgebirge» streichen, so bezieht sich diese Streichung nicht bloss auf die Forstpolizei, sondern auch auf die Wasserbaupolizei. Da schicke es sich dann nicht, zu sagen, es sei das nur eine Erweiterung der Oberaufsicht des Bundes über die Forstpolizei. Diesem Gedanken wollten wir in unserm Antrag Ausdruck geben. Materiell unterscheidet er sich von dem Antrag des Bundesrates und des Ständerates durchaus nicht. Er hat nur eine formelle Bedeutung, die ich bei

der Detailberatung Ihnen anzuführen Gelegenheit haben werde.

Ich beantrage Eintreten auf die Vorlage der Kommission.

M. Chausson-Loup, rapporteur français de la commission: L'article 24 de la constitution fédérale qui nous régit, est rédigé comme suit:

«La Confédération a le droit de haute surveillance sur la police des endiguements et des forêts dans les régions élevées.

Elle concourra à la correction et à l'endiguement des torrents ainsi qu'au reboisement des régions où ils prennent leur source. Elle décrètera les mesures nécessaires pour assurer l'entretien de ces ouvrages et la conservation des forêts existantes.»

En application de cet article, la Confédération a pu empêcher, dans la zone forestière soumise à sa surveillance, que des coupes exagérées aient eu lieu. Elle a par des subsides et des sages directions, encouragé le reboisement et participé dans une large mesure, à l'endiguement des torrents.

Chacun a pu se convaincre des bons résultats obtenus.

Il n'est donc pas étonnant qu'en 1884 déjà, soit dix ans après l'adoption de la constitution, une partie des administrations forestières des cantons non soumises au régime fédéral, aient demandé au conseil fédéral d'étendre la protection non-seulement aux régions élevées, mais aussi à celles du Jura.

En effet, les cantons de Berne, Soleure et de Bâle-Campagne, demandaient en janvier 1884 une enquête minutieuse sur la situation forestière du Jura et celle de travaux de défense contre les eaux; d'allouer à l'avenir des subventions pour corrections et reboisement; de comprendre enfin le Jura dans la zone forestière fédérale.

Le conseil fédéral fit droit au vœu exprimé en chargeant l'inspectorat fédéral de procéder sans retard à l'enquête désirée.

Pendant que ce travail s'exécutait, la société fédérale des forestiers demandait en octobre 1887 que la loi, concernant la haute surveillance fédérale sur la police des forêts dans les régions élevées, fût étendue à toute la Suisse.

Le rapport déposé par le conseil fédéral a constaté:

que le Jura et le plateau suisse souffrent moins que les Alpes, du ravage des eaux et des éboulements de terrain, mais que cependant, les dépôts, causés par les cours d'eau, sont assez considérables pour que l'assistance fédérale soit nécessaire.

Le Jura est en général bien boisé, surtout dans les cantons de Vaud et de Neuchâtel. Néanmoins quelques contrées et principalement les hauteurs laissent beaucoup à désirer, les propriétés particulières surtout.

Le plateau suisse se trouve dans des conditions moyennes.

La législation des cantons jurassiens et du plateau n'est pas assez efficace, pour atténuer le danger, d'autant plus que dans certains cantons les forêts particulières ne sont soumises à aucun contrôle cantonal.

Bâle-Campagne et Thurgovie n'ont pas encore

de lois forestières, les projets présentés ayant toujours été rejetés par le peuple.

Ensuite de ce rapport, le conseil fédéral déposa un projet d'arrêté faisant droit aux demandes des cantons et des forestiers suisses, mais ce projet fut rejeté par les deux chambres.

En mars 1893, le conseil national prit en considération la motion de M. Baldinger, conçue dans les termes suivants:

«Le conseil fédéral est invité à examiner la question de l'extension des limites du droit de haute surveillance de la Confédération sur les forêts.»

Le conseil fédéral, donnant suite à cette motion, adopta le 14 novembre 1893 le projet qui fait aujourd'hui l'objet de nos délibérations.

Ainsi que vous le voyez par les pièces qui vous sont soumises, le conseil fédéral propose de rayer de l'art. 24, les mots *dans les régions élevées*.

Si cette proposition est adoptée, le droit de la Confédération d'exercer la surveillance s'étendra donc non-seulement aux régions élevées, mais à tout le territoire de la Confédération.

Votre commission est unanime pour vous proposer d'entrer en matière et d'adopter le projet.

Elle a pu, en effet, s'assurer qu'il y avait encore beaucoup à faire.

Il est de toute nécessité de conserver nos forêts en procédant à leur reboisement, essentiellement dans les parties élevées de notre territoire.

Le dépeuplement suivant une marche rapide dans le Jura, un plan d'aménagement est indispensable.

On objectera peut-être que l'adoption du projet entraînera une centralisation nouvelle. Cela est vrai et quoique celui qui a l'honneur de vous parler, appartienne à un canton qui sacrifie difficilement les droits qui lui sont encore réservés, il n'a pas hésité une minute, dans le cas particulier, à se prononcer en faveur du projet.

Votre commission vous propose donc de l'adopter avec l'amendement suivant. Au 2^e § le mot *torrent* serait remplacé par *des eaux*; ce 2^e § serait donc ainsi conçu:

«Elle concourra à la correction et à l'endiguement des eaux, ainsi qu'au reboisement des régions où elles prennent leur source. Elle décrètera les mesures nécessaires pour assurer l'entretien de ces ouvrages et la conservation des forêts existantes.»

Cet amendement permettra à la Confédération de subsidier non seulement les véritables torrents, mais tous les cours d'eau.

Schobinger: Ich beantrage Ihnen Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat mit der Einladung über Zweck und Ziele der beantragten Ausdehnung, der Oberaufsicht des Bundes im Wasserbaupolizeiwesen auf die ganze Schweiz Bericht zu erstatten.

Wie die beiden Herren Berichterstatter der Kommission bereits hervorgehoben haben, handelt es sich vorab um die Ausdehnung der Oberaufsicht des Bundes im Forstwesen auf die ganze Schweiz, sodann aber auch um die Ausdehnung der Oberaufsicht des Bundes im Wasserbaupolizeiwesen. Was die Forstpolizei anbetrifft, so weiss ich sehr wohl, dass die Meinungen in dieser Hinsicht gemacht sind.

Ich möchte sagen, dass es die Folge einer Interessenskoalition ist, dass man sozusagen einstimmig der Ansicht beipflichtet, dass die Oberaufsicht des Bundes im Forstpolizeiwesen über die ganze Schweiz ausgedehnt werden müsse.

Seien wir in dieser Beziehung aufrichtig! Das wirkliche Agens für die Verfassungsrevision ist die Subventionsfrage. Seit dem Momente, da die Angelegenheit in den Räten bereits zur Sprache gebracht wurde, haben sich die Verhältnisse im wesentlichen nicht verändert. Nun ist dazu gekommen, dass die Regierungen der Kantone Bern, Neuenburg und Basel, also die Regierungen des nördlichen Jura, beim Bundesrate das Gesuch um Ausdehnung der Forstzone auf den Jura gestellt haben, wobei sie auf die Uebelstände, die sich dort im Forstwesen gezeigt haben, hinwiesen. Daneben stehen wir noch vor einer Kundgebung des schweizerischen Forstvereins. Was diese letztere Kundgebung anbetrifft, so möchte ich betonen, dass dieselbe eine Kundgebung von Fachleuten ist, die eben nur ihr Fach im Auge haben. Ich bin selbst der Ansicht, dass es den Förstern nie wohlher wäre, als wenn sie die ganze Schweiz aufforsten könnten, sodass sie nur noch unterscheiden könnten zwischen Stadt und Wald (Heiterkeit). Ich meine, wir dürfen diese Kundgebung nicht allzu hoch anschlagen. Es ist noch ein anderes Motiv, das in dieser Kundgebung nicht ausdrücklich erwähnt ist, aber nach meinem Dafürhalten auch wohl mitgesprochen hat, nämlich der Umstand, dass die Förster ausserhalb der Forstzone auf die Besoldungserhöhungen, welche die Räte vor kurzer Zeit für die Förster der Schutzzone beschlossen haben, nicht Anspruch machen können. Rechtfertigt diese Kundgebung den grossen Schritt der Ausdehnung der Oberaufsicht des Bundes im Forstpolizeiwesen auf die ganze Schweiz?

Herr Schwander hat darauf hingewiesen, dass schon von dem Gesichtspunkte der Vereinheitlichung der Gesetzgebung im Forstwesen dieses Gesetz angezeigt sei. Er hat darauf hingewiesen, dass gegenwärtig das eidgenössische Forstpolizeigesetz für die Schutzzone, daneben die kantonalen Vollziehungsverordnungen für dieses Gebiet, daneben noch die kantonalen Gesetze u. s. w. bestehen. Ich schliesse aus dieser Darstellung, dass er der Ansicht ist, dass aus der Oberaufsicht des Bundes im Forstwesen ein einheitliches Forstgesetz für die ganze Schweiz fliessen müsse, dass es unnötig sei, dass in den Kantonen dennoch Vollziehungsverordnungen aufgestellt, kantonale Gesetze erlassen werden u. s. w. Wenn dieser Gedanke obwaltet, so ist der Wortlaut der Verfassungsbestimmung nicht ganz zutreffend; denn dann handelt es sich nicht nur um die Oberaufsicht des Bundes im Forstwesen, sondern darum, dass der Bund einheitliche Bestimmungen über das ganze Forstwesen aufstelle.

Ich möchte Sie auf folgende Bedenken hinweisen, die sich mir aufdrängen, wenn ich mir die Frage stelle, ob es im Interesse des Landes sei, so weit zu gehen. Man weist gemeiniglich darauf hin, dass gleiche Rechte für alle Kantone bestehen sollen, dass, wenn die Kantone der Forstschutzzone auf Bundessubventionen Anspruch erheben können, dieses Recht auch den anderen Kantonen zugestanden werden müsse. Man kann wohl den Satz aufstellen: gleiches Recht für alle; aber dieses gleiche Recht setzt auch gleiche oder annähernd gleiche Verhält-

nisse voraus. Sind die Verhältnisse im Forstwesen im Hochgebirge gleich den Verhältnissen im Flach- und Hügelland? Diese Frage möchte ich entschieden verneinen. Die Gründe, die im Hochgebirge die Bundessubventionen rechtfertigen, finden Sie im Flachlande nicht. Warum muss der Bund die Aufforstungen im Hochgebirge unterstützen? Darum, weil der direkte Nutzen am Wald im Hochgebirge so gering ist, dass man aus rein forstlichen Gründen niemals die Aufforstung vornehmen würde. An Orten, wo es sich mit Rücksicht auf die Transportverhältnisse nicht einmal der Mühe lohnt, den Wald zu schlagen, wird eben die Öffentlichkeit eintreten und die Aufforstung mit ganz bedeutenden Mitteln unterstützen müssen. Denken Sie sich einen Wald hoch im Gebirge, in der obersten Waldzone; glauben Sie, dass dieser Wald noch irgend welchen direkten Nutzen für den Besitzer desselben bringt? Dieser direkte Nutzen ist sozusagen null, schon mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Abfuhrverhältnisse, während der Boden, als Weidboden benutzt, den Leuten grosse Ertragnisse liefert. Darum der Widerstand gegen die Aufforstung im Hochgebirge und darum der kleine Erfolg dieses Gesetzes über die Forstpolizei im Hochgebirge.

Worin besteht eigentlich dieser Erfolg? Ist es uns gelungen, im Hochgebirge wesentliche Aufforstungen zu vollziehen? Diese Frage ist absolut zu verneinen. Was gelungen ist, das ist, dass die Ausrottung des Waldes verhindert werden konnte; aber den natürlichen Rückgang des Waldes im Hochgebirge konnten wir nicht verhindern und von einer Aufforstung von wesentlichen Partien ist gar keine Rede. Die Aufforstung konnte erreicht werden, da wo dieselbe mit den Verbauungen in enge Beziehung gebracht wurde, in den Fällen, wo der Bundesrat und die eidg. Räte an die Subvention von Verbauungen die Bedingung der Aufforstung knüpften; aber an Hand des eidg. Forstgesetzes konnte nichts erreicht werden. Es liegt das auch auf der Hand. In was besteht die Subvention des Bundes? In der Uebernahme eines gewissen Prozentsatzes der Kosten der Verbauung und Aufforstung; dagegen entschädigt der Bund nicht den Minderwert des Grund und Bodens, der durch die Veränderung der Bewirtschaftung desselben, durch den Uebergang des Weidbodens in Waldboden entsteht, und solange der Bund da nicht eingreift, solange er nicht an diesen Minderwert der durch die Aufforstung von Weidland entsteht, ganz erkleckliche Beiträge leistet, solange werden wir von einer Aufforstung im Hochgebirge nichts sehen. Der natürliche Rückgang des Waldes im Hochgebirge macht unterdessen Fortschritte und wir können ihn, kraft des bestehenden Gesetzes nicht verhindern. Dieser natürliche Rückgang ist in Beziehung mit dem Steinschlag. Die oberste Grenze des Waldes geht fortwährend zurück; wer Gelegenheit hatte, im Hochgebirge hie und da Ausschau zu halten, konnte diese Erscheinung überall konstatieren. Ich verweise noch auf einen andern Punkt, den wesentlichen Unterschied zwischen dem Wald im Hügelland, in der Ebene und im Hochgebirge; während Sie in der Ebene und im Hügelland ohne irgendwelchen Schaden den Kahlschlag bewirken können, während der Kahlschlag im Hügellande gewissermassen die rationelle Benutzung des Waldes ist, müssen Sie denselben im Hochgebirge ausdrücklich untersagen, weil es sonst nicht mehr möglich ist, den Wald

boden aufzuforsten. Das ist also eine Einschränkung der freien Benutzung des Waldes, welche von ganz grosser Bedeutung ist und dazu führt, dass der Wald im Hochgebirge für den Eigentümer nahezu wertlos ist. Das sind also Unterschiede zwischen dem Hochgebirge und dem Hügellande, welche meines Erachtens in Betracht gezogen werden müssen, wenn man sich die Frage stellt: Soll nicht gleiches Recht für alle ausgesprochen werden, sollen nicht die Kantone, die Gegenden des Hügellandes und der Ebene gleich subventioniert werden, wie das Gebirgsland? Ich möchte mich in diesem Punkte allerdings nicht dahin aussprechen, dass nicht auch die Forstkultur im Hügelland subventioniert werden solle. Wenn ich mir eine derartige Aeusserung gestatten würde, so würde man mir Egoismus vorwerfen, der durchaus nicht vorhanden ist.

Ich will noch auf einen weiteren grossen Unterschied hinweisen, welcher nach meinem Dafürhalten es kaum rechtfertigen wird, ein einheitliches Forstgesetz aufzustellen: die verschiedenen Verhältnisse in den Kantonen. Wir haben im Kanton Luzern ein Forstgesetz, das anerkanntermassen wohl die strengsten Bestimmungen in Bezug auf die Benutzung des Privatwaldes aufstellt; wir haben aussergewöhnlich strenge Bestimmungen, welche das freie Verfügungsrecht über den Privatwald ganz bedeutend einschränken, während in andern Kantonen solche Bestimmungen nicht bestehen. Ist nun dieser Unterschied ganz zufällig? Durchaus nicht. Er ist innerlich begründet und wenn Sie ihn durch ein einheitliches Forstgesetz aufheben, so schädigen Sie das Forstwesen. Warum haben wir in Luzern derartige strenge Bestimmungen? Weil wir eben nahezu keine öffentlichen Waldungen haben; 90% der Waldungen sind Privatwaldungen, und da müssen wir diese strengen Bestimmungen aufstellen mit Rücksicht auf die Bedeutung der Waldungen für das ganze Wirtschaftsleben, während in den Kantonen, wo die öffentlichen Waldungen 90% betragen und die Privatwaldungen nur 10%, es nicht notwendig wäre, das freie Verfügungsrecht über den Wald in dem Masse zu beschränken, wie wir es gethan haben. Wollen Sie diese Verhältnisse unter einen Hut bringen? Was erreichen Sie damit? Ein einheitliches Forstgesetz, das aber nirgends seinen Zweck erfüllt. Ich habe mir erlaubt, auf diese Verhältnisse aufmerksam zu machen; es sind das Bedenken, welche vielleicht bei der Ausführung der Verfassungsbestimmung berücksichtigt werden können. Aber ich glaube, wir stellen uns vor eine sehr schwierige Aufgabe, wenn wir für die ganze Schweiz ein einheitliches Forstgesetz aufstellen wollen, welches es unnötig macht, noch kantonale Vollziehungs-Verordnungen zu erlassen.

Das die eine Seite der Vorlage. Die andere bezweckt die Erweiterung des Oberaufsichtsrechtes des Bundes im Wasserbaupolizeiwesen. Wir hatten bisher die Bestimmung, dass der Bund die Oberaufsicht im Wasserbaupolizeiwesen im Hochgebirge ausübte. Ich gebe nun zu, dass das Wasserbaupolizeigesetz vom Jahre 1876 diese Verfassungsbestimmung sehr weitgehend ausgelegt hat, und ich gebe auch zu, dass wir in der Auslegung dieses Gesetzes in den letzten Jahren auch sehr weit gegangen sind. Aber das ist doch etwas weit gegangen, wenn der Bundesrat in seiner Botschaft kurzweg erklärt, es sei notwendig, das bisherige Wasserbaupolizei-

gesetz und die Auslegung desselben auf einen verfassungsmässigen Boden zu stellen. Ist es wahr, dass wir gegenwärtig in Missachtung der Verfassung dieses Oberaufsichtsrecht ausgeübt haben? (Bundesrat Deucher: Ja!). Das möchte ich bestreiten. Ich bin nicht in der Lage, die bezüglichen Botschaften des Bundesrates gerade citieren zu können; aber ich meine, dass der Bundesrat gesucht hat, Anträge verfassungsgemäss zu begründen, dieselben in Einklang mit den Bestimmungen der Verfassung zu bringen und wenn seine Auslegung auch eine weite gewesen ist, so stehen wir doch vor der Thatsache, dass sie von den Räten acceptiert worden ist; es ist daher nach meinem Dafürhalten nicht richtig, wenn man sagt, dass die bisherige Ausübung dieses Oberaufsichtsrechtes verfassungswidrig gewesen sei. Ich verstehe nicht, wie der Bundesrat sich hier in dieser Weise selbst anklagt; ich glaube es ist doch etwas weit gegangen, wenn man das Geständnis ablegt, man habe in Missachtung der Verfassung Subventionen beschlossen.

Nun soll aber dieses Oberaufsichtsrecht des Bundes von der Forstschutz-Zone auf die ganze Schweiz ausgedehnt werden und die Begründung, welche der Bundesrat für diese wesentliche Aenderung anführt, ist in einem kurzen Satze am Schlusse der Botschaft über die Ausdehnung des Oberaufsichtsrechtes im Forstwesen enthalten. Dieser Satz lautet: «Schliesslich bemerken wir noch, dass durch die beantragte Revision des Artikels 24 der Bundesverfassung, welcher dem Bunde die Oberaufsicht über die Wasserbau- und Forstpolizei überträgt, auch das Bundesgesetz betreffend die Wasserbaupolizei die wünschbare verfassungsmässige Grundlage finden würde.» Also nichts anderes als diese formelle Richtigstellung beabsichtigt man da, wenn wirklich eine solche notwendig ist, und über die materielle Bedeutung dieser Verfassungsänderung verliert der Bundesrat kein Wort (Bundesrat Deucher: Da bitte ich denn doch!) und darum finde ich, es sei die Vorlage an den Bundesrat zurückzuweisen mit der Einladung, er möchte doch berichten, welche Ziele und Zwecke er sich stelle, wenn er das Gesetz über die Wasserbaupolizei auf die ganze Schweiz ausdehnen wolle; mit dem Verweis, man habe bis jetzt dieses Recht ausgeübt und man wolle also nur das bisherige Recht verfassungsmässig klarlegen, ist es nicht gethan. Ich verweise Sie darauf, dass der Begriff der Wasserbaupolizei an und für sich durchaus nicht klargelegt, ist weder in der Verfassung, noch im Gesetz. Das Wasserbaupolizei wesen lässt sich vom Wasserrecht so wenig trennen, wie die Forstpolizei von der Forstwirtschaft; mit der Ausübung des Wasserrechtes ist die Ausübung der Wasserpolizei verbunden; sie können kein Recht ausüben, ohne dass Sie die Kanäle bauen, die Gefälle ausnutzen u. s. w. Diese Ausscheidung zwischen dem Wasserbaupolizeiwesen und dem Wasserrecht ist einfach nicht möglich. Und soll es nun den Sinn haben, dass die Bundesbehörden sich nun auch im Wasserrecht einmischen, dass sie in Wasserkonzessionsfragen sich das Oberaufsichtsrecht vorbehalten, weil eben ein Wasserrecht nicht ausführbar ist, ohne dass gewisse Bauten an Gewässern ausgeführt werden? Ich meine, da lohnt es sich doch wohl der Mühe, diese Verhältnisse näher zu prüfen, um so mehr, da wir uns überhaupt mit den Wasserrechten beschäftigen. Sie haben in der letzten Session den Antrag Ihrer Kommission betreffend Monopoli-

sierung der Wasserkräfte angenommen, welcher Antrag dahin geht, der Bundesrat möge Bericht erstatten über die gesetzliche Regelung der Wasserrechtsverhältnisse der Kantone in Bezug auf Benutzung der Wasserrechte, über Starkstromleitungen u. s. w., und im gleichen Momente wollen Sie nun beschliessen, dass dem Bunde das Oberaufsichtsrecht im Wasserbaupolizeiwesen zustehe. Ja, wenn dieses Oberaufsichtsrecht nicht anders ausgeübt werden will, als es bisher in der Schutzzone ausgeübt wurde, dann hat allerdings die Sache nicht viel zu bedeuten. Aber da, sage ich, ist dieses Oberaufsichtsrecht gar nicht ausgeübt worden, sondern man hat sich beschränkt auf die Ausdehnung derjenigen Bestimmungen des Wasserbaupolizeigesetzes, welche über das Subventionswesen handeln; der Bundesrat hat sich darauf beschränkt, Subventionsgesuche entgegenzunehmen, die Pläne zu prüfen, die Arbeiten zu kontrollieren; aber das ist nicht ein Oberaufsichtsrecht über das Wasserbaupolizeiwesen; wenn er letzteres ausüben will, so muss sein Recht sich nicht darauf beschränken, die Subventionen zu beaufsichtigen.

Ich will Sie nicht länger aufhalten; ich halte

dafür, dass eben die Botschaft des Bundesrates in dieser Hinsicht eine grosse Lücke aufweist und dass die Räte nicht an eine Abänderung der Verfassung gehen sollten, ohne dass sie über die Tragweite derselben vollständig aufgeklärt sind. Ich verweise auf das Wort, das Herr Bundesrat Schenk anlässlich der Behandlung der Motion Steiger ausgesprochen hat; er sagte: «ja, es handelt sich um eine Verfassungsänderung und da müssen die Verhältnisse sorgfältig geprüft werden, bevor wir uns entschliessen, ob denselben Folge gegeben werden könne», während hier die Angelegenheit in der Botschaft mit einem Satze erledigt wird.

Ich empfehle Ihnen meinen Antrag, die Vorlage an den Bundesrat zurückzuweisen mit der Einladung, über Zweck und Ziele der Ausdehnung des Oberaufsichtsrechtes des Bundes über die Wasserbaupolizei noch einlässlich Bericht zu erstatten.

Hier wird die Beratung abgebrochen.

(Ici, le débat est interrompu.)

Oberaufsicht des Bundes über die Forstpolizei. BB vom 19. März 1897

Haute surveillance de la Confédération sur la police des forêts. AF du 19 mars 1897

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1895
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1895_003
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	15.06.1895 - 08:00
Date	
Data	
Seite	237-246
Page	
Pagina	
Ref. No	20 026 687

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Amtliches
stenographisches Bulletin
der
schweizerischen Bundesversammlung

N^o 1

BULLETIN
STÉNOGRAPHIQUE OFFICIEL
DE
L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE SUISSE

Abonnements: Jährlich Fr. 2. — für die Schweiz, Fr. 4. — für das übrige Postvereinsgebiet. In der Schweiz kann nur bei der Post abonniert werden.
Abonnements: Un an: Suisse fr. 2. —, Union postale fr. 4. —. On s'abonne en Suisse exclusivement aux offices postaux.

Oberaufsicht des Bundes über die Forstpolizei.

Beschluss des Ständerates.

3. April 1895.

Unveränderte Annahme des Entwurfs des Bundesrates vom 14. November 1893, lautend:

Bundesbeschluss

betreffend

Revision des Art. 24 der Bundesverfassung (Erweiterung der Oberaufsicht des Bundes über die Forstpolizei).

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,

nach Einsichtnahme einer Botschaft des Bundesrates vom 14. November 1893;

in Anwendung der Art. 84, 85, Ziff. 14, und 118 der Bundesverfassung,

beschliesst:

Art. 1. In Art. 24, erster Absatz, der Bundesverfassung vom 29. Mai 1874 werden die Worte «im Hochgebirge» gestrichen. Es lautet nun dieser Absatz:

«Der Bund hat das Recht der Oberaufsicht über die Wasserbau- und Forstpolizei.»

Art. 2. Vorstehender Bundesbeschluss wird der Abstimmung des Volkes und der Stände unterstellt.

Anträge

der Kommission des Nationalrates.

26. Januar 1897.

Streichung der Worte «(Erweiterung und Oberaufsicht des Bundes über die Forstpolizei)» im Titel.
Im übrigen Zustimmung zum Beschlusse des Ständerates.

Haute surveillance de la Confédération sur la police des forêts.

Décision du conseil des états.

3 avril 1895.

Adoption du projet du conseil fédéral du 14 novembre 1893, de la teneur suivante:

Arrêté fédéral

révisant

l'article 24 de la constitution fédérale (extension de la haute surveillance de la Confédération sur la police des forêts).

L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE de la CONFÉDÉRATION SUISSE,

vu le message du conseil fédéral du 14 novembre 1893;

en application des articles 84, 85, chiffre 14, et 118 de la constitution fédérale,

arrête:

Art. 1^{er}. Au premier alinéa de l'article 24 de la constitution fédérale du 29 mai 1874, les mots: *dans les régions élevées*, sont retranchés. Cet alinéa reçoit donc la teneur suivante.

«La Confédération a le droit de haute surveillance sur la police des endiguements et des forêts.»

Art. 2. Le présent arrêté sera soumis à la votation du peuple suisse et à celle des cantons.

Propositions

de la commission du conseil national.

26 janvier 1897.

Biffer les mots («extension de la haute surveillance de la Confédération sur la police des forêts») dans le titre.

Pour le reste, adhérer à la décision du conseil des états.

Nationalrat. — Conseil national.

Sitzung vom 15. März 1897, nachmittags 3 Uhr. — Séance du 15 mars 1897, à 3 heures de relevée.

Vorsitz: }
Présidence: } Hr. Keel.

Tagesordnung: — *Ordre du jour:*

Oberaufsicht des Bundes über die Forstpolizei.

Haute surveillance de la Confédération sur la police des forêts.

(Siehe die frühern Verhandlungen des Nationalrates Jahrgang 1895, Seite 239 ff. — Pour la discussion précédente du conseil national voir page 239 et suiv. année 1895.)

Baldinger, deutscher Berichterstatter der Kommission: Vor Ihnen liegt ein Antrag des Bundesrates betreffend die Oberaufsicht des Bundes über die Forstpolizei vom 14. November 1893 und ein gleichlautender Beschluss des Ständerates vom 3. April 1895.

Der Referent Ihrer Kommission, Herr Nationalrat Schwander, ist leider verhindert, heute zu funk-

tionieren. Er hat mich gebeten, für ihn die Berichterstattung zu übernehmen. Ich denke, dass ich deshalb besonderes Anrecht auf Ihre Nachsicht habe.

Der Gegenstand, mit dem wir uns heute befassen sollen, ist nicht neu. Er hat Ihnen bereits unterm 15. Juni 1895 vorgelegen. Sie behandelten damals die Eintretensfrage. Die Herren Schwander und Chausson

beleuchteten in sehr eingehenden Voten den Standpunkt der in der Sache einmütigen Kommission. Herr Nationalrat Schobinger dagegen verlangte die Rückweisung der Vorlage in dem Sinne, dass der Bundesrat über die Tragweite der mit der Erweiterung der Forstaufsicht zugleich in Frage stehenden Erweiterung der eidgenössischen Wasserbaupolizei Bericht erstatten möchte. Die Beratung wurde damals bei vorgerückter Stunde ohne irgendwelche Schlussnahme abgebrochen, und sie ist bis zur heutigen Stunde nicht wieder aufgenommen worden.

Aus diesen Mitteilungen wollen Sie entnehmen, dass es sich heute unter allen Umständen nicht um Ueberstürzung handeln kann, wenn wir Sie ersuchen, die Beratung endlich zum Abschluss zu bringen, und wir Sie angelegentlichst bitten, einem Zustand ein Ende zu machen, welcher mit all der ihm anhaftenden Unsicherheit höchst lähmend auf die forstgesetzliche Entwicklung in den Kantonen und in der Eidgenossenschaft wirken muss, und der übrigens thatsächlich, wie Sie vielleicht im Verlauf der Diskussion zu hören Gelegenheit haben werden, auch die Forstpolizei selber in hohem Masse gefährdet.

Zur Sache übergehend, drängt sich mir zunächst die Frage auf, ob ich eigentlich wiederholen soll, was Ihnen bereits im Jahre 1895 durch die Herren Schwander und Chausson sehr zutreffend gesagt worden ist, und was Ihnen stenographiert gedruckt vor Augen liegt, oder ob ich mich darauf beschränken soll, einfach auf jene Voten zu verweisen. Ich wähle den Mittelweg. Ich will es versuchen, Ihnen in kurzen Zügen das Wesentlichste, welches mit Bezug auf die Vorlage in Frage kommen kann, in Erinnerung zu bringen.

Der Art. 24 der Bundesverfassung von 1874 sagt in seinem ersten Absatz, der Bund habe das Recht der Oberaufsicht über die Wasserbau- und Forstpolizei «im Hochgebirge». Man hat damals in den 70er Jahren dieser Bestimmung der neuen Verfassung hohen Wert beigemessen und hat sich aufgerafft, als eines der allerersten wirtschaftlichen Gesetze nach Inkrafttreten der 74er Verfassung eben das Gesetz betr. die forstliche Oberaufsicht im Hochgebirge vom März 1876 aufzustellen. Dieses Gesetz als Ausfluss des bedachten Artikels 24 der Bundesverfassung musste natürlich durch eine Scheidelinie streng abgrenzen, was zum Hochgebirge gehören und was von diesem ausgeschlossen sein soll. Im übrigen ist dieses Gesetz von 1876 nicht ein Forstgesetz im eigentlichen Sinne des Wortes, das sich beispielsweise mit den Ertragsverhältnissen des Waldes befasst, sondern lediglich ein Forstpolizeigesetz. Insofern muss vor dem Art. 24 B. V. sein Gegenstand der Schutzwald, begrenzt auf das Hochgebirge, d. h. die Alpen, sein. Es ist nun für die Beurteilung der vorliegenden Frage von höchstem Belang, dass wir uns daran erinnern, wie dieses Gesetz von 1876 den Schutzwald definiert. Gestatten Sie mir, dass ich Ihnen wörtlich reproduziere, was ich im Gesetze finde. Dasselbe sagt in seinem Artikel 4 ausdrücklich folgendes:

«Unter Schutzwaldungen sind alle diejenigen Waldungen verstanden, welche vermöge ihrer bedeutenden Höhenlage oder durch ihre Lage an steilen Gebirgshängen, auf Anhöhen, Gräten, Rücken, Vorsprüngen oder in Quellgebieten, Engpässen, an Rufen,

Bach- und Flussufern oder wegen zu geringer Waldfläche einer Gegend zum Schutze gegen schädliche klimatische Einflüsse, Windschaden, Lawinen, Stein- und Eisschläge, Erdabruptschungen, Unterwaschungen, Verrückungen oder Ueberschwemmungen dienen.» Die Redaktion dieses Artikels ist etwas holperig, langatmig, wenn ich so sagen darf, aber Sie werden mit mir derselben ganz genau zu entnehmen in der Lage sein, was das Gesetz unter dem Begriff Schutzwald versteht. Wenn Sie dieser Definition mit Aufmerksamkeit gefolgt sind, so müssen Sie es zugeben, dass der Keim der Unhaltbarkeit von vornherein in dem Momente in das Gesetz gelegt worden ist, da dasselbe — übrigens verfassungsmässig — durch das kleine Land der Schweiz eine Scheidelinie legte, in der Meinung, dass der Bereich des Gesetzes nur die eine Seite dieser Linie treffen, die andere Seite aber vom Gesetz unberührt bleiben soll. Der Charakter des Schutzwaldes verträgt nun einmal keine kantonalen Marksteine, wenn Sie wollen, dass der Schutzwald überhaupt zu seiner vollen Bedeutung gelange. In der That kann der Wald mit Bezug auf den Landesschutz bei den gesetzlichen Schranken, welche ihm dormalen gegeben sind, nie und nimmer zu seiner vollen Bedeutung gelangen. Er findet ja doch seine Aufgabe im Schutz des Terrains drüben im Jura gewiss ganz gleich wie droben in den Alpen. Warum soll ihm nur dort in den Alpen die eidgenössische Fürsorge werden, hier aber im Jura nicht? Der Wald findet seine Aufgabe im Schutz vor den Unbilden des Wetters — ich denke an Hochgewitter u. dgl. — wie droben im Hochgebirge, so auch drunten in der Ebene, und es besteht kein sachlicher Grund, warum die eidgenössische Fürsorge diesem Schutzwald nur droben werden soll und drunten hingegen nicht. Der klimatische Schutzwald wirkt unter Umständen im Kanton N. nur dann wohlthätig, wenn er sich auf dem Gebiet des Nachbarkantons M. befindet. Was nützt nun dem Kanton N. die sorgfältigste Forstpolizei, wenn diese drüben im Kanton M. vernachlässigt ist?

Beinebens bringt diese durch Art. 24 B. V. bedingte Beschränkung der eidg. Obsorge für den Schutzwald in die Gesetzgebung einen Wirrwarr, welcher einer gesunden Entwicklung des Forstwesens hinderlich ist. Wir haben zur Zeit 8 Kantone: Uri, Schwyz, Unterwalden, Glarus, Appenzell, Graubünden, Tessin und Wallis, welche ganz, 7 Kantone: Zürich, Bern, Luzern, Zug, Freiburg, St. Gallen, welche teilweise, und 7 Kantone: Solothurn, Basel, Schaffhausen, Aargau, Thurgau, Neuenburg, Genf, welche von diesem sogenannten eidgenössischen Forstgesetz gar nicht berührt sind. So kommt es, dass es einen Kanton giebt, in welchem zur Zeit drei verschiedene Forstgesetze funktionieren, nämlich den Kanton Bern. Der Kanton Bern hat ein kantonales Forstgesetz für den alten Kantonsteil, er hat ein anderes kantonales Forstgesetz für den Jura und er hat für das Alpengebiet das eidgenössische Forstpolizeigesetz. Andere Kantone haben zwei Gesetze, ein kantonales Gesetz für den einen Teil des Kantons und das eidgenössische Gesetz für den andern Teil des Kantons. Wieder andere Kantone haben nur ein Gesetz und einzelne Kantone, ich glaube zwei oder drei, haben überhaupt gar kein Forstgesetz. Man begreift es unter solchen Umständen, dass es in den Jahren 1875 und 1876 nur Gründe der Oppor-

tunität sein konnten, welche diese beschränkende Linie durch das kleine Gebiet der Eidgenossenschaft zogen. Man wollte successive, transitorisch dasjenige erreichen, was man auf einmal nicht erreichen zu können glaubte. Die angedeuteten Missverhältnisse liessen ihre Unhaltbarkeit am allerausgesprochensten in der Bundespraxis erkennen, welche sich mit Bezug auf das Subventionswesen für Flusskorrekturen ausgebildet hat. Ich werde auf diesen Gegenstand in der Folge zu sprechen kommen.

Diese und andere Gründe veranlassten den Bundesrat, darauf zu sinnen, in den bedachten Missverhältnissen Remedur zu schaffen und in Frage zu ziehen, ob nicht endlich der Art. 24 B. V. als für das ganze Gebiet der Eidgenossenschaft geltend zu erklären sei. Es mag hier der Ort sein, daran zu erinnern, dass es sich in dem Antrage des Bundesrates durchaus nicht etwa darum handeln kann, den Kantonen ungerufene lästige Bevormundung zu bringen. Es ist darauf aufmerksam zu machen, dass das Vorgehen des Bundesrates auf einer Schlussnahme, die Sie im Jahre 1893 selber getroffen haben, beruht. Sie selber haben den Bundesrat beauftragt, die Frage zu prüfen und wenn er es für angemessen erachte, eine Vorlage im Sinne der vorliegenden auszuarbeiten. Im übrigen entspricht das Vorgehen des Bundesrates dem direkten Verlangen einzelner Kantonsregierungen, nämlich Solothurn, Bern und Baselland. Endlich entspricht es einer ganzen Reihe von Eingaben aus dem Volk aus landwirtschaftlichen und forstlichen Kreisen. Es kann sich hier also in der That nicht etwa darum handeln, als ob der Bundesrat sich mit dieser Erweiterung der Oberaufsicht über das Forstwesen vom Hochgebirge auf die ganze Schweiz aufdrängen wollte. Sein Vorgehen entspringt einem Postulat, das so ziemlich als volkstümlich erklärt werden kann. Es ist in dieser Beziehung auch noch darauf aufmerksam zu machen, dass es sich in der gewünschten Erweiterung der Forstpolizeiaufsicht des Bundes nicht allein nur um den Polizeistock des Bundes, sondern auch um den Geldsack des Bundes handelt. Wenn der Bund befehlen will, so — das erklärt sich schon im dermaligen Gesetz ausdrücklich — anerbietet er sich sofort auch zu bezahlen. Der Bundesrat selber rechnet denn auch aus, dass die Erweiterung, um die es sich heute handelt, der Bundeskasse, resp. dem eidg. Forstbudget eine Mehrbelastung von 100,000 Franken zu Gunsten der Kantone verursachen wird.

Gestatten Sie mir nun, dass ich mich einen Augenblick an Herrn Kollege Schobinger wende. Herr Schobinger hat in seinem Votum so ziemlich alles angetönt, was etwa von Gegnern — die Sache hat selbstverständlich wie alles in der Welt ihre zwei Seiten und es giebt auch hier einzelne Gegner — aufgeworfen werden könnte. Wenn ich nun mit Herrn Schobinger spreche, so fasse ich meine Stellung so auf, als ob ich anknüpfend an sein Votum diesen Einwänden überhaupt entgegenzutreten hätte. Herr Schobinger hat mit Recht darauf aufmerksam gemacht, dass, wenn Sie in Art. 24 B. V. einfach die Worte «im Hochgebirge» streichen, ohne weiteres auch die Wasserbaupolizei erweitert werde. Wenn er in dieser Richtung über die Oberaufsicht des Bundes auf dem Gebiete der Wasserbaupolizei nähern Aufschluss verlangte, so kann man diesen Standpunkt selbstverständlich nur billigen und auch der Bundesrat hat denselben durchaus gewürdigt, indem er die

Anregung des Herrn Schobinger mit einem ziemlich einlässlichen Berichte, der Ihnen gedruckt vorliegt, beantwortet hat. Sehen wir zu, was dieser Bericht mit Bezug auf die Erweiterung der Wasserbaupolizei im allgemeinen sagt. Der Bundesrat erklärt in demselben, die mit der Erweiterung der Forstpolizei allerdings sich von selbst machende Erweiterung der eidgenössischen Wasserbaupolizei bedeute nichts anderes als die Bestätigung der längst bestehenden Praxis. Der Bundesrat macht darauf aufmerksam, dass übrigens das im Moment zu Recht bestehende Bundesgesetz betreffend die Oberaufsicht über die eidgenössische Wasserbaupolizei jetzt schon dem Bunde ganz ausdrücklich die Möglichkeit in die Hand gebe, unter Umständen, die im Gesetze des nähern angeführt sind, seine Oberaufsicht über die Gewässer der ganzen Eidgenossenschaft auszu dehnen. Also die Möglichkeit, die Oberaufsicht auf das ganze hydrographische Netz der Eidgenossenschaft zu erweitern, hat der Bundesrat jetzt schon. Allein er erklärt wiederholt in seinem Bericht, dass er nie und nimmer die Befugnis suche, mit Bezug auf die Wasserbaupolizei in den Haushalt der Kantone enger einzugreifen, als solches bisher der Fall gewesen sei. Und nun will es mir scheinen — ohne des weitem mich mit diesem Berichte zu befassen —, dass Herr Schobinger sich in dieser Beziehung beruhigen dürfte, wenn diese Erklärung des Bundesrates ans Protokoll geht.

Gestatten Sie mir nun, dass ich einzelnen andern Stellen aus dem Votum des Herrn Schobinger etwas näher trete. Herr Schobinger spricht zunächst von den Kundgebungen aus dem Volke. Es sind das, wie ich bereits angedeutet habe, Kundgebungen einzelner landwirtschaftlicher Kreise, Kundgebungen übrigens auch von staatlichen Behörden, Kantonsregierungen, und es befindet sich unter denselben auch eine des schweizerischen Forstvereins. Herr Schobinger sucht diese letztere Eingabe offenbar zu entkräften. Er sagt uns: das sind ja Förster, Fachleute. diese Herren vom schweizerischen Forstverein, die anderes nicht im Auge haben als eben ihre Sache, das heisst den Wald, und höchstens noch etwa daran denken, dass in der Neuerung, die der Bundesrat beantragt, eine etwelche Verbesserung ihrer Besoldungsverhältnisse liegen dürfte. Diese Vorwürfe, welche Herr Schobinger dem schweizerischen Forstverein macht, sind nicht zutreffend und sie bedürfen in der That der Berichtigung. Der schweizerische Forstverein weiss sehr wohl, dass es in der Volkswirtschaft auch noch anderes als nur Wald und Holz giebt, er hat das wiederholt bewiesen. Der schweizerische Forstverein sucht in der That, wenn er diese Vorlage unterstützt, im Wald nicht den Wald, nicht das Holz, er sucht, wie ich bereits erörtert habe, den Schutz für das Land, den Schutz zunächst für die Landwirtschaft, und es ist ungerecht, wenn man ihm vorwerfen will, er sei einseitig, wenn er sich erlaubt, sich in der Frage auszusprechen und die Vorlage zu empfehlen. Ich an meinem Orte halte dafür, der schweizerische Forstverein habe anderes nicht gethan, als eine patriotische Pflicht, wenn er sich in dieser sehr wichtigen Frage aussprach. Oder ist es in diesem Ratsaal beispielsweise jemals vorgekommen, dass man nicht sehr gern auf die Stimmen der Juristen hörte, wenn es sich darum handelte, eine Rechtsmaterie gesetzlich zu regeln, oder hat man es verschmäht, auf die Stimmen der Aerzte zu hören, wenn es

sich hier um Sanitätspolizei handelte, u. s. w.? Ich meine also, der schweizerische Forstverein verdiene den Vorwurf der Einseitigkeit in dieser Frage durchaus nicht. Ich habe übrigens selbst Gelegenheit gehabt, den bezüglichen Verhandlungen dieses Vereins beizuwohnen, und ich kann Ihnen die Versicherung geben, dass da anderes nicht sprach, als der Ernst der Sache. Wenn es mir dabei entgangen sein sollte, dass sich da und dort ein Kreisförster, ein technisch gebildeter Fachmann mit Fr. 2000 Jahresgehalt, im Stillen gefreut hätte, bei diesem Anlass vielleicht etwas besser gestellt zu werden, — je nun, es will mir scheinen, dass dadurch die Stellung, die Objektivität des Forstvereins in dieser Frage in keiner Weise erschüttert sein kann.

Des fernern beschäftigt sich Herr Schobinger — und das ist nun wichtiger — mit den Erfolgen der zur Zeit bestehenden Gesetzgebung. Herr Schobinger erklärt uns, nach seiner Auffassung sei es bis jetzt nicht gelungen, an der Hand des sogenannten eidgenössischen Forstpolizeigesetzes auch nur eine einzige wesentliche Aufforstung im Hochgebirge zu stande zu bringen, es sei denn, dass man sie bedingungsweise an die Subvention von Flusskorrekturen geknüpft hätte. Herr Schobinger geht in dieser Beziehung etwas weit, ich kenne Aufforstungen, die unter der Herrschaft dieses Gesetzes zu stande gekommen sind. Aber im Grunde hat er recht; er hat recht, wenn er sagt: das Forstgesetz, wie es zur Zeit besteht, hat nicht diejenige Wirkung, die man sich von demselben versprochen hat. Und warum nicht? Zur Zeit unterstützt der Bund neue Waldanlagen im Hochgebirge und Aufforstungen im Schutzwalde mit 20—70 % «der wirklichen Kosten». Damit ist aber dem Betroffenen noch lange nicht gedient. Man vergisst, dass es dem Betroffenen gegenüber auch noch etwas Anderes zu entschädigen giebt, und da hat Herr Schobinger mit Recht darauf aufmerksam gemacht, dass auch das Ertragsdefizit, welches der Betreffende im Uebergang von der Weide zum Wald zu erleiden hat, entschädigt werden sollte. Das trifft nun gegenwärtig noch nicht zu, und wir haben alle Ursache, zu wünschen, dass ein neues Gesetz, dessen Grundlage Sie heute ausbauen wollen, in dieser Beziehung Aenderung bringe. So wie die Dinge heute stehen, hat in der That der Betroffene, derjenige also, von dem wir eine Aufforstung zu Gunsten des Landes verlangen, alle Ursache, sich mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln der Weisung zu widersetzen, denn er sieht ganz gewiss einem nicht unbeträchtlichen Verlust entgegen. Das muss nun unbedingt geändert werden, wenn Sie wollen, dass das Gesetz in der Folge mehr Wirkung habe, und ich erkläre nochmals: ich an meinem Orte bin da mit Herrn Schobinger vollständig einverstanden und ich meine nur, es sollte gerade das Herrn Schobinger veranlassen, recht angelegentlich für das endliche Zustandekommen eines neuen Gesetzes, wie wir uns dasselbe denken, einzustehen.

Ich will in der Sache nicht breiter werden. Ich habe Ihnen ja eingangs gesagt, dass es mir daran liege, Sie an das Wesentlichste heute zu erinnern. Ich konstatiere nur noch, dass in der That auch Herr Schobinger sich der Erweiterung der eidgenössischen Forstpolizei nicht widersetzt. Er hat in seinem Votum lediglich nur die von mir mehr erwähnte Auskunft verlangt, und er hat sie erhalten. Ich soll Ihnen

zum Schlusse eröffnen, dass die Kommission einstimmig Ihnen das Eintreten auf die Vorlage, einstimmig also den Beitritt zum Beschlusse des Ständerates empfiehlt.

M. Chausson-Loup, rapporteur français de la commission :

Vous vous rappelez, sans doute, que, dans la session de juin 1895, le conseil national s'est déjà occupé du projet de révision de l'article 24 de la constitution fédérale, révision qui a pour but d'attribuer à la Confédération le droit de haute surveillance sur la police des endiguements et des forêts, non seulement comme l'article le mentionne aujourd'hui dans les régions élevées, mais sur tout le territoire de la Confédération.

Votre commission en 1895 comme aujourd'hui était unanime pour vous proposer d'entrer en matière sur le projet de révision du dit article 24 et de l'adopter avec une légère modification.

Sur la proposition de M. Schobinger, la discussion fut ajournée jusqu'au moment où le conseil fédéral aurait présenté un rapport complémentaire à celui du 14 décembre 1893.

Ce rapport vous a été remis le 12 décembre dernier.

Rappelons brièvement l'origine de la révision projetée.

Elle date de 1884. Les cantons de Berne, Soleure et Bâle-Campagne s'adressèrent au conseil fédéral pour le prier de bien vouloir ordonner une enquête sur l'état des forêts du Jura.

En 1886, la commission de gestion du conseil national exprima le même vœu, et la société des forestiers suisses demanda, l'année suivante que l'enquête comprenne aussi le plateau suisse.

Cette enquête fut faite par l'inspectat fédéral des forêts. Elle fut concluante! Les bons résultats obtenus dans les régions élevées ensuite des mesures prises par la Confédération ne pouvaient être autres, si les lois fédérales étaient applicables au territoire entier de la Suisse.

En effet, ce rapport constate :

1° Que si le Jura et le plateau suisse souffrent moins que les Alpes, les ravages des eaux et des éboulements causés par les cours d'eau sont assez considérables pour que l'assistance fédérale soit nécessaire.

2° Quoique le Jura soit assez bien boisé, les hauteurs et les propriétés particulières, et ces dernières représentent le 24 %, laissent beaucoup à désirer.

3° Que le plateau suisse se trouve dans des conditions moyennes.

4° Que la législation des cantons jurassiens et du plateau n'est pas assez efficace pour combattre le mal et y apporter remède, d'autant plus que dans certains cantons les forêts particulières ne sont soumises à aucun contrôle cantonal.

Ajoutons que les cantons de Bâle-Campagne et de Thurgovie n'ont pas de lois forestières.

Ensuite de ce rapport, le conseil fédéral présenta aux chambres en 1888 un projet de loi l'autorisant à accorder des subventions aux cantons situés en dehors de la zone fédérale.

Malheureusement ce projet entièrement transformé par le conseil national, fut rejeté.

Le motif principal qui engagea la majorité des chambres à prendre cette décision, c'est qu'il était, à leurs yeux, inconstitutionnel.

En 1893, le conseil national adoptait une motion de M. Baldinger, conçue en ces termes :

«Le conseil fédéral est invité à examiner la question de l'extension des limites du droit de haute surveillance de la Confédération sur les forêts. Le conseil fédéral, faisant droit à cette motion, adopta, le 14 novembre 1893, le projet qui fait l'objet de nos délibérations.

Aujourd'hui, comme en 1895, votre commission est d'avis que le projet que nous discutons, ne peut produire, s'il est adopté, que de bons résultats.

L'expérience faite dans les régions élevées depuis la mise à exécution des lois fédérales du 22 juin 1877 sur la police des eaux et celle du 24 mars 1876 sur la police des forêts, nous montre d'une manière évidente que ces lois étaient nécessaires; personne ne les a critiquées, chacun en a reconnu les avantages.

Pourquoi alors ne les appliquerait-on pas au reste de la Suisse?

Dans certains milieux, on craint une nouvelle centralisation, des rouages nouveaux, mais, il n'en sera rien, puisque en pratique elle existe déjà.

En effet, le message du conseil fédéral du 12 décembre 1896 nous démontre catégoriquement qu'en vertu de la loi de 1877, la surveillance de la Confédération s'exerce non seulement sur les torrents de la zone fédérale, mais encore en dehors de cette zone, sur tous les cours d'eau qui sont désignés, soit par le conseil fédéral, d'accord avec les gouvernements cantonaux intéressés, soit par l'assemblée fédérale dans le cas où une entente n'a pu être établie.

D'un autre côté, le conseil fédéral a décidé, ainsi que le constate son message du 20 août 1881, que chaque fois et en tant que l'on pourra prouver que tout ou partie d'un cours d'eau de la Suisse présente les caractères d'un torrent et qu'il exige des travaux de correction en vue de la défense du sol, peu importe que le parcours dont il s'agit soit situé dans les régions élevées, dans la zone forestière ou en dehors de celle-ci, la position à prendre par la Confédération à l'égard de cette entreprise sera déterminée par l'art. 24 de la constitution, ainsi que par la loi fédérale sur la police des eaux, et spécialement le chapitre 3 de celle-ci, concernant les subsides fédéraux.

Le message ajoutait que, du moment où la Confédération accordait une subvention, le parcours se trouvait sous sa haute surveillance immédiate et qu'on ne pouvait y exécuter aucuns travaux de défense ou industriels sans son autorisation expresse.

Cette manière de voir fut approuvée par l'assemblée fédérale et dès lors, toutes les corrections en dehors de la zone, furent ainsi traitées.

La loi sur la police des eaux restera donc en vigueur, et il ne sera rien changé au mode de vivre actuel.

Après avoir examiné la question sous toutes ses faces, et pesé tous les termes des rapports du conseil fédéral, votre commission unanime, je le répète,

vous propose d'adhérer à la décision du conseil des états.

Cependant l'arrêté fédéral dans son titre met entre parenthèse la phrase suivante :

(extension de la haute surveillance de la Confédération sur la police des forêts).

Cette phrase, qui pourrait peut-être être interprétée dans l'avenir, d'une manière trop extensive, a donné lieu à certaines craintes chez quelques-uns des membres de la commission.

Aussi celle-ci s'est-elle jointe à la demande de ces derniers, pour vous demander de la supprimer.

Schobinger: Ich habe die Verschiebung vom Juni 1895 auf heute auf dem Gewissen, und ich gestehe Ihnen gerne, dass mich diese Last nicht stark drückt. Auch nach der neuen Berichterstattung bin ich, wie im Juni 1895, noch überzeugt, dass man besser thäte, diese Revision fallen zu lassen. Herr Baldinger hat namentlich betont, dass diese Revision aus einer Reihe von Eingaben aus dem Volke herausgewachsen, dass die Revision volkstümlich sei. Ich wage dies sehr zu bezweifeln. Ich glaube jetzt noch, dass die Veranlassung zur Revision einzig beim schweizerischen Forstverein zu suchen sein wird. Ich will diesem Verein durchaus nicht irgend welche Vorwürfe machen, wenn er zunächst seine Interessen und die Interessen des Forstwesens ins Auge fasst; aber ich muss doch betonen, dass derartige Eingaben nicht als volkstümliche Eingaben zu betrachten sind. Ich bin überzeugt, wenn Sie mit diesem Vorschlag vor das Volk treten, dann werden die zuerst Interessierten, die Waldbesitzer, den Kopf dazu schütteln. Was die Bewohner der Städte betrifft, da gebe ich zu, dass von dieser Seite eine Opposition nicht zu fürchten ist. Ich glaube, es braucht zur Zeit Mut, mit einem Vorschlag zur Revision der Verfassung vor das Volk zu treten, der nur eine Sanktionierung einer gewagten Auslegung der bisherigen Verfassungsbestimmung bezweckt. Soweit es sich um die Oberaufsicht über das Wasserbaupolizeiwesen handelt, ist dies der einzige Zweck der vorgeschlagenen Verfassungsrevision. Der Bundesrat in seiner Botschaft und die Kommission in ihrer Berichterstattung erklären übereinstimmend, es handle sich nur darum, die bisherige Praxis der Bundesbehörden in dieser Frage zu sanktionieren. Mit seiner Nachtragsbotschaft bestätigt der Bundesrat diese Auffassung. Er sagt allerdings in der gleichen Botschaft, dass er anlässlich des Revisionsgesuches der Kantone Aargau, Zürich, Thurgau und St. Gallen in seiner Botschaft vom 20. August 1881 des Einlässlichen auseinandergesetzt habe, dass der Bund berechtigt sei, auch die Verbauung der Wildwasser ausserhalb der eidg. Forstzone zu unterstützen. Es besteht ein gewisser Widerspruch, wenn der Bundesrat betont, dass er damals in seinen Konklusionen dazu gekommen sei, dieses Recht festzustellen, und auf der andern Seite doch die Anregung macht, man möchte auf dem Verfassungsweg die bisherige Praxis sanktionieren. Bedenken Sie nun aber, dass es etwas weit geht, 700,000 Bürger an die Urne zu rufen, um eine bisherige Praxis sanktionieren zu lassen! Ich glaube kaum, dass diese 700,000 Bürger Ihnen besonders dankbar sein werden, wenn Sie dieselben aufrufen, um ihr Urteil darüber abzugeben, ob Ihre bisherige

Praxis verfassungsgemäss gewesen sei oder nicht.

Nun weiss ich allerdings wohl, dass man wegen der Ausdehnung der Oberaufsicht im Wasserbauwesen die Verfassung nicht revidieren würde; man nimmt diesen Punkt eben mit der Ausdehnung der Oberaufsicht im Forstwesen, und über letztere bin ich nun noch derselben Ansicht wie im Juni 1895. Es steht mir nicht zu, hier alles zu wiederholen, was ich damals anführte; aber das will ich doch betonen, dass, wenn eine solche Oberaufsicht über das Forstwesen der ganzen Schweiz festgestellt werden soll, eine Organisation, wie die Kommission sie sich vorstellt, nicht denkbar ist. Die Kommission sagt uns in ihrer Auseinandersetzung über die finanziellen Folgen der Revision, dass die bestehende Organisation nur in der Weise erweitert werden müsse, dass dem eidgenössischen Oberforstinspektor einfach ein dritter Adjunkt beigegeben werde. Ich weiss nicht, ob das nun die richtige Organisation ist. Mir schwebt eben viel mehr eine Centralisation in dem Sinn vor, dass mehrere eidgenössische Forstkreise gebildet werden. Und da frage ich Sie: welche Stellung bekommen die kantonalen Forstbeamten zu den eidgenössischen Kreisforstbeamten? Es wird dazu kommen, dass die Kantone ihre Forstbeamten wählen und besolden, dass diese aber unter den eidgenössischen Kreisforstinspektoren stehen und von ihnen auch instruiert werden. Es wird damit den Kantonen wieder etwas genommen, das sie sehr wohl selber besorgen können. Es macht sich sonderbar, wenn wir leichten Sinnes derartigen Centralisationen zustimmen, während wir immer wieder der Decentralisation rufen.

Und ein anderer Punkt: Ist es notwendig, ein einheitliches Forstgesetz für die ganze Schweiz zu erlassen? Das bestreite ich auch jetzt noch. Die jetzt bestehende Verfassungsbestimmung ist in die Verfassung hineingekommen mit Rücksicht auf die gewaltige Bedeutung des Forstwesens im Hochgebirge für das ganze Land, für die Hochebene, wie für die Niederung. Es handelt sich bei dieser Bestimmung nicht etwa um die wirtschaftliche Bedeutung der Holzproduktion, sondern um die Sanierung der Gewässer und darum, einem andauernden Niedergang des Waldes im Hochgebirge entgegenzutreten. Nun, meine ich, ist das doch ein viel wichtigerer Zweck, als die Förderung des Waldbaues im Hügel- und Flachlande verfolgt. Da handelt es sich im wesentlichen darum, Holz zu produzieren, und trotzdem sollen diese beiden Aufgaben gleichmässig von Bundes wegen behandelt werden? Bevor im Hochgebirge der erstrebte Zweck auch nur annähernd erreicht wurde — das hat Herr Baldinger zugestanden, dass das eidgenössische Forstgesetz noch lange nicht den gehegten Erwartungen entsprochen habe, und dass man in Hochgebirgsgegenden eben infolge der etwas engen Auffassung der Bundessubventionsbestimmung noch nicht zu kräftigen Aufforstungen gekommen sei — bevor also, sage ich, hier das Ziel hat erreicht werden können, will man nun das Gesetz in Verkennung seiner grossen Aufgabe, der Verbesserung der Waldverhältnisse im Hochgebirge, für das ganze Land in Kraft erklären, nur um auch Aufforstungen subventionieren zu können, welche bei weitem nicht den grossen Zweck verfolgen wie diejenigen im Hochgebirge.

Noch spricht ein weiterer Punkt gegen ein einheitliches Gesetz. Ich habe im Juni 1895 schon

darauf hingewiesen, dass in einzelnen Kantonen die öffentlichen Waldungen 90 % betragen, und nur etwa 10 % der Waldungen in Privatbesitz seien. Bei uns im Kanton Luzern ist es umgekehrt. Da sind 90 % der Waldungen in Privathänden, und infolgedessen müssen wir diese Waldungen unter viel strengere Bestimmungen stellen, als es in den Kantonen nötig ist, in denen wenige Privatwaldungen vorhanden sind. Nun wollen Sie alles unter ein Forstgesetz bringen? Das bestehende Gesetz soll auf die ganze Schweiz ausgedehnt werden, und damit sollen alle kantonalen Gesetze überflüssig werden? Das ist nach meiner Ueberzeugung unmöglich, und wenn wir es versuchen würden, würden wir gegen die Interessen des Landes handeln.

Ich will nicht länger werden; ich wiederhole nur, dass nach meiner Ueberzeugung wir mit der Vereinheitlichung des Forstwesens keinen glücklichen Griff thun werden. Die Erfahrung wird mir voraussichtlich Recht geben.

Vigier: Erlauben Sie mir als Mitglied der Kommission und zugleich als Repräsentant eines Kantons, der dermalen nicht im eidg. Forstbezirk ist, das Wort zu ergreifen und zunächst dem Herrn Vorredner entgegenzutreten. Herr Schobinger hat mit ziemlich düstern Farben geschildert, dass namentlich die Organisation schwere Konsequenzen haben werde. Nun gehört der Herr Vorredner einem Kanton an, der dermalen schon, zum Teil wenigstens, unter dem eidg. Forstpolizeigesetz steht, und Sie haben vom Herrn Präsidenten der Kommission gehört, dass 7 oder 8 Kantone — Obwalden, Nidwalden, Glarus, Uri, Wallis, Tessin, Schwyz und Appenzell A.-Rh. — schon dermalen ausschliesslich unter dem eidg. Forstgesetz stehen. Alle diese Kantone stehen also unter derjenigen Organisation, von der Herr Schobinger sagt, sie sei eine gefährliche und werde schwere Konsequenzen haben. Sie können daraus ersehen, dass dieses Motiv, die Organisation betreffend, in denjenigen Kantonen, die schon unter dem eidg. Forstgesetz stehen, nicht zutrifft.

Herr Schobinger fährt dann fort und sagt, es sei nicht nötig, ein einheitliches Gesetz zu schaffen. Ich erlaube mir die Frage aufzuwerfen, ob denn Luzern, ob diejenigen Kantone, die gegenwärtig unter dem eidg. Forstgesetz stehen, dieses Gesetz nicht für nötig finden und ob sie gern darauf verzichten würden? Ich bin sehr begierig, ob die Repräsentanten derjenigen Kantone, welche gegenwärtig ein eidg. Forstgesetz haben, auf dasselbe verzichten möchten. Wir wenigstens in denjenigen Kantonen, die nicht unter dem eidg. Forstgesetz stehen, fühlen das Bedürfnis, dass hier etwas geschehen sollte. Dass dieses Bedürfnis wirklich vorhanden ist, geht schon daraus hervor, dass diese Frage nun schon seit 11 Jahren angeregt wird, wenn auch nicht in den Räten, so doch wenigstens in Forstkreisen. Wenn eine Frage während 11 Jahren beständig pendent und in den Räten wiederholt behandelt worden ist, wenn eine Frage immer und immer wieder Ihrer Annahme unterbreitet wird, wenn das Gesetz vom Bundesrat und vom Ständerat als nötig erachtet wird und diejenigen Kantone, welche nicht unter dem eidg. Forstgesetz stehen, nach demselben verlangen, so glaube ich, die Notwendigkeit des Gesetzes sei nicht zu bezweifeln.

Ich mache Sie ferner auf die befremdliche Tatsache aufmerksam, dass gerade diejenigen Kantone, welche nicht unter dem eidg. Forstgesetz stehen, den grössten Waldbesitz aufweisen. Der Waldbesitz macht in diesen Kantonen durchschnittlich 32 % der Gesamtoberfläche aus, während diejenigen Kantone, die ganz unter dem eidg. Forstgesetz stehen, nur einen Waldbesitz von 25 % aufweisen. Nun ist es doch gewiss eine merkwürdige Erscheinung, dass diejenigen Kantone unter dem eidg. Forstgesetz stehen, welche weniger Waldungen haben.

Ferner verweise ich darauf, dass es vorkommen kann, dass in Kantonen, wie Wallis und Tessin, die nicht ausschliesslich Bergkantone sind, Landesteile unter dem eidg. Forstgesetz stehen, die ganz ausgesprochen den Charakter der Hochebene tragen, sehr fruchtbar sind, sehr intensiv bebaut werden — ich erinnere an die Gemüsekultur im Wallis etc. — während der ganze Jura mit seinem felsigen, oft sehr kahlen Gebiet nicht darunter steht! Die Bewohner der Jurathäler, bezw. die Repräsentanten der betreffenden Kantone haben ohne Ausnahme der Vorlage zugestimmt.

Ich will Ihnen noch eine fernere befremdliche Erscheinung mitteilen. Gegenwärtig ist es möglich, dass ein begüterter Mann in einem Kanton, der unter dem eidgenössischen Forstgesetz steht, für seine Ausgaben für Aufforstungen vollständig entschädigt wird, während eine arme Gemeinde weder vom Bund, noch vom Kanton etwas erhält! Es sind mir Erwerbsgesellschaften in unserer Gegend bekannt, die mit Millionen arbeiten und schöne Dividenden ausrichten, die ihre Ausgaben für Aufforstungen voll vergütet erhalten, während die Gemeinden gar nichts erhalten. Das sind doch Erscheinungen, gegen welche unsere Gesetzgebung auftreten sollte.

Allein abgesehen von diesen abnormalen Erscheinungen erlaube ich mir, Sie noch auf einen Umstand aufmerksam zu machen, welcher dem Forstgesetz ruft. Dieser Umstand besteht darin, dass die Frage seit einer Reihe von Jahren in den Räten pendent ist. Die Kunde, dass ein neues Gesetz kommen werde, ist hinausgedrungen und zwar gerade zu einer Zeit, während welcher die Holzpreise ganz wesentlich gestiegen sind. Nun haben wir in unserer Gegend, die nicht unter dem eidgenössischen Forstgesetz steht, die traurige Erscheinung, dass die Leute infolge der Mitteilung, es werde ein Gesetz kommen und in Bezug auf den Holzschlag gewisse Grenzen ziehen, fröhlich drauf los holzen, so dass der Zustand heute viel schlimmer ist, als früher. Es ist deshalb um so mehr nötig, dass wir auf die Vorlage eintreten und gegen solche Vorkommnisse unser Veto einlegen, indem wir erklären: Bis hieher und nicht weiter!

Als Repräsentant eines Kantons, der nicht unter dem eidgenössischen Forstgesetz steht, empfehle ich Ihnen warm, auf die Vorlage einzutreten.

Baldinger, deutscher Berichterstatter der Kommission: Nur noch ganz wenige Worte gegenüber Herrn Schobinger, damit wir auch in der Zukunft nicht unrichtig aufgefasst seien. Herr Schobinger bleibt bei seiner Behauptung, die Anregung zur heutigen Vorlage komme ausschliesslich von Seite des schweizerischen Forstvereins. Ich meinerseits kann nur

wiederholen, dass diese Behauptung nicht zutreffend ist. Zum Beweis für meinen Standpunkt bin ich allerdings genötigt, Sie noch einmal einen Augenblick ganz speziell auf das Gebiet der Wasserbaupolizei zu führen, auf das Herr Schobinger uns gebracht hat. Ich habe vorhin dieses Gebiet der Kürze halber nur gestreift. Nehmen wir an, der Bund leiste an den Kanton B eine Flusskorrektionsubvention von einer halben Million Franken. Es handelt sich um die Korrektion eines Gewässers von sehr wildem Charakter. Das Einzugsgebiet dieses Flusses liegt nicht im Kanton B selber, sondern im Kanton C. Nun hat aber der Bund im Momente durchaus keine Veranlassung, im Kanton C irgendwie etwas forstlich vorzukehren. Es fehlt ihm dazu jede Grundlage. Ich frage nun, ob das logisch ist, dass der Bund, wenn das Grundübel, welches Veranlassung zur Flusskorrektion im Kanton B gegeben hat, in der mangelhaften Beforstung des Kantons C liegt, hier nichts vorkehren kann! Ich vermag diese Logik nicht einzusehen und glaube, es sei dringend nötig, dass wir auf diesem Gebiete eine Aenderung schaffen. Gestatten Sie mir, dass ich, um die Behauptung des Herrn Schobinger zu entkräften, Sie auch noch daran erinnere, dass Ihre Geschäftsprüfungskommission schon im Jahre 1886 folgendes sagte: «Heute, wo die Subventionierung der Flusskorrektionen sich über das ganze hydrographische Netz der Schweiz erstreckt, drängt sich die Frage in den Vordergrund, ob es nicht angezeigt wäre, die Grundlinien einer durchführbaren und gesicherten Forstgesetzgebung auf Jura und Alpen wie auf das gesamte übrige schweizerische Hügel-land auszudehnen». So sprach Ihre Geschäftsprüfungskommission schon im Jahre 1886, lange bevor der schweizerische Forstverein eine bezügliche Eingabe an Sie adressierte!

Im fernern hat Herr Schobinger gesagt — und ich weiss in der That nicht, wie er dazu kommt —, die Kommission befinde sich im Irrtum, wenn sie glaubt, die ganze neue Ordnung der Dinge, wie sie in der Vorlage gegeben ist, lasse sich von Bern aus machen, es bedürfe da des weitern nichts, als etwa noch zwei Adjunkten des schweizerischen Oberforstinspektorates. Ich erinnere mich des Entferntesten nicht daran, dass in der Kommission diese Auffassung Platz gegriffen habe. Ich meine im Gegenteil, in der Kommission herrschte in dieser Beziehung die Ansicht des Herrn Schobinger, d. h. die Ansicht, dass die neue Organisation sich auf Grundlage einer gewissen Anzahl von eidgenössischen Forstkreisen vollziehen, dass also hier in der That Dezentralisation Platz greifen solle.

Sodann sagte Herr Schobinger, die Kommission hätte auch ganz vergessen, dass es einen grossen Unterschied gebe zwischen den Verhältnissen im Kanton Luzern und denjenigen in andern Kantonen. Dort im Kanton Luzern sei der Privatwald vorherrschend, in andern Kantonen dagegen sei die grosse Masse der Waldungen Eigentum der Gemeinden und des Staates. Nun könne man unmöglich einheitliche Bestimmungen geben, welche sowohl für den Kanton Luzern mit seinem Privatwald, als auch für die andern Kantone mit ihrem Gemeindewald gelten sollen. Die Kommission hält es für selbstverständlich, dass man da nicht die gleichen Bestimmungen aufstellen kann; aber sie hält es für ebenso selbstverständlich, dass das Gesetz die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in lokaler und eigentumsrechtlicher Beziehung wohl

berücksichtigen kann. Deshalb fürchtet sie sich von diesem Standpunkt aus gar nicht vor einem neuen Gesetz, das allerdings die Verfassungsrevision notwendig macht.

M. Ruffy, conseiller fédéral: Si une question paraît avoir été complètement étudiée, examinée sous toutes ses faces par différents messages et rapports du conseil fédéral, c'est bien celle qui nous occupe dans ce moment.

Je voudrais cependant, avant de laisser intervenir un vote, établir d'une manière absolument précise certains points de la situation constitutionnelle et légale dans laquelle nous nous trouvons et sur lesquels on n'a pas encore paru, dans cette salle, être tout à fait d'accord.

Il résulte des documents que vous avez sous les yeux et de tout ce qui a été dit concernant cette matière que bien avant la constitution qui nous régit, on s'était placé, au point de vue de la police des eaux, sur le même terrain où nous vous demandons aujourd'hui de nous placer définitivement.

Ce n'est pas avec la constitution fédérale de 1874, que la Confédération a commencé à s'ingérer dans le domaine de la police des eaux. En 1871, par une décision des Chambres fédérales, vous faisiez entrer dans la pratique ce que vous allez consacrer maintenant dans la constitution. Ne devaient pas en effet, à cette époque, être considérés comme eaux dignes de la surveillance et des soins financiers de la Confédération, seulement les torrents alpestres, mais l'ensemble du domaine des eaux, attendu que les eaux venant d'en haut se prolongeant, se déversant dans la plaine, elles paraissaient aussi dignes de la sollicitude et de l'appui de la Confédération.

En 1874, l'assemblée fédérale adoptait un art. 24 qui fit faire un pas en avant à la question des forêts, mais risqua en même temps d'en faire faire un en arrière en ce qui concernait la police des eaux. Si cet article, dont la rédaction laissait à désirer, n'avait pas, suivant l'avis du conseil fédéral, été interprété d'une manière très large par l'assemblée fédérale, il pouvait empêcher de poursuivre ce qui avait été commencé en 1871, ou du moins restreindre l'intervention fédérale en ce qui concernait les eaux du plateau et de la plaine. Malheureusement, on admit une formule unique pour deux choses différentes, l'une, la police des eaux, qui était déjà l'objet de l'attention fédérale et l'autre, la police des forêts, qui en était à son début, et dont on n'entrevoit pas encore l'extension. Mais, dès 1876 et 1877, on comprit qu'il n'était pas possible de s'enfermer dans la disposition stricte de l'art. 24 de la constitution de 1874, qui prévoyait des interprétations différentes les unes des autres. A l'occasion des questions soulevées par les cantons d'Argovie et de Zurich, on en est revenu à la pratique fondée sur ce qui avait été fait en 1871, et dès lors vos décisions ont été continuées et conséquentes les unes avec les autres, dans le sens qu'il ne s'agissait pas de limiter l'intervention de la Confédération à la zone forestière, mais de l'étendre partout où le besoin s'en faisait sentir.

Voilà le point constitutionnel établi; nous innovons dans le domaine des forêts et nous consacrons dans celui des eaux.

Inutile d'en revenir à de longues dissertations devant vous, mais il est très curieux de constater que tandis que la nouvelle loi est représentée de divers côtés comme une innovation dangereuse pour la législation des cantons et l'autonomie des communes, c'est précisément des milieux qui, aujourd'hui, ne sont pas soumis à la législation fédérale, que vient le vœu d'y être dorénavant soumis. Dans les endroits, où elle n'est pas encore en vigueur, on demande que l'action bienfaisante de la Confédération soit étendue dans certains domaines de manière à ce que ses secours soient plus largement répandus, au lieu de limiter ses subsides, on désire qu'ils soient augmentés et que tout au moins, il soit donné des indemnités aux propriétaires que l'on oblige à déboiser. C'est au contraire des milieux qui sont sous le coup de la législation fédérale que viennent les scrupules et les résistances. Je pense que ceux qui n'y sont pas soumis et demandent qu'elle leur soit appliquée ont regardé ce qui se passait chez leurs voisins et se sont demandés, si ceux qui étaient sous le régime fédéral, étaient mal traités. Cette question a été résolue d'une manière négative et ils nous disent aujourd'hui: Faites pour nous ce que vous faites pour les autres.

Si ce que nous voulons faire maintenant, ne l'a pas été d'emblée, cela est très naturel. En 1871, on n'en était encore qu'au début des études sur le régime forestier, le plus pressé était de s'occuper de la région des Alpes, c'est de ce côté là que devaient porter les efforts et personne ne discuta la question de savoir s'il fallait s'occuper en même temps du Jura et du plateau suisse. Aujourd'hui, cette question est résolue pour tous ceux qui regardent la carte des forêts et connaissent les différences qui existent entre le régime forestier des Alpes et celui du Jura. Maintenant que la loi a reçu une partie de son application, qu'elle a produit une partie de ses effets, rien ne nous empêche de travailler pour le Jura et pour la partie du plateau intéressée, bien que, comme l'a dit M. Schobinger, elle soit très loin d'avoir déployé tous ses effets.

Pourquoi réserver les efforts de la Confédération pour une partie de la Suisse alors qu'elle peut faire sentir les bienfaits de son intervention aux autres parties? Il n'y a à cela aucune raison plausible. Les autres parties de la Suisse demandent pour elles aussi les secours de la Confédération.

Et du régime des eaux? Il n'est presque pas nécessaire d'insister, tellement il est populaire. Il n'y a pas aujourd'hui une contrée qui entreprenne une correction quelconque sans demander l'appui de la Confédération. Il n'en est pas une qui ne sente la nécessité de son concours quand il s'agit d'étudier les plans, de procéder à l'exécution des travaux. Tous sont très heureux de pouvoir ainsi aller de l'avant, et ne demandent qu'une chose c'est que cette bonne pratique, qui a reçu la sanction des administrations intéressées, soit continuée. La faveur populaire lui sera de plus en plus acquise.

Ce n'est pas du premier coup du reste que ces choses-là sont comprises; on attend, pour les apprécier, de connaître les résultats obtenus. Il y a eu d'abord, disons-le, des reproches, ensuite on n'a pu que se montrer reconnaissant des services déjà rendus.

Nous sommes donc dans la situation de venir vous dire: Faites pour l'ensemble du domaine forestier

ce qui a été fait jusqu'à présent pour l'une de ses parties, et continuons à appliquer au domaine des eaux le système que vous avez inauguré avec l'assentiment général de tous ceux qui se sont adressés à nous et qui sera reconnu, par tous ceux qui demanderont plus tard le concours de la Confédération.

Präsident. Wird das Wort weiter verlangt? — Es scheint das nicht der Fall zu sein. Die Kommission beantragt Streichung der Worte «(Erweiterung

der Oberaufsicht des Bundes über die Forstpolizei)» im Titel, im übrigen Zustimmung zum Beschlusse des Ständerates. Ein Gegenantrag ist nicht gestellt. Ich nehme deshalb an, Sie seien mit dem Antrag der Kommission einverstanden.

Zustimmung. — (*D'accord.*)

Geht an den Ständerat. — (*Au conseil des états.*)

Oberaufsicht des Bundes über die Forstpolizei. BB vom 19. März 1897

Haute surveillance de la Confédération sur la police des forêts. AF du 19 mars 1897

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1897
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	01
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1895_003
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	15.03.1897 - 15:00
Date	
Data	
Seite	1-10
Page	
Pagina	
Ref. No	20 026 764

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Amtliches
stenographisches Bulletin

der
schweizerischen Bundesversammlung



N^o 39

BULLETIN
STÉNOGRAPHIQUE OFFICIEL

DE
L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE SUISSE

Abonnements: Jährlich Fr. 1. 50 für die Schweiz, Fr. 3. 50 für das übrige Postvereinsgebiet. In der Schweiz kann nur bei der Post abonniert werden.
Abonnements: Un an: Suisse 1 fr. 50, Union postale 3 fr. 50. On s'abonne en Suisse exclusivement aux offices postaux.

Oberaufsicht des Bundes über die Forstpolizei.

Haute surveillance de la Confédération sur la police des forêts.

Entwurf des Bundesrates.

14. November 1893.

Bundesbeschluss

betreffend

Revision des Art. 24 der Bundesverfassung
(Erweiterung der Oberaufsicht des Bundes
über die Forstpolizei).

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,

nach Einsichtnahme einer Botschaft des Bundes-
rates vom 14. November 1893;

in Anwendung der Art. 84, 85, Ziff. 14, und
118 der Bundesverfassung,

beschliesst:

Art. 1. In Art. 24, erster Absatz, der Bundes-
verfassung vom 29. Mai 1874 werden die Worte
«im Hochgebirge» gestrichen. Es lautet nun dieser
Absatz:

«Der Bund hat das Recht der Oberaufsicht über
die Wasserbau- und Forstpolizei.»

Art. 2. Vorstehender Bundesbeschluss wird der
Abstimmung des Volkes und der Stände unterstellt.

Projet du conseil fédéral.

14 novembre 1893.

Arrêté fédéral

révisant

l'article 24 de la constitution fédérale (ex-
tension de la haute surveillance de la Con-
fédération sur la police des forêts).

L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE
DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE,

vu le message du conseil fédéral du 14 no-
vembre 1893;

en application des articles 84, 85, chiffre 14, et
118 de la constitution fédérale,

arrête:

Art. 1^{er}. Au premier alinéa de l'article 24 de
la constitution fédérale du 29 mai 1894, les mots:
dans les régions élevées, sont retranchés. Cet alinéa
reçoit donc la teneur suivante:

«La Confédération a le droit de haute surveil-
lance sur la police des endiguements et des forêts.»

Art. 2. Le présent arrêté sera soumis à la
votation du peuple suisse et à celle des cantons.

Antrag der Mehrheit der Kommission des Ständerates

HH. Jordan-Martin, Müller, Stutz.

(Hr. Keiser [Zug] hat sich der Stimmabgabe enthalten).

27. März 1895.

Eintreten auf den Entwurf des Bundesrates und unveränderte Annahme desselben.

Individueller Antrag des Hrn. Bossy.

Der Bundesrat wird eingeladen, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, in dem die Bedingungen aufgestellt sind, unter denen zur Beförderung der Anlage von Schutzwaldungen ausserhalb des eidgenössischen Forstgebietes Bundesbeiträge verabfolgt werden können.

Proposition de la majorité de la commission du conseil des états

MM. Jordan-Martin, Müller, Stutz.

(M. Keiser [Zoug] s'est abstenu).

27 mars 1895.

Entrée en matière et adoption in globo du projet du conseil fédéral.

Proposition individuelle de M. Bossy.

Le conseil fédéral est invité à présenter un projet de loi fixant les conditions auxquelles des subventions fédérales peuvent être accordées en vue de favoriser la création de forêts protectrices dans les territoires cantonaux situés en dehors de la zone forestière fédérale.

Ständerat. — Conseil des États.

Sitzung vom 3. April 1895, vormittags 9 Uhr. — Séance du 3 avril 1895, à 9 heures du matin.

Vorsitzender: }
Präsident: } M. de Torrenté.

Tagesordnung: — *Ordre du jour*:

Oberaufsicht des Bundes über die Forstpolizei.

Haute surveillance de la Confédération sur la police des forêts.

Eintretensfrage. — *Entrée en matière.*

M. Jordan-Martin, rapporteur de la commission: En 1884, les cantons de Berne, Soleure et Bâle-Campagne s'adressèrent par l'intermédiaire de leurs gouvernements respectifs au conseil fédéral en vue d'obtenir de celui-ci une enquête sur l'état des forêts dans le Jura.

Cette requête se basait sur les ravages plus ou moins considérables causés par les eaux dans ces régions ensuite de boisement insuffisant.

Relativement à cet objet, la commission de gestion du conseil national, dans son rapport du 19 mai 1886, exprime le voeu que le département fédéral du commerce et de l'agriculture veuille bien ordonner une enquête sur cette question. Sur ces entrefaites, les cantons de Soleure, Berne et Bâle-Campagne revinrent à la charge, et en mars 1887 le conseil fédéral donna l'ordre à son inspectorat en chef des forêts d'entreprendre cette tâche. De son côté, la société des forestiers suisses ne restait pas inactive. En octobre 1887, elle demandait que cette enquête comprenne aussi le plateau suisse et

que les dispositions de la loi du 24 mars 1876, sur la police des forêts dans les régions élevées fût étendue à toute la Suisse.

L'enquête dont nous avons parlé plus haut fut donc, par ordre du conseil fédéral, appliquée à tout le territoire.

Le rapport qui résulte de cette intéressante étude peut se résumer par les considérations suivantes:

1. C'est dans les régions élevées (zone fédérale) que les dégâts des eaux et la dégradation des terrains sont les plus considérables, étant donné l'altitude, les conditions climatiques, le caractère géologique des couches terrestres et le degré élevé des pentes.

On comprend, dès lors, que la constitution de 1874, dans son article 24, ait réservé à la Confédération un droit de haute surveillance sur la police des endiguements et des forêts dans les régions élevées, et que le législateur fédéral se soit empressé d'élaborer les deux lois, qui découlent des dispositions constitutionnelles déjà citées, à savoir: La loi fédérale sur la police des forêts du 24 mars 1876 et celle relative à la police des eaux du 22 juin 1877.

2. Les parties hautes du Jura se distinguent par leur aridité et le manque d'épaisseur de la couche végétale. Ces inconvénients, sont dûs à la composition essentiellement calcaire de la roche et à la direction des couches géologiques. Le moyen d'améliorer cet état de choses est l'amélioration du boisement.

3. Dans le Jura vaudois et neuchâtelois, l'action des eaux est sans grande importance, mais il n'en est pas de même des bassins des rivières situées au Nord et aboutissant au Rhin. Il est constaté que, dans ces contrées, les orages sont plus violents et la grêle plus fréquente.

4. Sur le plateau suisse, les dégâts des eaux sont, ensuite de la plus grande étendue des bassins hydrographiques et de leur corrélation avec les Alpes, plus considérables que dans le Jura septentrional, et les chutes de grêle sont également moins rares.

Ces dommages prennent d'autant plus d'importance, qu'il s'agit ici, et presque partout, de terrains cultivables de grande valeur. Les forces motrices fournies par les eaux y sont beaucoup plus utilisées.

Les rives des cours d'eau sont plus peuplées et sont pour la plupart bordées de voies de communications qui représentent un capital énorme. En ce qui concerne l'utilisation des eaux, comme forces motrices, il est de toute importance que les cours d'eau fournissent un volume d'eau aussi fort que possible, régulier et soutenu.

5. La moyenne du boisement du Jura est de 32,53%, ce qui est considéré comme insuffisant. Pour remédier aux inconvénients signalés plus haut, il serait donc nécessaire d'augmenter ce boisement en créant des massifs forestiers dans les parties exposées aux vents et aux orages, sur les hauts plateaux, les cols par exemple.

6. Le boisement du plateau n'atteint que le 21,73%; il devrait être de 30%. Ici il faudrait, dans le but de régulariser les volumes d'eau utilisables par l'industrie, maintenir un couvert plus complet dans les parties élevées des bassins hydrographiques. Les faits que l'enquête fédérale a révélés, ainsi que les nombreux rapports fournis par les hommes de l'art, ont déterminé le conseil fédéral à présenter aux chambres un projet d'arrêté fédéral daté du 1^{er} juin 1888, concernant la dispensation de subventions fédérales, dans l'intérêt de la sylviculture, aux cantons situés en dehors de la zone fédérale. Cet arrêté fut examiné par les commissions du conseil national et du conseil des états. Des inspections eurent lieu dans le Jura. Elles démontrèrent la nécessité de faire un pas en avant dans ce domaine. Au conseil national qui avait la priorité, le vote du président décida de l'entrée en matière, mais après discussion le projet fut rejeté en votation définitive.

Le conseil des états prit de son côté la résolution suivante:

L'affaire est renvoyée au conseil fédéral avec invitation de présenter en temps opportun un nouveau projet aux Chambres.

Monsieur le président et messieurs, nous pensons que si ce projet n'a pas trouvé grâce devant les chambres, c'est d'une part qu'il s'appuyait sur des dispositions législatives qui n'étaient pas applicables dans le cas visé.

En effet, le projet d'arrêté dont il est question utilisait en faveur du Jura certains articles de la

loi forestière du 24 mars 1876, affectés spécialement au territoire alpin.

C'est ainsi que l'article 2 de la dite loi place sous la haute surveillance de la Confédération:

1^o Les territoires des cantons d'Uri, Unterwalden, Glaris, Appenzell, Grisons, Tessin et Valais en entier.

2^o Pour une partie seulement de leur territoire les cantons de Zurich, Berne, Lucerne, Schwyz, Zoug, Fribourg, St-Gall et Vaud (Schwyz sur sa demande a été depuis cette répartition classé dans la première catégorie).

Aujourd'hui, les cantons qui ne sont pas compris dans la zone fédérale ni pour le tout, ni pour une partie de leur territoire sont: Soleure, Bâle, Schaffhouse, Argovie, Thurgovie, Neuchâtel et Genève.

Il y avait là, par conséquent, un côté inconstitutionnel qui n'a pas échappé aux chambres et les a poussées à renvoyer cet objet à qui de droit pour nouvel examen.

D'autre part, il faut le dire, les propositions du conseil fédéral avaient été modifiées profondément par le conseil national, à ce point qu'on ne s'y reconnaissait plus. Le principe posé par le conseil fédéral et donné en un seul article concernant la dispensation de subventions dans l'intérêt de la sylviculture aux cantons situés en dehors de la zone, s'est transformé de telle sorte que dans une loi en 7 articles on y jetait pêle-mêle des dispositions relatives à la cadastration, voire même à l'expropriation immobilière, à la création de cours forestiers, à celle d'un personnel technique spécial, etc.

En un mot, on avait trop chargé la barque et elle a coulé à pic.

C'est la société des forestiers suisses qui s'est chargée du sauvetage.

Le 9 août 1890, cette dernière demanda par mémoire à l'autorité fédérale de reprendre l'étude de cette question et de présenter un nouveau projet aux chambres. Cette demande fut appuyée par des pétitions émanant d'autres sociétés d'agriculture et d'émulation, ainsi que de plusieurs communes jurassiennes.

Aujourd'hui, le conseil fédéral, dans le but de faire droit à ces vœux et de régler une situation qui sans cela ne cesserait de se reproduire, nous présente un projet d'arrêté révisant l'article 24 de la constitution fédérale, en retranchant au premier alinéa de cet article les mots „dans les régions élevées“; de telle sorte que celui-ci recevrait la teneur suivante.

«La Confédération a le droit de haute surveillance sur la police des endiguements et des forêts.»

Monsieur le président et messieurs, les motifs qui ont guidé la majorité de votre commission dans la recherche des conclusions qu'elle vous présente, se dégagent de l'étude qui va suivre.

L'article 24 de la constitution fédérale a posé deux principes très importants qui sont à la base de deux lois dont l'utilité n'a jamais été contestée, attendu que leurs effets ont contribué dans une très large mesure à augmenter la prospérité du pays.

Nous voulons parler de la loi du 24 mars 1876 sur la police des forêts dans les régions élevées et celle du 22 juin 1877 sur la police des eaux.

La modification proposée à l'article 24 de la constitution, à savoir de retrancher les mots «dans les régions élevées», intéresse les deux lois susmentionnées.

Si elle était adoptée par les chambres et par le peuple, l'action de la première s'étendrait ainsi sur l'ensemble du domaine forestier suisse sans restriction. Les dispositions de la seconde s'appuyeraient également à tous les cours d'eau qui sillonnent notre territoire aussi bien dans la zone fédérale forestière que dans la plaine et le Jura.

On comprend très bien qu'au moment de l'élaboration de la constitution fédérale actuelle, on n'ait pas songé à étendre plus loin les compétences fédérales. On n'en sentait d'ailleurs pas encore le besoin. Il fallait aller au plus pressé, cela se conçoit, là où le danger était le plus grand. Les rapports dressés par messieurs les professeurs Landolt et Escher en 1871 et 1872 lors de la grande enquête ordonnée par le conseil fédéral sur l'état des forêts en Suisse, démontrait de la façon la plus probante qu'il était de toute nécessité de prendre des mesures générales énergiques pour combattre le déboisement dans les Alpes.

D'autre part, ont attirait sérieusement l'attention de l'autorité supérieure sur le caractère agressif des torrents alpestres et sur l'urgence qu'il y avait d'entreprendre le long de leur parcours des travaux de défense dans le but d'arrêter les érosions ou les éboulements, en consolidant les rives et en facilitant ainsi la création de forêts protectrices. C'est ce qui fut obtenu grâce à l'élaboration et à l'application des deux lois que nous avons mentionnées.

L'expérience de ces 18 dernières années nous fournit des enseignements précieux. Les plus terribles torrents, tels que la Nolla et la Gryonne ont été vaincus par la science et les efforts communs et solidaires de la Confédération et des cantons. Les flancs de leurs bassins, n'étant plus érodés par les eaux, se sont raffermis et des forêts ont pu s'y créer et s'y maintenir pour le plus grand bien des populations intéressées.

Prenez le budget et les comptes de la Confédération et vous aurez sous les yeux le témoignage le plus éclatant des progrès immense réalisés dans ce domaine par une application rationnelle et judicieuse des lois de 1876 sur la police des forêts et de 1877 sur la police des eaux.

C'est ici que se pose la question de savoir si avec le conseil fédéral nous devons aller plus loin et élargir et développer les effets de ces deux lois.

Leur application et les constatations qui en découlent, viennent ici à l'appui de notre thèse. Elles nous font toucher du doigt la grandeur de la tâche qui reste à accomplir. Il ne suffit pas, en ce qui concerne les eaux, d'endiguer nos torrents au prix de sacrifices énormes et d'amener les eaux dans leur lit au pied de nos montagnes, mais il faut que la technique les suive et les accompagne de là au travers des plaines jusque dans leurs bassins naturels. Le régime des eaux envisagé à ce point de vue ne se divise pas. Les travaux d'endiguement de la Nolla ont nécessité des travaux spéciaux dans le Rhin supérieur. Il en a été de même au Rhône à l'occasion de l'endiguement de la Gryonne et ainsi de proche en proche les travaux de préservation exécutés dans la montagne pour arrêter la chute des terres, des roches effritées et la descente des galets, doivent se poursuivre dans la plaine en consolidant les rives des rivières et des fleuves

pour le plus grand profit de l'agriculture et de l'industrie. Et ce n'est pas tout.

Après avoir amené plus directement et plus rapidement les eaux dans leurs bassins respectifs, nous aurons à examiner le problème qui se posera certainement — on peut même dire qu'il s'est déjà posé — à savoir celui de la régularisation des niveaux des lacs.

C'est ainsi que dans ce domaine tout se touche et tout se tient, aussi bien dans les Alpes que dans le Jura.

Depuis 1876, les choses ont d'ailleurs changé. De plus en plus, et par la voie de l'exception, on a placé les cours d'eau de plaine sous le régime fédéral. Les dégâts commis par les eaux à différentes époques et sur différents points de notre territoire, la désolation, l'appauvrissement, la misère même qui en ont été les conséquences, ont poussé les populations intéressées à se mettre au bénéfice de dispositions législatives qui leur étaient favorables et sans lesquelles elles étaient condamnées à l'impuissance en présence des maux qui les frappaient, étant données les ressources insuffisantes dont elles disposaient par elles-mêmes.

Les besoins sont devenus pressants. L'agriculture réclame ses droits, elle devient utilitaire, elle sent la nécessité de se développer et d'étendre son domaine, en s'emparant des terrains incultes gagnés sur les grèves et les marais. C'est pour cela qu'il ne suffit plus aujourd'hui de s'intéresser aux torrents alpestres, mais qu'il devient indispensable de songer aux cours d'eau des plateaux et des vallées, qui sont constitués par les premiers.

A ces différents points de vue, l'extension de la loi est donc bonne.

Si l'on envisage spécialement le côté forestier de la question qui nous occupe, l'étude que nous avons faite nous permet de dire ici, que le Jura dans plusieurs de ses parties n'est pas suffisamment boisé.

Votre commission, messieurs, a pu constater, lors des inspections locales qu'elle a faites, qu'à l'exception des régions vaudoises et neuchâteloises du Jura, il y a beaucoup à faire dans ce domaine.

Le Jura est aride par la nature même de sa formation géologique. La roche est calcaire et la disposition inclinée ou verticale de ses couches ne permet pas à l'eau de séjourner dans les parties élevées de la chaîne, elle jaillit plutôt en sources nombreuses au pied de celle-ci. Il en résulte une sécheresse permanente du sol, qui ne peut se reconstituer normalement, étant donné l'absence d'humidité. La végétation y est donc plus lente qu'ailleurs, et elle y est plus difficile à entretenir. La conséquence, est qu'on peut affirmer que le dépeuplement suit une marche plus rapide dans le Jura que dans les Alpes, où les conditions géologiques et atmosphériques sont préférables. Si l'on ajoute à ces inconvénients naturels les effets pernicieux de coupes forestières inconsidérées, d'un reboisement incomplet et mal soigné, de l'absence d'aménagement technique, d'un parcours abusif et ceux, enfin, qui découlent d'une législation forestière peu en rapport avec les besoins et les exigences du jour, ainsi que cela est le cas dans quelques cantons, on arrive à des résultats déplorables et à la conviction qu'il faut se hâter d'apporter un prompt remède à cet état de choses.

Or, le remède, nous l'avons à notre portée, sous la main plutôt.

Il consiste à étendre le régime forestier à toute la Suisse et à accorder au Jura et au plateau ce qui a été libéralement donné aux Alpes. Pour cela, il suffit de modifier ainsi que cela a été proposé le texte de l'article 24 de la constitution fédérale.

Nous sommes de ceux qui pensent que la loi fondamentale sur laquelle reposent nos institutions, ne doit pas être bouleversée à tout propos. Mais nous ne saurions cependant la considérer comme une arche sainte, une charte immuable, à laquelle il est interdit de toucher. Nous devons nous souvenir que le temps marche, que la science fait des progrès; que les besoins de toute nature augmentent en nombre et en intensité et que les évolutions qui en sont l'expression doivent pouvoir être formulées périodiquement au moyen d'actes législatifs mûrement examinés et légalement adoptés.

Notre constitution de 1874 a été modifiée 7 fois depuis son entrée en vigueur, dans ses articles 65, 31, 64, 34, 118 à 121, 39 et par l'adjonction des articles 32^{bis} et 25^{bis}.

Sans vouloir discuter l'opportunité de toutes ces révisions partielles, il nous sera permis de dire ici que celle qui vous est proposée aujourd'hui est autrement utile et profitable au pays, que l'introduction de l'initiative populaire et la fameuse réglementation relative à l'abattage des animaux.

On objectera aussi que les modifications que nous proposons d'apporter à l'article 24 de la constitution fédérale, comportent l'extension des compétences de la Confédération et le développement de la bureaucratie fédérale. Cet argument n'est pas sans valeur. Il va de soi, en effet, que chaque fois que les attributions du pouvoir central s'étendent, il en résulte un renforcement des dicastères et des services chargés d'appliquer les nouvelles dispositions législatives admises. C'est inévitable, et il en sera ainsi tant que les cantons pris isolément seront impuissants à résoudre par leurs seules forces certains problèmes économiques, techniques, scientifiques et politiques, dont la solution intéresse l'ensemble de la nation. C'est le cas ici. L'influence des forêts dépasse les limites cantonales, aussi l'intervention de la Confédération dans ce domaine se justifie-t-elle pleinement aujourd'hui, comme elle s'est justifiée d'ailleurs en 1874. Toutefois, nous remarquons, à ce sujet, que les services administratifs en cause sont créés, qu'ils existent et fonctionnent. Le nouveau régime n'inaugurera donc rien. Cette constatation est de nature, nous semble-t-il, à calmer bien des scrupules.

En résumé, votre commission dans sa majorité, pense que les récentes manifestations de la science, notamment de la chimie et de la physique; les besoins de l'agriculture et ceux de la sylviculture; les exigences de l'hygiène et de l'alimentation publique ainsi que la conservation de nos forces motrices, nous font un devoir et une obligation de prendre des mesures pour que les forêts et les cours d'eau, ces importants éléments de la fortune publique, soient de plus en plus soignés au mieux des intérêts généraux de notre beau pays.

Pour tous ces motifs, la majorité de votre commission vous propose l'entrée en matière et l'adoption *in globo* des propositions du conseil fédéral.

Keiser: Ich will Ihnen die Gründe meiner neutralen Stellungnahme als Mitglied der Kommission, d. h. der Enthaltung in der Eintretensfrage näher darlegen.

Wenn ich allein meine speziellen kantonalen Interessen und Gesichtspunkte im Auge haben würde, so müsste ich unbedingt für die Erweiterung des Forstgesetzes stimmen. Aber es fielen bei mir noch andere, teilweise politische, teilweise objektive, sachliche Gründe in die Wagschale. Dieses Gegengewicht, möchte ich sagen, zwingt mich zur Enthaltung.

Sie haben soeben das ausführliche und eingehende Referat des Herrn Vizepräsidenten Jordan-Martin vernommen. Es handelt sich heute um die Revision des Art. 24 der Bundesverfassung, welcher stipuliert dass dem Bunde die Oberaufsicht über die Wasserbau- und Forstpolizei im Hochgebirge zusteht. Diese Bundesnorm bildet in der That die konstitutionelle Basis zweier unserer forstwirtschaftlichen Gesetze, die wir in der Schweiz besitzen, des Forstgesetzes und des Wasserbaupolizeigesetzes. Aber die verschiedenartige Interpretation dieses Verfassungsartikels und die verschiedenartigen Kompetenzgebiete, die daraus entstanden sind, bilden den Grund der heutigen Tagesordnung.

Im Jahre 1876 trat die schweizerische Bundesversammlung zusammen, um das Forstgesetz zu beraten und zu statuieren. Damals war die Interpretation dieser Bundesnorm eine ganz exakte und korrekte. Man legte den Schwerpunkt auf die zwei Worte «im Hochgebirge», und daher wurden die Grenzen dieses Forstgesetzes für das Hochgebirge resp. dessen Ausläufer festgestellt. Ein Jahr später trat die gesetzgeberische Autorität wieder zusammen, um über das Wasserbaupolizeigesetz ebenfalls Ratsschlag zu pflegen und dasselbe zu dekretieren. Diesmal wurde nicht mehr nach der gleichen Methode verfahren. Man interpretierte den Verfassungsartikel auf einer breiteren Grundlage und umging mehr oder weniger die zwei Worte «im Hochgebirge». Man umschiffte diese Klippe, um zum Ziele zu gelangen, und die Grenzen der Wirksamkeit des Wasserbaupolizeigesetzes wurden auf die ganze Schweiz ausgedehnt. Aus dieser ungleichen Interpretation entstanden zeitweise Kollisionen. Sie wissen, dass die Bundesversammlung, wenn sie die Verbauung oder Korrektion eines Baches oder Flusses im Hügellgebiete oder im Jura subventionierte, dies für die Aufforstung dieser Quellengebiete nicht thun konnte, wenn dieselben nicht im Hochgebirge liegen. Das Wasserbaupolizeigesetz besteht für das ganze Gebiet der Eidgenossenschaft; bei dem Forstgesetz haben wir drei verschiedene Kategorien in unserm Land. Die erste Kategorie besteht, wie bereits erwähnt worden ist, aus den grossen Gebirgskantonen Tessin, Graubünden und Wallis und den kleinen Gebirgskantonen Uri, Unterwalden, Glarus und Appenzell. Innert dieser Zone ist allein die Oberaufsicht und Kontrolle des Bundes resp. das eidg. Forstgesetz massgebend und kein anderes Regime ist zulässig. Die zweite Kategorie erstreckt sich vom Bodensee bis zum Genfersee und umfasst 8 Kantone, deren gebirgiger Teil ebenfalls in die eidg. Forstzone eingereicht, deren nördlicher Teil dagegen davon befreit ist, sodass auf den einen Teil das eidgenössische Forstgesetz und auf den andern Teil die kantonalen Vorschriften Anwendung finden. Ich

komme zur dritten Kategorie. Hier beginnen meine politischen Zweifel, wenn Sie wollen meine föderativen Bedenken. Diese Zone besteht aus 7 Kantonen, nämlich aus den Kantonen Genf, Neuenburg, Solothurn, Baselstadt und Baselland, Aargau, Thurgau und Schaffhausen. Diese 7 Kantone waren bis dahin vom forstwirtschaftlichen Standpunkte aus vollständig frei. Sie standen nicht unter Bundeskontrolle und anerkannten keine Bundesaufsicht. Sie konnten in waldwirtschaftlicher Beziehung schalten und walten, wie sie wollten. Sie konnten Forstgesetze und Forstreglemente aufstellen oder nicht.

Haben wir nun nicht nur die Macht, sondern auch die Pflicht und das Recht, hier einzugreifen, um eine zwangsweise Ausdehnung des Forstgebietes auf diese sieben bis anhin souveränen Kantone festzustellen? Ich möchte es bezweifeln; denn der Beweis ist mir nicht erbracht, dass diese sieben Völkerschaften die Ausdehnung des eidg. Forstgebietes postulieren. Ich kenne keine Manifestationen von seite des Volkes. Man wird mir entgegen, dass doch Kundgebungen vorhanden seien. Sie sind in der That vorhanden. Schon seit 10 Jahren liegen von Seite der hohen Stände Bern, Solothurn und Baselland solche Kundgebungen vor. Es sind auch solche vorhanden von seite des schweizerischen Forstvereins und anderer Vereine. Aber diese Manifestationen sind nicht der Ausdruck des Volkes, sondern Kundgebungen von Regierungen, besonders von solchen, welche noch nicht vom Volk gewählt werden, und von Vereinen, welche nur einen kleinen Teil des Volkes bilden. Regierung und Volk decken sich nicht, und es ist ja genügend bekannt, dass heutzutage vielfach die besten Staatsaktionen der Regierung vom Volke einfach über den Haufen geworfen werden. Hätte ich genügende Anhaltspunkte für die Zustimmung der Völkerschaften dieser sieben Kantone, so würde ich, wenn sie glaubten, es sei diese Massnahme eine Rechtswohlthat, sie ihnen mit voller Hand zuweisen. Allein ich bezweifle das. Dies sind meine politischen Bedenken.

Nun noch einige Bemerkungen vom objektiven, sachlichen Standpunkt aus. Ich frage Sie: Welches waren im Jahre 1876 die leitenden Motive, welche die Bundesversammlung veranlassten, ein Bundesforstgesetz für das Hochgebirge zu statuieren? Es waren die immer mehr überhand nehmenden Katastrophen im Hochgebirge, die zahlreichen Rufen und Erdrisse, die immer sich mehrenden Ueberschwemmungen, Lawinengefahren u. s. w., die sie dazu bestimmten. Es handelte sich darum, den elementaren, unbedingten Mächten den Krieg zu erklären.

Wir haben im Hochgebirge in der That Voraussetzungen, die Sie im Jura und im Hügelgebiete vergebens suchen. Das Hochgebirge ist in orologischer, hydrologischer und geognostischer Beziehung von dem Jura und dem Unterlande wesentlich verschieden. Nach dem der Botschaft des Bundesrates von 1888 beigelegten Berichte des Herrn Oberforstinspektors Coaz hat das Hochgebirge ca. 2,700,000 ha. Gesamtfläche, der Jura dagegen nur 500 000 ha. Die Thalbildung im Hochgebirge ist eine systematisch verzweigte. Da liegen ungeheure Wassereinzugsgebiete, in denen Hunderte von Gewässern das Bestreben haben, eine ungeheure Masse von Anschwemmungen im Hauptthale zu bilden. Das Hochgebirge ist der Verwitterung weit mehr ausgesetzt, als der Jura. Ein grosser Teil des Hochgebirges ist

aus Schiefergestein gebildet. Dieses Gestein leistet wenig Widerstand und vermag die Unbill der Witterung nicht auszuhalten. Deshalb die ungeheuren Geschiebe und das gewaltige Gerölle, welches durch die Wildbäche und Flüsse weiter geschoben wird. Wer die Nolla besucht und die Gürbe beobachtet hat, kann davon erzählen. Das Hochgebirge erhebt sich bis zu 4354 Meter (Monte Rosa). Diese Höhe bildet die Ursache, dass die Oberfläche dieses Gebietes durch keine zusammenhängende Pflanzendecke geschützt ist, wie das Juragebiet. Ein grosser Teil ist nackt, ein anderer Teil ist mit Schnee, Eis und Gletschern bedeckt. Infolgedessen ist dasselbe einer beständigen Zerbröckelung ausgesetzt. Dadurch wurde die Schaffung eines Forstgesetzes notwendig gemacht. Im Jura verhält sich die Sache anders. Das Juragebiet erhebt sich nur bis zu einer Höhe von ca. 1680 Meter (Mont Tendre). Diese Höhe bildet die Ursache, dass alle Kuppen und Gräte des Jura mit einer Pflanzendecke, teilweise mit Waldungen, teilweise mit Weiden, versehen sind. Durch diese Pflanzendecke sickern die Gewässer langsam durch die zerrissenen Berge hinunter und kommen am Fusse ruhig wieder als Quellen hervor. Das spröde Hartgestein des Jura zerbröckelt wenig. Daher haben wir hier nur kleine Geschiebe. Die meisten Flüsse geben allfällige Geschiebe in den Neuenburgersee und Genfersee ab, haben nur kurzen Lauf und sind in Felswände gebettet. Das sind andere Erscheinungen, als die, welche wir im Hochgebirge treffen.

Ich glaube, diese Gründe sind ziemlich massgebend, um sich der Stimmabgabe zu enthalten. Ich könnte noch sagen, dass der Jura sehr bewaldet ist. Er hat nach dem Berichte des Oberforstinspektorates einmal mehr Waldungen als das Hochgebirge, nämlich 32 % statt 16 % der Gesamtoberfläche. Schliesslich erlaube ich mir, Ihnen noch einen Passus aus einem der Botschaft des Bundesrates vom 2. Dezember 1874 betreffend die Errichtung eines eidg. Forstinspektorates beigelegten Expertenbericht zu verlesen. Derselbe verlautet: «Da der Jura sehr waldreich ist und sein Gestein der zerstörenden Kraft des Wassers mit geringen Ausnahmen einen wirksamern Widerstand entgegenzusetzen vermag, als das Schiefergebirge eines grossen Teils der Alpen; da ferner die Berge nicht sehr hoch sind und die Mehrzahl der Bäche und Flüsse nur kurze Flussgebiete haben, ihre Zerstörungen also nicht weit über ihr Quellengebiet hinaus tragen, so darf der Bund auf die Ausübung der Wasserbau- und Forstpolizei im Jura ohne Bedenken verzichten.»

Das sind die Gründe meiner Enthaltung.

M. Bossy: J'ai eu l'honneur de déposer au sein de la commission une proposition individuelle tendant à inviter le conseil fédéral à présenter un projet de loi fixant les conditions auxquelles les subventions fédérales peuvent être accordées en vue de favoriser la création de forêts protectrices dans les territoires cantonaux situés en dehors de la zone forestière fédérale.

En présentant cette proposition, j'estimais qu'il n'était pas nécessaire, pour atteindre le but qu'on se proposait, de réviser la constitution fédérale,

mais qu'il suffisait, pour y arriver, d'une législation fédérale spéciale.

Des considérations techniques seules me guideront dans ce débat.

Au point de vue d'une bonne économie forestière, j'estime qu'il ne serait pas rationnel d'appliquer dans la même mesure le régime fédéral aux territoires cantonaux qui ne sont pas encore soumis à ce droit de surveillance. Dans les régions alpestres, le but de la Confédération a été de nous garantir contre les dangers qui peuvent résulter d'un boisement insuffisant. En dehors de la zone fédérale, son rôle n'est pas le même, lorsqu'elle concourt à la création de forêts protectrices, à propos desquelles on peut invoquer des considérations qui intéressent surtout l'agriculture: les conditions climatiques, les mesures à prendre pour se mettre à l'abri des orages de grêle, l'alimentation des sources, etc. En appliquant de la même manière le régime fédéral au reste de la Suisse, je dis qu'on affaiblirait l'action de la Confédération qui doit s'imposer davantage dans la zone alpestre.

Pour justifier ma manière de voir, je ferai ressortir les différences que nous avons constatées entre le traitement et les conditions forestières de la zone alpestre d'une part et celles du plateau suisse et du Jura d'autre part.

Dans la zone alpestre, nous remarquons d'abord de vastes étendues improductives, des surfaces en pentes excessivement rapides pour lesquelles toutes les forêts peuvent être considérées comme protectrices. La nature géologique même des Alpes est très différente de la nature géologique du Jura; c'est le calcaire qui domine dans celui-ci, tandis que le schiste qui abonde dans les Alpes, offre moins de résistance à l'action délétère des eaux et par conséquent expose le sol à la dénudation et à la dévastation des torrents. Il serait bien difficile, pour ne pas dire impossible de remédier à cet état de choses sans la sylviculture. Il y a en outre à remarquer que les surfaces improductives de la zone alpestre sont loin encore d'être suffisamment boisées, et leur proportion atteint presque le quart de la surface générale de la Suisse. Il reste encore beaucoup à faire, une quantité de prescriptions fédérales sont inexécutées. Est-ce donc le moment d'appliquer au plateau et au Jura le même régime? Non, autrement nous risquerions de voir faiblir l'action fédérale là où elle doit s'exercer avec plus de fermeté.

Les difficultés du reboisement ne sont pas non plus les mêmes dans la zone fédérale, le plateau et le Jura. La notion qu'a le montagnard de l'utilisation des subventions allouées par la Confédération n'est pas la même que celle que possède l'habitant de la plaine. Ce qui, dans la plaine, est considéré comme étant nécessaire à la conservation d'une exploitation agricole, ce qui y est considéré comme un terrain essentiellement forestier, ne le sera pas dans la même mesure pour l'habitant de la zone fédérale.

En somme, le régime forestier fédéral a surtout pour but la conservation du sol, la défense des régions inférieures contre les dévastations des torrents, et ce n'est pas à ce point de vue que l'on peut se placer pour demander l'intervention de la Confédération en ce qui concerne le plateau suisse et le Jura, où ce sont les intérêts agricoles qui prédominent. Ici on pourrait se contenter d'une loi

spéciale fixant les conditions auxquelles des subventions fédérales peuvent être affectées à la création de forêts protectrices pour obtenir en même temps un régime satisfaisant, puisque, d'autre part, la Confédération est suffisamment armée par la loi sur la police des eaux en dehors de la zone alpestre. Dans celle-ci, les conditions de végétation sont excessivement défavorables la croissance est plus lente, plus difficile que dans la plaine et le Jura; nous y avons par conséquent des soins plus considérables à donner en ce qui concerne le repeuplement, il faut avoir recours au jardinage, aux coupes successives d'un semencement. On ne peut pas procéder par le moyen des coupes rases, comme c'est le cas dans le Jura et le plateau, dont l'habitant sera étonné de voir lui appliquer des dispositions trop sévères, qui, ainsi, s'adouciront forcément dans la zone alpestre. Les nettoyages et les éclaircies se feront plus aisément dans la plaine, le rendement des forêts étant plus considérable, attendu que la population est beaucoup plus dense et que l'utilisation immédiate des produits forestiers y est infiniment plus facile que dans les Alpes, où les mesures prises se rapportent en somme à la conservation du sol. L'abornement, la cadastration, la taxation des forêts dans les Alpes est excessivement difficile en raison des frais que ces travaux entraînent, tandis que dans la plaine et dans le Jura, ils sont généralement terminés, et effectués en vertu de l'application de lois cantonales, de codes forestiers.

Dans la zone alpestre, on éprouve une peine considérable à obtenir l'exécution des prescriptions fédérales en ce qui concerne par exemple le parcours du menu bétail, l'utilisation des feuilles pour lières, etc. L'emploi d'autres matières accessoires n'est pas limité, ni réglementé partout. Le Jura souffre beaucoup moins de ces droits d'usage désastreux et les forêts de la plaine en sont généralement affranchies.

En ce qui concerne le plateau suisse, les prescriptions sont suffisantes.

Dans les cantons de Neuchâtel, le 54 %, dans celui de Bâle-campagne, le 74 %, dans les cantons de Schaffhouse et Soleure, le 77 % et dans celui d'Argovie le 85 % de la superficie forestière appartient à l'état et aux communes. Dans ces cantons-là, le gouvernement a le droit de contrôler les opérations concernant les forêts; les communes doivent recourir à l'état pour obtenir l'autorisation de le faire, car l'état a la haute surveillance.

Lucerne et Zurich possèdent entr'autres des prescriptions absolument suffisantes et même très sévères. Je pourrais passer en revue d'autres législations cantonales; mais je préfère m'en tenir au dernier message du conseil fédéral, reconnaissant lui-même qu'en général ces lois sont satisfaisantes ou qu'elles n'auraient pas besoin de grandes modifications pour être en harmonie avec le régime fédéral. Mais dans la zone alpestre, a-t-on beaucoup appliqué cette sage et rationnelle économie forestière que doit poursuivre la Confédération, sans compromettre les résultats si difficilement obtenus jusqu'à présent? On a remarqué que les cantons ont encore très peu fait usage des subventions fédérales dans la zone alpestre et on craint que cette extension du régime forestier fédéral ne lui donne plus la même force dans les hautes régions.

Je vois dans le tableau des subsides accordés par

la Confédération de 1874 à 1893, que ce sont surtout les cantons de Berne et du Tessin qui ont le plus participé à l'allocation des subsides fédéraux, subsides qui se sont élevés dans cette période à plus de un million. Berne, sur cette somme, figure pour 37 % et le Tessin pour 24 %, c'est-à-dire frs. 248,000, tandis que les Grisons reçoivent le 11% = frs. 111,000, Saint-Gall, 7% = frs. 78,000. Par contre, des cantons que j'appellerai *mixtes*, parce qu'ils n'appartiennent qu'en partie à la zone forestière, doivent se préoccuper essentiellement de terminer les travaux commencés dans les hautes régions; je constate en effet, d'après la statistique citée tout-à-l'heure, qu'ils sont fort en retard; ils n'ont reçu que les 1, 2, 3, 4% des subventions fédérales qui ont été accordée pendant cette période, ce qui est insuffisant.

Pour en revenir au Jura, le rapport de M. Coaz en 1888 constate qu'il est très boisé, que les cours d'eau ne charrient pas, qu'ils sont beaucoup plus tranquilles dans leur partie supérieure que dans les Alpes, qu'ils ne présentent pas les mêmes dangers au point de vue climatérique. Les Alpes offrent un relief très puissant, des vallées très profondes, beaucoup plus que dans le Jura, lequel est coupé de vallées transversales très ouvertes, ayant bien moins de déclivité; la surface d'échauffement est plus considérable dans les Alpes que dans le Jura, et ce n'est pas le reboisement qui peut remédier beaucoup à cet état de choses que la nature a créé.

Des inondations pourront se produire, même en dépit de toutes les mesures que l'on prendrait pour les empêcher, surtout lorsqu'il s'agit de pluies, de fontes de neige considérables effectuées en un court laps de temps. On comprendra parfaitement qu'une dévastation puisse être signalée dans le plateau suisse sans que le régime forestier soit capable de l'empêcher. En dehors de la zone la Confédération devrait exiger le triage des forêts, c'est-à-dire faire distinguer entre les forêts qui peuvent être déboisées sans inconvénient, celles qui jouent un rôle climatérique marqué, qui peuvent être déboisées dans une certaine mesure pour être reboisées sur la même surface, et enfin les forêts para-grêle qui ne peuvent être déboisées que par des coupes successives. La Confédération peut parfaitement exiger des cantons un tel triage pour leur permettre de bénéficier d'allocations de subsides. Je veux tenir compte des démarches des cantons de Soleure, de Berne et de Bâle-Campagne pour obtenir l'allocation de subsides à l'effet de créer des forêts protectrices, parce que j'estime que les cantons qui n'ont pas droit jusqu'à présent aux subventions fédérales en matière de protection forestière, peuvent être admis à y participer, mais dans des conditions qui ne doivent pas être nécessairement identiques à celles du régime forestier fédéral.

Comment entend-on appliquer la loi forestière fédérale au reste de la Suisse? Vous savez qu'elle donne le droit de haute surveillance sur la police des forêts protectrices aussi bien des particuliers que des communes et de l'état, et elle réserve cette surveillance sur les forêts de l'état, des communes et des corporations, lors même qu'elles ne jouent pas le rôle de forêts protectrices. Or, avez-vous besoin d'imposer ces dernières prescriptions aux cantons du plateau suisse et du Jura? N'avez-vous pas confiance dans les législations cantonales?

Vous savez que dans tous ces cantons, les opérations des communes et des corporations sont soumises à la ratification des gouvernements cantonaux. Pourquoi voulez-vous donc leur imposer ce régime? Ah! j'entends déjà le rapporteur de la commission me dire qu'évidemment il faudra que la loi de 1876 soit accomodée aux extensions de ces dispositions constitutionnelles. Je ne partage pas cet avis. J'estime qu'il sera dans l'intérêt de la Confédération de conserver les attributions qu'elle a exercées jusqu'à présent et qu'il faut éviter tout prétexte de remaniement de la loi forestière. Si vous voulez retoucher à cette législation qu'on a eu tant de peine à faire adopter par le peuple, vous risquez de remettre tout en question; n'oubliez pas que ces dispositions, surtout celles relatives au parcours du menu bétail, sont très difficilement exécutoires; cependant, les cantons sont venus à bout de leur tâche. Si vous remaniez la loi fédérale, vous la soumettez par là même à l'épreuve du referendum. Or, je ne veux pas lui faire courir des risques, je ne sais pas ce que serait le caprice populaire. N'oublions pas l'importance de la population qui s'adonne en Suisse à l'élevage du menu bétail. Nous regretterions certainement de nous être exposé à une explosion de mécontentements qui ne sont pas complètement oubliés. La législation fédérale en vigueur vise à la sécurité du sol et des populations. La loi spéciale que je demande est une loi à faire essentiellement pour satisfaire aux intérêts agricoles. Les dispositions de la constitution fédérale actuelle donnent assez de compétence au pouvoir fédéral pour intervenir dans la plaine, dans la mesure de ce qui est nécessaire. Relisez l'art. 24 de la constitution fédérale de 1874, dont le second alinea ne distingue pas de zone. La Confédération concourra — c'est donc son devoir — à la correction et à l'endigement des torrents, ainsi qu'au reboisement des régions où ils prennent leur source. Elle décrètera les mesures nécessaires pour assurer l'entretien de ces ouvrages et la conservation des forêts existantes. Par conséquent, ce n'est pas le défrichement. C'est ainsi que, lorsqu'on a édicté la loi fédérale sur la police des eaux, il était bien entendu que la Confédération pouvait intervenir dans le régime des eaux de plaine au point de vue de la défense, des mesures à prendre contre les dévastations et les inondations. L'article de la constitution fédérale que je viens de discuter n'est que la consécration d'un état de choses précédent. La constitution fédérale de 1848 prévoyait en effet des subsides alloués à des entreprises d'intérêt général, puis est venu l'arrêté fédéral de 1871 qui a restreint cette notion de l'intérêt général sans le chercher plutôt dans les Alpes qu'ailleurs.

Si l'on veut être fixé sur l'interprétation et la portée qu'il faut donner à l'art. 24 de la constitution fédérale et à la législation qui en est sortie, il suffit de lire le message du 20 août 1881, qui démontre d'une manière évidente jusqu'où peut aller l'intervention de la Confédération en dehors de la zone alpestre. Cette question est traitée *ex professo* dans le message précité concernant les subventions à accorder aux corrections fluviales des cantons d'Argovie, Zurich, Thurgovie et St-Gall.

Est-ce que cette compétence de la Confédération a jamais soulevé un scrupule constitutionnel depuis qu'elle fonctionne, c'est-à-dire depuis 1877?

Tout ce que j'ai entendu dire, c'est que la Con-

fédération ne profitait pas assez de la correction des rivières de la plaine pour développer davantage les boisements en rapport avec ces travaux.

Au sujet des rapports intercantonaux, j'estime que la Confédération peut interposer ses bons offices en me basant sur la loi concernant la police des eaux que je viens de vous citer. Cette loi prévoit les différents qui peuvent surgir entre cantons et en dehors de la zone de surveillance.

Le régime forestier étant en rapport avec le régime des eaux, pareille disposition pourra trouver sa place dans la loi spéciale qui resterait à faire.

Est-ce donc qu'il vaut la peine de réviser la constitution et de mettre en mouvement tout le peuple suisse, pour permettre à la Confédération d'intervenir dans des choses qui sont de nature essentiellement administrative? Je ne le pense pas. Le rapporteur de la commission s'est basé sur le fait qu'on avait exprimé des scrupules constitutionnels au sujet du projet que le conseil fédéral nous avait présenté précédemment et qui prévoit déjà ce système des subventions, mais à condition que les cantons ou parties de cantons situés en dehors de la zone fédérale, se soumettraient au régime forestier fédéral. Je comprends que c'était aller un peu loin. L'application telle quelle de la loi forestière n'est pas absolument nécessaire dans le plateau suisse et le Jura. Mais on ne s'est pas toujours arrêté à des scrupules constitutionnels. Schwytz par exemple a décidé de son plein gré de soumettre tout son territoire au régime fédéral; par le fait même, il a droit aux subventions fédérales, et la décision de Schwytz a été ratifiée par les chambres.

On a parlé de la société des forestiers suisses. Je comprends le point de vue auquel se sont placés les spécialistes; mais n'oublions pas que nous devons nous laisser guider aussi par des considérations d'ordre plus général. Il est possible que ces spécialistes trouvent plus simple d'avoir un régime uniforme pour la législation comme pour l'administration; mais ont-ils bien pensé aux inconvénients que peut susciter la révision de la loi fédérale forestière. Ces messieurs, en nous recommandant, cet article constitutionnel, n'ont en vue que les forêts et les torrents. Mais cet article suffira-t-il à la Confédération, lorsqu'elle voudra légiférer en matière de forces hydrauliques, comme elle est sollicitée maintenant de le faire. Il faudra peut-être à bref délai une révision constitutionnelle pour le lui permettre. Je dois ajouter que bon nombre de forestiers de la zone alpestre ne partagent pas l'avis de la société des forestiers, qu'ils estiment que cette entrée en matière que nous voulons voter n'est pas nécessaire pour le moment, qu'elle est inopportune. Ce n'est pas une raison pour ne pas accorder de subsides à la plaine et au Jura. La création de forêts protectrices y est excessivement onéreuse; il s'agit là de forêts dont le rôle protecteur n'est pas aussi considérable que dans les Alpes; donc l'expropriation y coûtera davantage.

Lorsque nous avons discuté la loi concernant l'amélioration de l'agriculture, nous y avons posé et sanctionné le principe de l'assurance obligatoire du bétail; on n'y a rien vu d'inconstitutionnel; cependant, la constitution fédérale ne parle pas d'assurance obligatoire du bétail. Puisque la Confédération impose aux cantons ou parties de cantons de pareilles conditions, pourquoi ne ferait-elle pas

quelque chose d'analogue en ce qui concerne la législation forestière. Encore une fois, on n'a élevé aucun doute constitutionnel au sujet de la loi sur l'amélioration de l'agriculture. On a envisagé qu'il s'agissait de sauvegarder les intérêts généraux du pays, que la Confédération devait s'intéresser à la tâche qu'on lui proposait. De même, on a reconnu, lors de la discussion de la loi fédérale sur les voyageurs de commerce, que cette loi n'avait pas une base constitutionnelle très sérieuse, et l'honorable chef du département fédéral de justice et police d'alors, l'éminent M. Ruchonnet, ne le contestait pas. On a adopté quand même cette loi, en pensant que, si l'épreuve du referendum n'était pas demandée, il n'y avait plus à revenir.

J'ai donc présenté ma proposition en me laissant guider par des considérations techniques, en me plaçant à un point de vue purement objectif, et non au point de vue politique auquel a touché mon honorable préopinant.

Je voudrais néanmoins exprimer un sentiment à cet égard. Nous avons vu trois cantons, Berne, Soleure, Bâle-Campagne, demander l'intervention de la Confédération dans le domaine des forêts. Mais les autres cantons qui n'ont pas demandé cette intervention, n'auraient-ils pas pu être consultés sur cette diminution de la souveraineté cantonale?

Je termine. Je n'ai fait qu'exposer le point de vue auquel s'était placé, il y a quelques années, le conseil fédéral lui-même. En 1877, M. Coaz, aussi bien que M. Baldinger, conseiller national, un spécialiste pour lequel j'ai beaucoup d'estime, s'exprimaient dans le même sens à une réunion de forestiers à Soleure.

Par les diverses considérations que je viens de vous exposer, je préfère donc pour le moment à une révision constitutionnelle la proposition que j'ai formulé. Si l'on n'en obtient pas le résultat que l'on se propose, il sera toujours temps, après cette transition, de réviser la constitution.

Stutz: Nach dem ausführlichen und trefflichen Referate des Herrn Kommissionspräsidenten ist es mir nicht möglich, in dieser Debatte neue Gesichtspunkte geltend zu machen. Immerhin wollen Sie mir als Mitglied der Kommission und zugleich als Vertreter eines derjenigen Kantone, welche nicht zum eidg. Forstgebiete gehören, einige kurze Bemerkungen gestatten.

Ich hatte gehofft — ich habe mich schon in der Kommission in diesem Sinne ausgesprochen —, dass sich gegen den vom Bundesrate vorgeschlagenen Entwurf eines Bundesbeschlusses betreffend Revision des Art. 24 des Bundesverfassung keine ernstlicheren Bedenken geltend machen würden und vermag deshalb die rückhaltende Stellungnahme des Herrn Bossy, welcher die Angelegenheit auf den Weg der Gesetzgebung verweisen und diejenige des Herrn Keiser, welcher sich ganz neutral verhalten will, nicht recht zu begreifen.

Es kann doch nicht in Abrede gestellt werden, dass der Verfassungsartikel 24, welcher von der Wasserbau- und Forstpolizei im Hochgebirge spricht, überall da, wo er Anwendung gefunden hat, segensreich gewirkt hat. Die Subventionen, welche an Kantone, die im eidg. Forstgebiet liegen, geleistet

worden, sind nicht unerhebliche, sondern sehr bedeutende, und es dürfte wohl kaum einen Kanton geben, der eine Streichung dieses Artikels befürworten wollte. Allerdings hat sich Herr Bossy heute dahin ausgesprochen, dass die betreffenden Kantone nur einen ganz bescheidenen Gebrauch von diesen Subventionen machen; allein das kann doch wohl nicht hindern, immerhin die Revision des Artikels zu befürworten; wenn die Kantone von diesen Subventionen nur einen ganz bescheidenen Gebrauch machen, so tragen sie ja selber die Schuld daran.

Soviel mir bekannt, sind auch keine stichhaltigen Klagen laut geworden, welche die vom eidg. Oberforstamt vorgeschlagenen Massregeln missbilligt haben. Ich glaube, es ist auch keine Veranlassung vorhanden, sich über die Beschränkung der Souveränitätsrechte der Kantone bezüglich des Betriebes der Forstwirtschaft zu beklagen. Im Gegenteil hat sich das Bedürfnis eines einheitlichen Forstgesetzes immer mehr geltend gemacht, und die Behörden derjenigen Kantone, welche nicht zum eidg. Forstgebiete gehören, waren schon seit Jahren in dem Fall, dieses Bedürfnis immer stärker zu fühlen. Die Forstleute der ganzen Schweiz haben schon wiederholt in Versammlungen und durch Zuschriften an die eidgen. und kantonalen Behörden auf Abhülfe nach dieser Richtung hin aufmerksam gemacht. In dem Berichte der nationalrätlichen Geschäftsprüfungskommission für das Jahr 1885 finde ich folgenden Passus: «Die Durchführung der eidgenössischen Forstgesetzgebung macht im allgemeinen nicht diejenigen Fortschritte, welche im Interesse der Sache wünschbar wären. Mit Ausnahme der mehrtheils mit Hilfe von Bundessubventionen ausgeführten Aufforstungen und Verbauungen sind die Leistungen im Gebiete der Vermessungen, der Aufstellung von Wirtschaftsplänen, der Ablösungen der auf Waldungen lastenden Dienstbarkeiten in den meisten Kantonen, die der forstlichen Zone angehören, sehr bescheidener Art. Mann kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die durch das Gesetz vom 24. März 1876 aufgestellten forstlichen Grundsätze und Forderungen zum nicht geringen Teil allzusehr der Zeit vorangeilt sind. Heute, wo die Subventionierung der Flusskorrekturen sich über das ganze hydrographische Netz der Schweiz erstreckt, drängt sich zudem die Frage in den Vordergrund, ob es nicht angezeigter wäre, die Grundlinien einer durchführbaren, gesicherten Forstgesetzgebung auf Jura und Alpen, wie auf das gesamte übrige schweizerische Hügelland auszudehnen.»

Die eidgen. Räte beschäftigten sich dann neuerdings wiederholt mit dieser Frage, ohne dass es leider möglich wäre, die gewünschte Regelung zu erzielen. Der Referent, Herr Jordan-Martin, hat Ihnen den Gang, welchen diese Frage schon gemacht hat, näher beschrieben und gezeigt, dass dieselbe auf dem blossen Gesetzgebungswege nicht gelöst werden kann. Herr Bossy ist allerdings anderer Ansicht und glaubt, dass diese Regelung auf dem Gesetzgebungswege vorgenommen werden könne. Ich glaube, die Mehrheit der Kommission würde dem Antrag des Herrn Bossy ebenfalls beistimmen können, wenn das möglich wäre, wenn wirklich keine konstitutionellen Bedenken dagegen geltend gemacht würden und geltend gemacht werden müssten. Im Nationalrate ist das förmlich ausgesprochen worden. Man hat die frühern Vorschläge ja deswegen ver-

worfen, weil man gesagt hat: auf dem Gesetzgebungswege kann diese Materie nicht gelöst werden. Ich halte deshalb dafür, dass der Antrag des Herrn Bossy, wenigstens gegenwärtig, kaum mehr ernstlich diskutierbar ist.

Sollen die Kantone, die bis jetzt dem eidgen. Forstgebiet nicht angehört haben, der Vorteile ebenfalls teilhaftig werden, welche der Art. 24 der Bundesverfassung den andern Kantonen bietet, so kann wohl kein anderer Weg betreten werden, als der vom Bundesrate vorgeschlagene, den Art. 24 der Verfassung einer Revision zu unterwerfen.

Von Seite des Herrn Kaiser ist — und ich glaube mit Recht — darauf hingewiesen worden, dass dieser Artikel in Bezug auf die Wasserbaupolizei nach und nach eine Ausdehnung oder, besser gesagt, eine Auslegung erhalten hat, die vielleicht eine etwas gesuchte ist. Die Subventionen an Gewässerkorrekturen werden schon seit Jahren an die Kantone verabfolgt, ohne Rücksicht darauf, ob dieselben im eidgen. Forstgebiet liegen oder nicht. Ich halte dafür, diese Auslegung sei, wenn vielleicht auch nicht eine dem Wortlaut des Art. 24 der Verfassung voll entsprechende — dieser Artikel spricht bekanntlich nur vom Hochgebirge — jedenfalls eine billige und gerechte. In dieser Beziehung macht die Botschaft des Bundesrates am Schlusse speziell darauf aufmerksam, dass diese Beschlüsse von Subventionen an Flusskorrekturen im Thale vielleicht nicht ganz verfassungsmässig seien, indem dort gesagt wird: «Schliesslich bemerken wir noch, dass durch die beantragte Revision des Art. 24 der Bundesverfassung, welcher dem Bunde die Oberaufsicht über die Wasserbau- und Forstpolizei überträgt, auch das Bundesgesetz betreffend die Wasserbaupolizei die wünschbare verfassungsmässige Grundlage finden würde.»

Ich sehe nicht ein, weshalb man auf halbem Wege stehen bleiben solle, und ich für meinen Teil halte es für ein Gebot der Billigkeit und Gerechtigkeit, dem Gesuche der Regierungen von Bern, Solothurn und Baselland zu entsprechen und eine gesetzliche Vorschrift zu schaffen, wonach das eidgen. Forstgesetz auch auf den Jura resp. auf die ganze Schweiz ausgedehnt werden solle. Ein stichhaltiger Grund, dieser Bestrebung Hindernisse entgegenzusetzen, liegt nach meiner Ansicht nicht vor.

Bundesbeiträge werden gegenwärtig an Kantone des eidgen. Forstgebietes verabfolgt für: 1. die Besoldungen der höhern kantonalen Forstbeamten, 2. die Kurse zur Heranbildung von Unterförstern, 3. die Triangulation IV. Ordnung zum Zwecke der Waldvermessung, nebst Uebernahme der Prüfung letzterer und 4. Aufforstungen und damit allfällig verbundene Verbauungen. Das ist ein Faktor, welcher gewiss Berücksichtigung verdient.

In der Botschaft ist gesagt, dass eine annähernde Berechnung ergeben habe, dass das forstliche Budget durch eine einheitliche forstliche Gesetzgebung um zirka 100,000 Franken stärker als bisher belastet werden müsste. Wenn nun der Bund für denselben Zweck im Hochgebirge für die Kantone, welche dem eidgen. Forstgebiet angehören, grosse Ausgaben macht, so hielte ich es in der That für unbillig, für die forstwirtschaftlichen Interessen der andern Kantone keine Subventionen zu verabfolgen.

Mit Recht ist schon von dem Herrn Referenten der Mehrheit der Kommission und namentlich auch

in der Botschaft des Bundesrates hervorgehoben worden, dass ein zweiter und noch viel wichtigerer Faktor für den bundesrätlichen Vorschlag spricht. Es ist leider Thatsache, dass einige Kantone bloss eine mangelhafte Forstgesetzgebung haben. Zwei Kantone, worunter leider auch Baselland, besitzen gar keine Bestimmungen über die Forstgesetzgebung. Alle diese Kantone würden offenbar dadurch einen grossen Vorteil erreichen, dass sie auf diesem Wege eine richtige Forstgesetzgebung erhielten. In Basel-land z. B. beläuft sich der in Frage kommende Vermögenswert in Waldungen auf etwa 10 bis 11 Millionen Franken. Derselbe wirft nach dem Gutachten von Fachleuten bei weitem nicht denjenigen Ertrag ab, den er bei rationeller Behandlung abwerfen könnte. Ueber die forstwirtschaftlichen Verhältnisse in den andern beteiligten Kantonen bin ich freilich nicht orientiert; ich setze aber voraus, dass ähnliche Zustände auch dort vorkommen, sonst würden die Regierungen dieser Kantone den Bundesrat nicht ersucht haben, eine Regelung dieser volkswirtschaftlich so hochwichtigen Frage vorzunehmen.

Ein dritter Faktor, der in der Botschaft des Bundesrates ebenfalls hervorgehoben und gewiss von der allergrössten Bedeutung ist, besteht darin, dass auch die Landwirtschaft in den in Betracht fallenden Kantonen durch Annahme des bundesrätlichen Antrages nicht unwesentlich gewinnen würde. Ich habe nicht notwendig, darauf hinzuweisen, dass richtig angelegte Waldungen auf die klimatischen Verhältnisse der betreffenden Gegenden einen höchst vorteilhaften Einfluss ausüben, dass Hagelschläge verhütet werden können u. s. w. Ich kann mir deshalb auch erklären, weshalb die Versammlung der Gesellschaft schweizerischer Landwirte vor zwei Monaten einmütig beschlossen hat, den eidg. Räten die Annahme des bundesrätlichen Antrages zu empfehlen.

Man hat eingewendet, und Herr Bossy hat diese Einwendung wiederholt, dass im Jura und im schweizerischen Mittellande weniger Abhülfe notwendig sei, als in den Alpen. Es mag dies richtig sein; allein auch Herr Bossy gibt zu, dass auch im Jura Vorkehrungen betreffend den Schutzwald getroffen werden sollten, und er bestätigt dies ausdrücklich durch den von ihm gestellten Antrag.

Ueber diesen Punkt hat sich Herr Nationalrat Baldinger in seinem Vortrage, den er in der bereits erwähnten Versammlung schweizerischer Landwirte gehalten hat, treffend ausgesprochen. Es lohnt sich wohl der Mühe diese Worte hier zu wiederholen. Er sagt: «Was zunächst die bessere Bewaldung von Jura und Mittelland anbetrifft, so wollen wir keinen Anstand nehmen, dieselbe anzuerkennen, aber was ist damit beweisen? Unendlich viel wichtiger als ein bezügliches Mehr oder Weniger ist der Natur des Schutzwaldes nach der Umstand, dass die Aufsicht einheitlich, dass sie dort die gleiche werde, wie hier. Der Schutzwald macht sich bekanntlich nicht etwa nur da geltend, wo er stockt, sondern erst fernerhin. Was frommt dem gutbewaldeten Kanton A der Wald, den er zu seinem Schutze auf nahem Gebiete des Kantons B gründen soll, wenn dieser Wald drüben die sachgemässe Obsorge nicht finden kann! Und was nützt unter Umständen dem Kanton Basel, von dem wir bereits sprachen, die Korrektion seiner Birs, wenn das Einzugsgebiet

droben im Kanton Bern forstpolizeilich vernachlässigt bleibt! Ganz unzutreffend ist der Einwand, es habe der Schutzwald im Jura und im Mittelland weniger Bedeutung, als im Alpengebiet. Wenn der Wald in den Alpen Wildbäche lähmt, Abrutschungen, Abschwemmungen und Ueberschwemmungen u. s. w. verhindert, so thut er das ganz zweifellos auch im Jura und im Mittelland, und wenn er dort im stande ist, Quellen zu speisen, das rauhe Klima zu mildern und unter Umständen sogar mit Erfolg dem Hochgewitter entgegenzutreten, so wird er das hier nicht nur in gleichem, sondern in noch viel höherem Masse thun; denn es kommt selbstverständlich nicht nur darauf an, dass, es kommt auch darauf an, was der Wald schütze, und dass er hier mehr zu schützen findet, als dort, liegt nahe geung.»

Ich will Sie nicht länger hinhalten und erlaube mir schliesslich nur noch, den Wunsch auszusprechen, Sie möchten die Gesuche der Kantone, welche die Unterstellung ihres Gebietes unter die eidg. Forstzone verlangen, erhören. Es handelt sich nicht um einen Zwang gegen diese Kantone, wie Herr Keiser sich ausgedrückt hat, sondern um die Gewährung eines Rechtes für dieselben. Lassen wir es auf eine Abstimmung im Volke ankommen! Ich denke, Herr Keiser wird dann — ich hoffe es wenigstens — eines Bessern belehrt werden.

Ich unterstützte die bundesrätliche Vorlage.

Müller: Nach den bereits gefallenen Voten zu Gunsten der Annahme der bunderätlichen Vorlage, kann ich mich kurz fassen, und meinen Standpunkt kurz begründen.

Herr Keiser hat im Eingang seines Votums gesagt, dass er speziell als Vertreter des Kantons Zug für die Vorlage stimmen müsste, aber dass er als Vertreter der Eidgenossenschaft Bedenken habe. Ich stelle mich als Vertreter des Kantons Schaffhausen auf einen ganz andern Standpunkt. Der Kanton Schaffhausen ist einer derjenigen Kantone, die am besten bewaldet sind, indem 40,19 % seiner Gesamtfläche Wald sind. Aber nicht nur das, auch die Verhältnisse der Waldverteilung sind bei uns sehr gute, indem von der gesamten Waldfläche von 11,824 Hektaren 10,223 Hektaren Staats- und Gemeindebewaldungen, und nur 1601 Hektaren Privatwaldungen sind. Von den gesamten Waldungen befinden sich nur 13,5 % in privaten Händen. Daraus geht hervor, dass auch die Oberaufsicht über unsere Waldungen eine ungleich leichtere ist, als in solchen Kantonen, wo dieselben zu einem grössern Teil Privaten angehören. Wir haben im Kanton Schaffhausen auch ein ganz gutes Forstpolizeigesetz, das schon aus dem Jahre 1863 datiert. Dieses Forstgesetz bestimmt in verschiedenen Artikeln, dass die Privatwaldungen ebenfalls unter gewisse Bestimmungen desselben fallen, so namentlich unter die Bestimmungen betreffend Anlage von Schutzwaldungen, Abholzung etc. Auch unsere Umgegend, das Grossherzogtum Baden, hat ein ganz gutes Forstgesetz, das über die Privatwaldungen sogar noch strengere Bestimmungen enthält. Der Kanton Schaffhausen hätte also kein Bedürfnis, dass sein Forstgesetz durch Bestimmungen der Eidgenossenschaft ausgedehnt würde, und ich könnte daher als Vertreter dieses Kantons gegen die bundesrätliche Vorlage stimmen.

Allein ich gehe nicht vom Standpunkt von Schaffhausen, sondern vom eidg. Standpunkte aus und glaube: Was den einen recht ist, ist den andern billig. Der Bund soll nicht nur einzelnen Kantonen bestimmte Vorzüge gewähren, sondern die Vorzüge auch den andern Kantonen zuwenden. Ich glaube auch, die Tendenz der Bundesversammlung gieng seiner Zeit bei der Ausführung des Art. 24 dahin, dass man sich nicht strikte an die Worte «im Hochgebirge» halten soll. Der Art. 24 sagt allerdings, dass der Bund das Recht der Oberaufsicht über die Wasserbau- und Forstpolizei im Hochgebirge habe. Das Forstgesetz von 1876, das zwei Jahre nach der Annahme der Verfassung erlassen wurde, beruht allerdings strikte auf dem Wortlaut des Verfassungsartikels; das Gesetz über Wasserbaupolizei geht dagegen schon etwas weiter und nimmt es mit den Worten «im Hochgebirge» nicht mehr so genau. Das Wasserbaupolizeigesetz bestimmt, dass auch ausser dem Hochgebirge liegende Gegenden unter Umständen der Bundessubventionen teilhaftig werden können.

Hr. Keiser hat allerdings in seinem Votum Recht, wenn er sagte, dass das Hochgebirge an den Bund und seine Beihülfe ungleich grössere Anforderungen stelle, als das übrige Gebiet. Allein ich glaube, der Jura und das Flachland haben ebenfalls eine ähnliche Berechtigung, indem man nicht vergessen darf, dass die Schädigungen, welche die Gewässer anrichten, wenn sie auch im Hochgebirge am gewaltigsten zu Tage treten, sich vornehmlich doch in den Niederungen, wo das gute Kulturland liegt, fühlbar machen. Schon von diesem Standpunkt aus glaube ich, dass es geboten sein dürfte, auch hier, ähnlich wie beim Wasserbaupolizeigesetz, die Ausdehnung auf die ganze übrige Schweiz zu beschliessen.

Hr. Bossy ist nach meinem Dafürhalten in seinen Ausführungen etwas zu ängstlich. Er stützt sich namentlich auf die Ausführungen des Herrn Oberförsters Engler in Stans, dessen Broschüre gestern in etwas ostentativer Weise ausgeteilt worden ist. Es haben sie nämlich nur diejenigen Mitglieder des Rates erhalten, die einem Hochgebirgskanton angehören, indem man wahrscheinlich gefunden hat, die übrigen Mitglieder der Bundesversammlung könnten wohl nicht dagegen sein. Was die Ansichten des Herrn Engler anbetrifft, so halte ich dieselben für sehr einseitig. Er betont, dass, solange die Wasserbau- und Forstpolizei im Hochgebirge nicht vollständig durchgeführt sei, es nicht am Platze sei, den andern Kantonen ebenfalls Subventionen zukommen zu lassen. Er stellt sich auf den etwas engen Standpunkt, dass diese Hochgebirgskantone zuerst berücksichtigt werden müssen und befürchtet, dass, wenn die Beitragspflicht des Bundes auf die ganze Schweiz ausgedehnt werde, die Hochgebirgskantone verkürzt würden. Das Forstpolizeigesetz existiert schon seit 19 Jahren. Ich glaube, dass es diesen Hochgebirgskantonen, wenn es ihnen Ernst war, dem Gesetze nachzukommen und dessen Vergünstigung zu erhalten, in dieser Zeit möglich gewesen wäre, hier so weit vorwärts zu schreiten, dass die Hauptaufgabe schon bis heute hätte gethan werden können. Dies scheint allerdings nicht der Fall zu sein; aber die betr. Kantone sind selbst schuld daran und das ist kein Grund, daraus den Schluss abzuleiten, dass man mit der Ausdehnung

der Begünstigung auf die ganze Schweiz länger zu warten müsse.

Ich empfehle Ihnen ebenfalls Annahme des gegenwärtigen Bundesbeschlusses, resp. des Art. 24 der Bundesverfassung mit Weglassung der Worte «im Hochgebirge».

M. Jordan-Martin, président de la commission :
Je voudrais répondre quelques mots aux observations de mes honorables collègues MM. Keiser et Bossy. Je ne serai pas long.

M. Keiser se demande si on a le droit de placer les 7 cantons de Soleure, Argovie, Thurgovie, Bâle-Ville, Bâle-Campagne, Schaffhouse, Neuchâtel, Genève sous le régime forestier fédéral. Je comprendrais parfaitement ses scrupules s'il s'agissait d'élaborer une loi mettant ces cantons sous le régime forestier fédéral sans avoir préalablement révisé la constitution fédérale. Ces cantons sont rangés de par la constitution fédérale dans une catégorie qui les met en dehors du régime forestier fédéral.

Si donc vous alliez, au moyen d'une loi, placer ces cantons sous le régime forestier sans avoir révisé les dispositions constitutionnelles, les hésitations de M. Keiser se justifieraient alors absolument.

C'est justement pour cela que nous vous demandons la révision de l'art. 24 de la constitution fédérale afin de rester dans une situation claire, correcte. Quant à discuter la question de savoir si nous avons le droit de demander cette révision il ne peut pas y avoir de doute à cet égard; les chambres fédérales ont toujours la faculté de proposer une révision de la constitution fédérale, dans l'une ou l'autre de ses dispositions, et c'est le peuple qui tranche en dernier appel. Si, dans le cas particulier, le peuple admet la révision de l'art. 24 de la constitution fédérale, les cantons qui ne sont pas encore placés sous le régime forestier fédéral, se soumettront à la majorité. Si c'est le contraire qui se produit, alors nous resterons dans l'état actuel et rien ne sera changé. D'autre part, nous ne devons pas oublier que les cantons dont l'honorable M. Keiser parle, ont pour la plupart demandé cette révision, et que les autres, ceux qui ne l'ont pas demandée, ne s'y sont pourtant pas opposés, ils n'ont fait aucune démarche contre les projets et mesures que le conseil fédéral était dans l'intention de prendre. En sorte que sous ce rapport, il me paraît que nous pouvons être absolument tranquilisés.

C'est précisément, je le répète, pour arriver à une situation normale, correcte, que nous cherchons à obtenir une modification constitutionnelle.

M. Bossy veut obtenir le résultat que nous désirons par le moyen d'une loi. Mais nous avons déjà essayé de ce moyen, et nous n'avons pu aboutir, précisément parce que des dispositions constitutionnelles s'y opposaient. D'autre part, si en matière d'agriculture, nous avons obtenu l'intervention de la Confédération au moyen de la loi récente que nous avons votée, c'est que la constitution ne s'opposait pas à ce que la Confédération vint en aide à l'agriculture, tandis que dans le cas particulier, la Confédération ne peut intervenir dans le

domaine forestier, étant donné les dispositions constitutionnelles actuelles et cela parce que l'obtention de subventions fédérales comporte l'acceptation de certaines conditions en ce qui concerne le reboisement, le repeuplement des forêts, en un mot la stricte exécution des conditions imposées par le régime fédéral forestier. Le conseil fédéral ne peut donc pas accorder des subventions aux cantons situés en dehors de la zone sans y être autorisé par la constitution.

La proposition de M. Bossy me paraît un peu étrange; elle n'est en tout cas pas logique. M. Bossy nous dit: « Mais si nous donnons aux cantons du Jura des subventions dont ils n'ont pas besoin, c'est autant de perdu pour ceux de la région alpestre et situés dans la zone fédérale, où il y a encore beaucoup à faire, où nous n'avons pas assez travaillé pendant ces 18 dernières années. » S'il en est ainsi, pourquoi propose-t-il d'accorder des subventions aux cantons du Jura et du Plateau? Il devrait déclarer hautement qu'il faut rester dans le *statu quo*, laisser les cantons de la zone fédérale sous le régime fédéral et ne pas intervenir en faveur des autres, parce que nous n'en avons pas le moyen tant qu'il restera de la besogne à faire dans la zone fédérale.

Je crois que nous n'en sommes pas là, et que l'état des ressources de la Confédération ne l'empêche pas de mener de front ces deux questions, c'est-à-dire de contribuer peut-être plus largement aux travaux à faire dans les Alpes tout en venant en aide aux cantons du Plateau et du Jura. Nous reconnaissons, il est vrai, que les conditions climatiques, topographiques et géographiques des Alpes sont différentes de celles du Jura et du Plateau, que les torrents y sont plus agressifs et occasionnent des frais plus considérables de correction, que les dévastations y prennent une gravité exceptionnelle. Mais est-ce à dire qu'il ne faille pas venir en aide au Jura? Il est bien certain que le Jura, lui aussi, a ses calamités; il a à supporter les effets, quelquefois désastreux de la chaleur, des courants, des vents qui y circulent; la roche calcaire y dessèche le sol et le rend aride.

Encore une fois, je veux bien reconnaître, au point de vue où nous nous plaçons, que les dangers sont moins redoutables dans le Jura que dans les Alpes, mais cela ne signifie pas que nous ne ressentions pas le besoin d'améliorer, en ce qui le concerne la législation forestière. Si les bassins hydrographiques du Jura ne sont pas si grands que ceux des Alpes en général, si les cours d'eau qui s'y trouvent n'ont pas le caractère torrentiel de ceux des Alpes et sont, toutes proportions gardées, moins considérables, il n'en est pas moins vrai que nous avons pu constater dans la plaine, dans le Seeland, des rivières, comme l'Orbe, la Thièle, l'Aar, etc., dont le cours avait besoin d'être régularisé, et ceci dans l'intérêt des cantons riverains des lac de Morat, de Neuchâtel et de Bienne. Le moyen le plus sérieux à employer pour y parvenir, c'est le reboisement du Jura. Cette entreprise intéresse donc plusieurs cantons.

M. Bossy nous a cité certains cantons qui usaient très peu des subventions fédérales dans le but de reboiser, de repeupler leurs forêts; c'est vrai, il y en a. Si nous voulions nous placer exclusivement à notre point de vue, nous repous-

serions les propositions du conseil fédéral, car nous estimons que nos Alpes sont boisées suffisamment. Les inspections faites par les services techniques forestiers de la Confédération, ont permis de constater que le Jura vaudois est fort bien boisé. Mais nous ne devons pas penser qu'à nous-mêmes, nous croyons au contraire qu'il s'agit ici d'une question de solidarité, je dirai même de patriotisme. Nous voulons contribuer à mettre nos voisins dans une situation favorable qui leur permette de relever leur agriculture, d'avoir une organisation forestière qui soit en rapport avec les exigences du jour.

Le canton de Vaud a des dispositions forestières qui datent de 1807, et de 1810; il possède un code forestier depuis 1835, lequel a été révisé et complété en 1874. Ce code a été encore révisé il y a deux ans; on y a introduit certaines dispositions en ce qui concerne l'administration des alpages.

Nous croyons donc qu'il est utile d'appliquer au Jura les dispositions heureuses qui ont fait règle jusqu'à présent dans les Alpes, parcequ'il y a des progrès à accomplir dans le Jura; les besoins y révèlent moins un caractère d'urgence, mais ils existent.

Ce que l'honorable M. Bossy redoute surtout, si je le comprends bien, dans cette extension des dispositions fédérales, c'est l'envahissement d'une nouvelle centralisation, qu'il voudrait éviter. Mais, je le déclare très franchement, il y a une bonne centralisation, une centralisation utile, fructueuse, et une centralisation stérile, qui reste sans effet, qui met en péril peut-être certains intérêts généraux. Je suis partisan de la première. Celle que nous vous présentons aujourd'hui, je la tiens pour une centralisation utile et bonne, elle constitue un progrès; elle est toute administrative d'ailleurs, elle n'offre aucun danger politique, c'est une centralisation purement technique, scientifique, permettez-moi cette expression. Si je la compare, cette petite centralisation, à celle qui résultera des actes législatifs qui vont être accomplis ces jours, si je la compare par exemple avec celle de la Banque d'Etat fédérale qui semble être bien accueillie par quelques-uns des amis politiques de M. Bossy, je dis que la centralisation que nous vous proposons aujourd'hui, c'est de l'eau de rose à côté de l'autre. Je ne redoute pas la première; l'autre est plus grave, elle atteint des intérêts politiques dans une mesure autrement grave que celle que nous vous proposons qui, je le répète en terminant, doit être considérée comme avantageuse, susceptible de contribuer à la prospérité de notre pays.

Munzinger: Erlauben Sie mir als Vertreter des Kantons Solothurn, der seiner Zeit das Gesuch mit den Kantonen Bern und Baselland eingereicht hat, kurz meine Ansichten auszusprechen. Ich werde über die Ausdehnung der Oberaufsicht des Bundes in Beziehung auf die Wasserbaupolizei kein Wort verlieren, indem nach meiner Ansicht das, was wir jetzt in die Verfassung hineinlegen wollen, bereits durch das Gesetz von 1878 gethan worden ist. Ob man damals mit den Vorschriften der Bundesverfassung genau einig gegangen ist, ist heute nicht zu erörtern.

Ich spreche mich einzig und allein in Bezug auf das Forstgesetz aus. Es scheint mir, dass, wenn man den Antrag des Bundesrates und der Mehrheit der Kommission bestreiten will, es nur eine Position gibt, von der aus das geschehen kann. Diese Position ist die, dass man sagt, es bestehen in der übrigen Schweiz, speziell im Jura, keine ähnlichen Uebelstände wie im Hochgebirge, gegen welche das eidg. Oberaufsichtsgesetz erlassen wurde. Das wäre eine klare Situation, die ich rundweg acceptieren würde. Aber das geschieht nicht und kann nicht geschehen. Sämtliche Sachverständige sind ohne Ausnahme der Ansicht, dass speziell im Jura solche Uebelstände, wie sie das Hochgebirge aufweist, wenn auch nicht im gleichen Masse, vorkommen, und neben diesen Sachverständigen ist damit auch der Vertreter der Minderheit, Herr Bossy, einverstanden, indem sein Antrag darauf hingeht, bestimmte Uebelstände durch ein besonderes Gesetz auch im Jura und in den sieben in Frage stehenden Kantonen zu heben.

Herr Bossy stellt sich damit auf den gleichen Boden, den im Jahre 1888 der hohe Bundesrat eingenommen hatte. Der Antrag des Bundesrates wurde damals von den Räten verworfen. Ich glaube, es ist nicht gut, jetzt die gleiche Geschichte wieder von vorne anzufangen, nachdem man damals dieses Vorgehen, wie es heute Herr Bossy wieder vorschlägt, verworfen und sich mehr dahin entschieden hat, dass eine Revision der Bundesverfassung stattfinde und allgemeines Recht geschaffen werde.

Zweitens scheint mir, dass die Oberaufsicht des Bundes mit der Annahme des Antrages des Herrn Bossy durchaus nicht ausgeschlossen ist. Wenn wir den Vorschlag des Herrn Bossy acceptieren, so ist die Oberaufsicht des Bundes in beschränktem Masse auch notwendig. Damit kommen wir auf den verfassungsmässigen Standpunkt, von welchem auch Herr Keiser gesprochen hat: Ist diese Erweiterung der Oberaufsicht des Bundes gemäss der Verfassung zulässig oder nicht? Bei der Wasserbaupolizei hat man dies für zulässig gehalten, aber heute hat man dies bestritten. Im Grunde macht auch der Antrag des Herrn Bossy eine Aenderung der Bundesverfassung notwendig, weil er die Konsequenzen zieht, welche zur Stunde mit dem Wortlaute derselben nicht in Einklang gebracht werden können. Man sagt allerdings, es seien im Jura Uebelstände vorhanden, aber nicht so grosse wie im Hochgebirge. Das ist wirklich so. Wir haben im Kanton Solothurn grosse Uebelstände zu verzeichnen; wir haben mangelhafte Beforstungen von Quellengebieten; wir haben sehr böse Wildwasser, die unter Umständen ganz bedeutende Schädigungen verursachen. Es besteht also durchaus kein vernünftiger Grund zu sagen: weil ihr weniger grosse Uebelstände habt, so braucht ihr den Schutz, den wir in Anspruch nehmen, nicht.

Man hat weiter auch eingewendet, dass diese Kantone zum Teil sehr gute Forstgesetze besässen und dafür gesorgt hätten, dass die Forstverhältnisse gute geblieben sind. Das wäre doch ein sonderbarer Schluss, wenn man daraus folgern wollte: ihr braucht die Unterstützung des Bundes nicht, weil ihr so klug gewesen seid, bis auf einen gewissen Punkt wenigstens vorzusorgen.

Ich begreife nicht recht, wie Herr Bossy sich dahin äussern konnte, dass er diese Revision der Bundesverfassung nicht wolle, weil man Gefahr laufe, dass dann später vom Volke alles verworfen

werde. Das ist kaum möglich. Wenn die Verfassungsrevision zurückgewiesen wird, so bleibt alles beim Alten; wenn nach Annahme der Revision ein Gesetz erlassen und vom Volk verworfen wird, so ist damit nicht alles verweigert, sondern das Alte bleibe fortbestehen. Wenn man also den Grundsatz festhalten will, dass gleiches Recht für alle gewährt werden soll, so muss man für die Revision der Verfassung stimmen. Das ist die einzige Möglichkeit, alle Kantone unter die gleichen Rechte zu bringen.

Man hat auch Bedenken politischer Natur angeführt. Man hat gesagt, das Volk der in Frage stehenden 7 Kantone wolle diese Ausdehnung der Forstpolizei des Bundes gar nicht. Was den Kanton Solothurn anbetrifft, so muss ich das entschieden verneinen. Ich behaupte, dass diese bei uns gewünscht wird. Von andern Kantonen kann ich selbstverständlich nichts sagen; aber ich glaube, aus den Voten der Vertreter anderer Kantone schliesen zu müssen, dass es bei ihnen sich gleich verhalte. Allein wenn dem auch anders wäre, so wären diejenigen Kantone und deren Vertreter, welche sich jetzt im glücklichen Besitze der Vorteile des eidg. Gesetzes befinden, der beste Lehrmeister, um den übrigen zu sagen: Nehmt das nur an, das ist für uns von grossem Vorteil gewesen, und warum soll es nicht auch euch solche Vorteile bringen? Sie wären der beste Lehrmeister, um das allfällig im Irrtum befindliche Volk aufzuklären. Aber das verstehe ich nicht, wenn man sagt: Bei uns ist die Sache ausgezeichnet; aber ihr andern Kantone hütet euch, dies anzunehmen, es liegt eine centralistische Pointe drin.

Das sind die Gründe, weshalb ich für die Mehrheit der Kommission stimme, und ich glaube, dass man energisch für die Annahme ihres Antrages einstehen sollte.

Bundesrat Deucher: Ich möchte mit wenigen Worten auch den Antrag der Kommission empfehlen. Ich appelliere namentlich auch an die Vertreter derjenigen Kantone, die bereits im glücklichen Besitze dessen sind, was die andern Kantone anstreben. Ich komme zu diesem Appell, da mir diese Broschüre, die ausgeteilt worden sein soll und die von einem Forstmann des Kantons Unterwalden geschrieben ist, nun auch vorliegt. Der Verfasser stellt sich auf einen so nicht eidgenössischen, egoistischen Standpunkt, dass es doch am Platze sein dürfte, davon zu sprechen. Ich will Ihnen nur einen Passus vorlesen. Dieser Herr Engler sagt unter vielem anderm folgendes: «Welche Bedeutung und was für Folgen würde nun aber die Ausdehnung des eidgen. Forstgesetzes auf die ganze Schweiz für das jetzige Schutzgebiet haben? Ich habe schon weiter oben geäussert, dass wir im Hochgebirge noch keine rosigen Zustände auf dem Gebiete des Forstwesens besitzen. Es ist einerseits diese Thatsache so allgemein bekannt, dass ich glaube, hierauf nicht näher eintreten zu müssen, andererseits muss als folgerichtig zugegeben werden, dass es dringend notwendig ist, eine Besserung der forstlichen Zustände im Hochgebirg sobald als möglich herbeizuführen und an denselben mit allen möglichen zur Verfügung stehenden Mitteln weiter zu arbeiten. Wir dürfen deshalb die Kräfte nicht zersplittern, sondern müssen dieselben auf

dasjenige Objekt konzentrieren, dem nun einmal der Bund seine volle Aufmerksamkeit zugewendet hat, und dem eine kräftige, ungeteilte Bundeshilfe Not thut. Abschnittsweise wollen wir an der Vervollkommnung unseres schweizerischen Forstwesens arbeiten; was der Bund begonnen hat, soll er auch durchführen, und wenn dann das Forstwesen im Hochgebirge demjenigen des Hügellandes und des Jura auch nur annähernd an die Seite gestellt werden kann, wenn wir die Hauptquellen des Uebels verstopft haben, dann mag der Zeitpunkt gekommen sein, wo der Bund auch das übrige Gebiet der Schweiz unter seine forstliche Aufsicht stellen soll, um dort mit seiner hilfreichen Hand auch die kleinern Wunden und Schäden zu heilen.» So spricht man in einem Kanton, der vom Bunde reichlich unterstützt wird; so spricht der oberste Forstbeamte des Kantons Nidwalden: man solle nur ihnen zuerst und reichlich geben und dann erst komme die übrige Schweiz. Diese Worte, glaube ich, berechtigen mich dazu, an die Vertreter der Kantone zu appellieren, dass sie diesen Standpunkt nicht einnehmen. Ich glaube, dies um so eher thun zu können, da ich im Gegensatz zu den angeführten Worten die Aeusserung eines Vertreters des Kantons Schwyz im Nationalrate, Herrn Landammann Schwander, zitieren kann. Herr Schwander ist mit ein Urheber dessen, was heute vorliegt, und er sagte im Nationalrate, dass nur so richtig geholfen werden könne, wenn auch die andern Kantone subventioniert werden. Er stellte deshalb schon im Nationalrate denjenigen Antrag, der Ihnen heute vorliegt. Er hat denselben freilich wieder zurückgezogen, aber nicht aus Gründen sachlicher, sondern aus Gründen formaler Natur.

Ich will damit nicht sagen, dass wer sich gegen die Ansicht der Kommissionsmehrheit stellt, den engherzigen Standpunkt, der in der vorliegenden Broschüre vertreten ist, einnehme. Ich gebe von vornherein zu, dass es sachliche Gründe giebt, die gegen die Ausdehnung der Berechtigung des Bundes, im Forstwesen der ganzen Schweiz Vorschriften zu machen, sprechen; aber diese Gründe müssen doch wesentlich in denjenigen Kantonen, die dem Forstgesetz noch nicht unterstellt sind, ihm aber unterstellt werden sollen, gefunden werden. Da möchte ich speziell an den werten Vertreter des Kantons Zug appellieren und ihn bitten, nicht aus Skrupeln, dass wir der Bevölkerung der noch nicht unterstellten Kantone etwas zu leide thun, gegen den Antrag der Kommissionsmehrheit zu stimmen oder sich der Stimmabgabe zu enthalten. Lassen wir es doch auf die Abstimmung ankommen! Wir wissen, wie in vier von diesen Kantonen die Stimmung ist. Die Kantone Solothurn, Baselland und Bern haben durch das Organ ihrer Regierungen nicht nur einmal, sondern zu wiederholten Malen seit dem Jahre 1884 den Bund um Hülfe angerufen. Und die Vertreter des Kantons Aargau haben in den Personen des Herrn Nationalrates Baldinger und des verstorbenen Herrn Nationalrates Riniker, beides Fachleute, wiederholt das Gesuch an den Bund gerichtet, ihnen zu Hülfe zu kommen. Wie es in Schaffhausen steht, hat Ihnen heute Herr Ständerat Müller auseinandergesetzt. Wie es sich in den übrigen Kantonen verhält, weiss ich nicht. Man muss es eben darauf ankommen lassen. Die Stimmung mag vielleicht, z. B. im Kanton Thurgau, bei den Behörden und bei der Bevölkerung nicht die gleiche sein. Aber

sie mag vielleicht auch eine andere werden, wenn die Sache in ihrer ganzen Klarheit vor Augen liegt.

Es handelt sich bei der vorliegenden Frage um zwei Sachen. Es handelt sich einmal darum, dass, wie in den Kantonen des eidgenössischen Forstgebietes, so auch in den übrigen Kantonen eine gleichmässige Ordnung durchgeführt werde, mit andern Worten, dass auch hier wie dort die Aufsicht des Bundes bis auf einen gewissen Grad Platz greife. Das ist das Nichtpopuläre in der Vorlage und darum glaube ich, dass sich in dieser Beziehung in verschiedenen Kreisen der Bevölkerung dieser Kantone gewisse Bedenken geltend machen können; allein ich muss hier zur Beruhigung des Herrn Bossy beifügen, dass bei einem künftigen Gesetz, das natürlich kommen muss und zu dem Sie und der Nationalrat und das Volk wieder zu sprechen haben werden, nicht schablonenmässig gearbeitet werden kann, sondern die verschiedenartigen Verhältnisse berücksichtigt werden müssen.

Zu dieser weniger populären Seite der geplanten Ausdehnung der Forstgesetzgebung kommt die andere Seite, die Subventionierung. Dabei handelt es sich nicht nur um die Schutzwaldungen. In den sieben ganz und den acht halb bevorzugten Kantonen unterstützen wir nicht nur die Aufforstungen, sondern auch die Kurse von höhern und niedern Forstleuten, die Triangulation u. s. w. Wir geben in diesen Kantonen seit zwei Jahren ganz bedeutende Beiträge, bis auf 33 %, an die Besoldungen der höhern Forstbeamten. Das sind grosse Vorteile, welche diese fünfzehn Kantone vom Bunde geniessen, während die andern Kantone, die Aschenbrödel, die, wenigstens nach den Aeusserungen ihrer Vertreter, auch gerne dabei wären, auf diesem Gebiete nichts erhalten. Die Sache wird von der Bevölkerung wohl nach beiden Seiten erwogen werden.

Man wird aber auch fragen: was frommt unserm Gebiet? Ist es gut, wenn wir eine solche Gesetzgebung haben? Ist es am Platze, wenn wir uns in dieser Weise unter die Eidgenossenschaft stellen und uns einigermaßen von ihr kontrollieren lassen? Nach meiner Meinung wird man eine bejahende Antwort darauf geben und sagen: gewiss, es kann nur vom guten sein, wenn in Bezug auf die Forstgesetzgebung auch in denjenigen Kantonen, welche bereits gute Forstgesetze besitzen, mehr Einheit geschaffen wird, und wenn in denjenigen Kantonen, die schlechte Forstgesetze haben, nachgeholfen wird, damit man die Vorteile, welche der Bund bietet, erhalten kann.

Damit komme ich noch auf einen andern Punkt. Seit einigen Jahren hat durch Gutheissung der Räte bei Flusskorrekturen folgender Modus Eingang gefunden. Bei Flusskorrekturen wird nicht nur die Bedingung gestellt, dass dieselben nach einem gewissen Masse und in einer gewissen Weise ausgeführt werden müssen, sondern es wird auch verlangt, dass der Kanton, der für seine Flusskorrektur die Subvention erlangen will, auch die und die Aufforstungen vorzunehmen habe. Wie verhält sich da nun die Sache? Es ist fast komisch. Diejenigen Kantone, welche dem Forstgebiete angehören, bekommen auch für die Aufforstung die Bundessubvention; die anderen Kantone erhalten hiefür nichts, müssen aber gleichwohl die Bedingung erfüllen. Das sind unglückselige Zustände, denen abgeholfen werden muss.

Ich gebe zu — und hier hat Herr Bossy recht —, dass auf zwei Wegen geholfen werden kann, entweder auf dem Wege eines Separatgesetzes oder eines Bundesbeschlusses, wie wir es im Jahre 1888 gethan haben, oder aber gründlicher und rationeller und, wie ich glaube, einzig legal, auf dem Wege der Verfassungsrevision und nachfolgender Gesetzgebung. Wie verhält sich die Sache, wenn wir auf dem Wege der Gesetzgebung, wie im Jahre 1888, vorgehen wollen? Ich mache Herrn Bossy darauf aufmerksam, dass dann sofort wieder die verschiedenen Standpunkte der zwei Gruppen in Bezug auf die Bedingungen zur Geltung kommen. Wir können kein Gesetz machen, nach welchem wir die Subventionen denjenigen Kantonen, die nicht unter dem Forstgesetz stehen, austheilen, ohne ihnen die nämlichen Bedingungen aufzuerlegen, welche die andern Kantone zu erfüllen haben. Im Nationalrat haben die fünfzehn begünstigten Kantone erklärt: selbst mit den Bedingungen, die ihr hier stellt, bevorzugt ihr die sieben andern Kantone; ihr stellt sie besser als die Gebirgskantone; das können wir nicht zugeben und deshalb verwerfen wir das Gesetz. Sie verlangten noch viel strengere Bedingungen; sie sagten: diese sieben Kantone müssen tale quale dem Hochgebirgs-gesetz unterstellt werden, sonst machen wir nicht mit. Das war die Sprache. Darin liegt die Schwierigkeit, wenn wir auch nur so weit, wie damals der Bundesrat beabsichtigte, gehen und sagen wollten: man kann auch Kantone, welche ausser dem eidg. Forstgebiete liegen, unterstützen, sofern die betreffenden Kantone die im Gesetze festgesetzten Verpflichtungen für den ganzen Kanton oder einen genau begrenzten Kantonsteil dauernd übernehmen. Was erreicht Herr Bossy damit, wenn er denjenigen Teil des Kantons Freiburg, welcher dem Forstgesetz nicht unterstellt ist, durch seinen Antrag günstiger stellen will, als durch den Antrag der Kommission? Er bekommt entweder die Subvention und muss sich dann unter die Bundesaufsicht stellen, oder er bekommt nichts. Das ist die Situation, auch für die übrigen sechs Kantone. Der Antrag der Kommission giebt also nicht mehr Anlass zu der Befürchtung, dass der Bureaukratie des Bundes Vorschub geleistet, dass zu viel centralisiert werde, als der Antrag des Herrn Bossy, resp. der frühere Antrag des Bundesrates.

Man hat auch gesagt, dass der Erlass eines Gesetzes für den Jura und das Hügelland überhaupt nicht notwendig sei. Es ist richtig, wie heute auch schon betont wurde, dass die Verhältnisse in den sog. Jura- und Hügellandkantonen allerdings besser sind, als in den Hochalpenkantonen. Aber das weiss jeder von uns, dass mit Bezug auf Ueberschwemmungen diese Gegenden sehr schlimm gestellt sind. Ich erinnere Sie auch an die Trockenperiode vor zwei Jahren. Es ist Thatsache, dass gerade das Juraplateau dadurch am meisten geschädigt wurde. Allerdings kommen hier keine Lawinen und keine Steinschläge vor, wie in den Hochalpen; aber doch sind Gefahren, die der Abhülfe bedürfen, immerhin vorhanden. Wenn Sie die Enquête, die im Jahr 1887 im Jura und Hügelland gemacht worden ist und die sich als Anschluss an die Botschaft von 1883 unter Ihren Akten befindet, nachlesen, werden Sie sich davon überzeugen, dass die Bewaldung im ganzen Jura viel zu wünschen übrig lässt. Im Hügelland steht es in dieser Beziehung noch viel schlimmer.

Ich frage Sie angesichts dieser Verhältnisse: Ist es notwendig, dass der Bund hier einschreite? Diese Frage muss ich unbedingt bejahen. Weiter frage ich, auf welchem Wege geholfen werden müsse. Ich glaube, dass es nur die beiden ange-deuteten Wege giebt, von welchen wir den einen vor zwei Jahren beschrritten haben, der aber als nicht durchführbar verworfen worden ist, und von welchen der andere Ihnen heute vorgeschlagen wird. Derselbe wird vielleicht, wenn nicht von den Räten, so doch vom Volke auch verworfen werden. Dann wissen wir, was Herr Keiser voraussetzt, aber noch nicht weiss, dass das Volk nichts davon will. Ich glaube das zwar nicht. Die Bevölkerung derjenigen Kantone, die dem Forstgesetz nicht unterstellt sind, wird wohl abzuwägen wissen, was sie gewinnen wird, und auf die Bevölkerung der andern Kantone habe ich das feste Vertrauen, dass sie sich auf den eidgen. Boden stellen und sagen werde: was uns recht ist, ist auch den andern billig, und nicht den egoistischen Standpunkt, der in der erwähnten Broschüre vertreten ist, einnehmen werde.

M. Bossy: Je ne veux pas abuser de votre patience. Je tiens simplement à atténuer la portée des paroles de M. l'honorable chef du département fédéral de l'agriculture, en ce qui concerne l'étude faite par M. Engler. M. Engler, que je ne connais pas, n'est pas professeur de droit constitutionnel. On lui a démontré qu'on ne pouvait pas donner des subventions à la plaine et au Jura sans changer la constitution! J'ai simplement cité son étude à l'appui de mon argumentation.

M. le conseiller fédéral Deucher vient de convenir que le régime des Alpes n'est pas applicable dans les mêmes conditions à la plaine et au Jura; c'est justement ce qui inquiète M. Engler, et c'est ce que j'ai voulu démontrer.

Faudra-t-il donc une révision de la loi forestière fédérale? Je me suis permis d'exprimer mes craintes à ce sujet. J'estime qu'on pourrait arriver au résultat désiré avec une loi spéciale.

En 1888, le conseil fédéral voulait soumettre le Plateau et le Jura à la zone forestière alpestre telle quelle. Ce n'est plus le même langage qu'on nous tient aujourd'hui. Cela nous satisfait déjà dans une certaine mesure. La loi spéciale que je demande est destinée surtout à obliger les cantons à prendre des dispositions suffisantes pour empêcher le déboisement en opérant le triage des forêts. Les cantons qui ne s'y conformeraient pas seraient d'ailleurs les premiers à pâtir de leur négligence, et il serait toujours assez à temps, s'il le fallait, de recourir à une révision de la constitution fédérale.

Vous voyez que c'est dans le but de venir en aide à la partie de la Suisse située en dehors de la zone fédérale forestière que j'ai déposé ma proposition.

Keiser: Ich stehe auf neutralem Boden und habe eigentlich nicht nötig, zu replizieren; aber der verehrte Herr Bundesrat Deucher richtete sich spe-

ziell an den Vertreter des Kantons Zug. Ich muss erwidern, dass ich von meinem politischen Standpunkt aus jedem Eidgenossen und jedem Kanton gönne, was ich dem andern gönne. Allein es ist zu bedenken, dass unter diesen sieben Kantonen zwei Kantone bis dato kein Forstgesetz besitzen und Basel-land, resp. dessen Bevölkerung, ein solches zum zweiten Mal verworfen hat.

Wenn Herr Landamann Munzinger von einer Alternative spricht und sagt: Entweder muss man sich im Jura und im Hügellande gewisse Uebelstände denken oder nicht, so muss ich ihm erwidern, dass wesentlich zwei Erscheinungen, die Gletscher und die Schneelawinen, im Juragebiete nicht vorhanden sind, die namentlich zu Verrutschungen und Verschwemmungen beitragen.

Wenn Herr Vizepräsident Jordan-Martin nicht bereifen kann, wie man hier von Recht und Pflicht spricht, so weiss ich ganz wohl, dass der Art. 118 der Bundesverfassung erklärt, dass dieselbe jeder-

zeit revidiert werden könne; aber man hat zu vielem das Recht, und dennoch giebt es Gesichtspunkte, welche das Recht nicht ganz unterstützen.

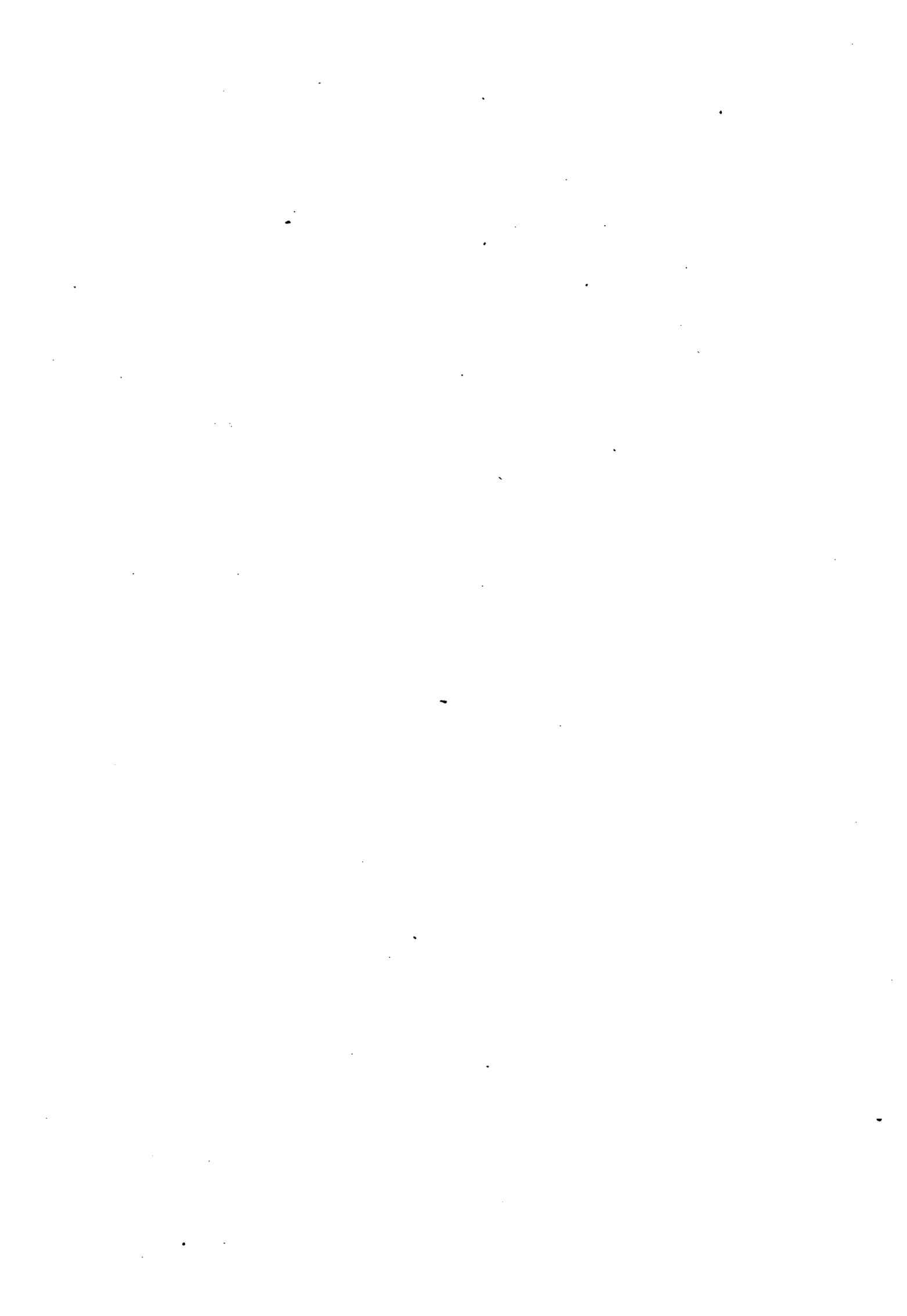
Abstimmung. — *Votation.*

Mit Mehrheit (32 Stimmen) wird Eintreten beschlossen und hierauf, ohne Diskussion, der Beschlussesentwurf des Bundesrates in globo angenommen.

(Par la majorité (32 voix) l'entrée en matière est décidée; ensuite, le projet du conseil fédéral est adopté sans discussion.)

An den Nationalrat.

(Au conseil national.)



Oberaufsicht des Bundes über die Forstpolizei. BB vom 19. März 1897

Haute surveillance de la Confédération sur la police des forêts. AF du 19 mars 1897

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1895
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	06
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1895_003
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	03.04.1895 - 09:00
Date	
Data	
Seite	647-664
Page	
Pagina	
Ref. No	20 026 669

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

freiheit gewährleistet. Nun stehen in diesem Art. 55 zwei weitere Alinea, welche lauten: «Ueber den Missbrauch derselben (der Pressfreiheit) trifft die Kantonalgesetzgebung die erforderlichen Bestimmungen, welche jedoch der Genehmigung des Bundesrates bedürfen» und: «Dem Bunde steht das Recht zu, Strafbestimmungen gegen den Missbrauch der Presse zu erlassen, der gegen die Eidgenossenschaft und ihre Behörden gerichtet ist.» Da geht nun der Antrag des Bundesrates dahin, zu sagen: «Mit der Erlassung eines Strafgesetzbuches für die Eidgenossenschaft treten die Absätze 2 und 3 des Art. 55 der Bundesverfassung ausser Kraft.» Die Kommission erklärt sich damit einverstanden; sie hält es nicht für notwendig, noch irgend welche weitere Bestimmung nach dieser Richtung hin aufzustellen. Der Art. 55 würde also in seiner künftigen Fassung einfach den Grundsatz der Pressfreiheit enthalten, und die Kommission ist der Ansicht, dass alles andere selbstverständlich ist. Denn eine Einschränkung der Pressfreiheit in dem Sinne, dass gegen den Missbrauch derselben gewisse strafrechtliche Bestimmungen aufgestellt werden können, halten wir für notwendig; es braucht aber nicht expressis verbis in der Verfassung enthalten zu sein.

Zu den weiteren Alineas III und IV habe ich weiter keine Bemerkung zu machen; ich beantrage Ihnen, dem Antrage der Kommission zuzustimmen.

Präsident: Die allgemeine Diskussion ist eröffnet. Wird das Wort verlangt? — Es scheint dies nicht der Fall zu sein. Die Diskussion ist geschlossen. Es liegt nur der Antrag der Kommissionsmehrheit

vor und ausserdem noch der Antrag Romedi, der auch hier zur Abstimmung kommen muss. Der Antrag der Kommissionsmehrheit ist nicht bestritten und ist somit zum Beschluss erhoben. Sie haben sich nur noch zu entscheiden über den Antrag des Herrn Romedi.

Abstimmung. — Votation.

Mit 21 gegen 12 Stimmen wird der Antrag Romedi verworfen.

(Par 21 voix contre 12, la proposition de M. Romedi est rejetée.)

Präsident: Wir gehen über zur Schlussabstimmung. Ich denke, Sie werden einverstanden sein, dass über die beiden Bundesbeschlüsse getrennt abgestimmt wird, gleich wie sie auch dem Volke vorgelegt werden sollen. Sind Sie mit der getrennten Abstimmung einverstanden? — Es scheint dies der Fall zu sein.

Schlussabstimmung. — Votation finale.

Die beiden Bundesbeschlüsse werden mit je 24 gegen 14 Stimmen angenommen.

(Les deux arrêtés fédéraux sont acceptés par 24 voix contre 14.)

Geht an den Nationalrat.
Au Conseil national.

Oberaufsicht des Bundes über die Forstpolizei.

Haute surveillance de la Confédération sur la police des forêts.

(Siehe die letzten Verhandlungen des Nationalrates Seite 2 ff. hievor. — Voir les derniers débats du conseil national p. 2 et suiv. ci-devant.)

Differenz. — Divergence.

Müller, Berichterstatter der Kommission: Zwischen unserm früheren Beschlusse und dem Beschluss des Nationalrates besteht noch eine kleine Differenz, die redaktioneller Natur ist. Der Titel lautet in der ständerätlichen Fassung: «Bundesbeschluss betreffend Revision des Art. 24 der Bundesverfassung (Erweiterung der Oberaufsicht des Bundes über die Forstpolizei)». Der Nationalrat beschloss nun, diese Umschreibung in der Parenthese wegzulassen. Ihre Kommission glaubt, dass wir nicht

an unserm Beschluss festhalten sollen, da es ja vollständig genügt, wenn der betreffende Artikel der Bundesverfassung angerufen wird, um sofort Klarheit darüber zu geben, welches Gebiet der Verfassung revidiert werden soll. Die Kommission beantragt Ihnen einstimmig Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Zustimmung. — (*Adhésion.*)

Präsident: Damit ist die Uebereinstimmung zwischen beiden Räten hergestellt. Die Vorlage geht an den Bundesrat.

Erratum.

Seite 28, 2. Spalte, Zeile 8 des Votums von Herrn Ständerat Schumacher lies: „Ich schicke voraus, dass ich **nicht** grundsätzlich Gegner jeder Rechtseinheit bin“.

Oberaufsicht des Bundes über die Forstpolizei. BB vom 19. März 1897

Haute surveillance de la Confédération sur la police des forêts. AF du 19 mars 1897

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1897
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	03
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1895_003
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	19.03.1897 - 09:00
Date	
Data	
Seite	72-72
Page	
Pagina	
Ref. No	20 026 771

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.